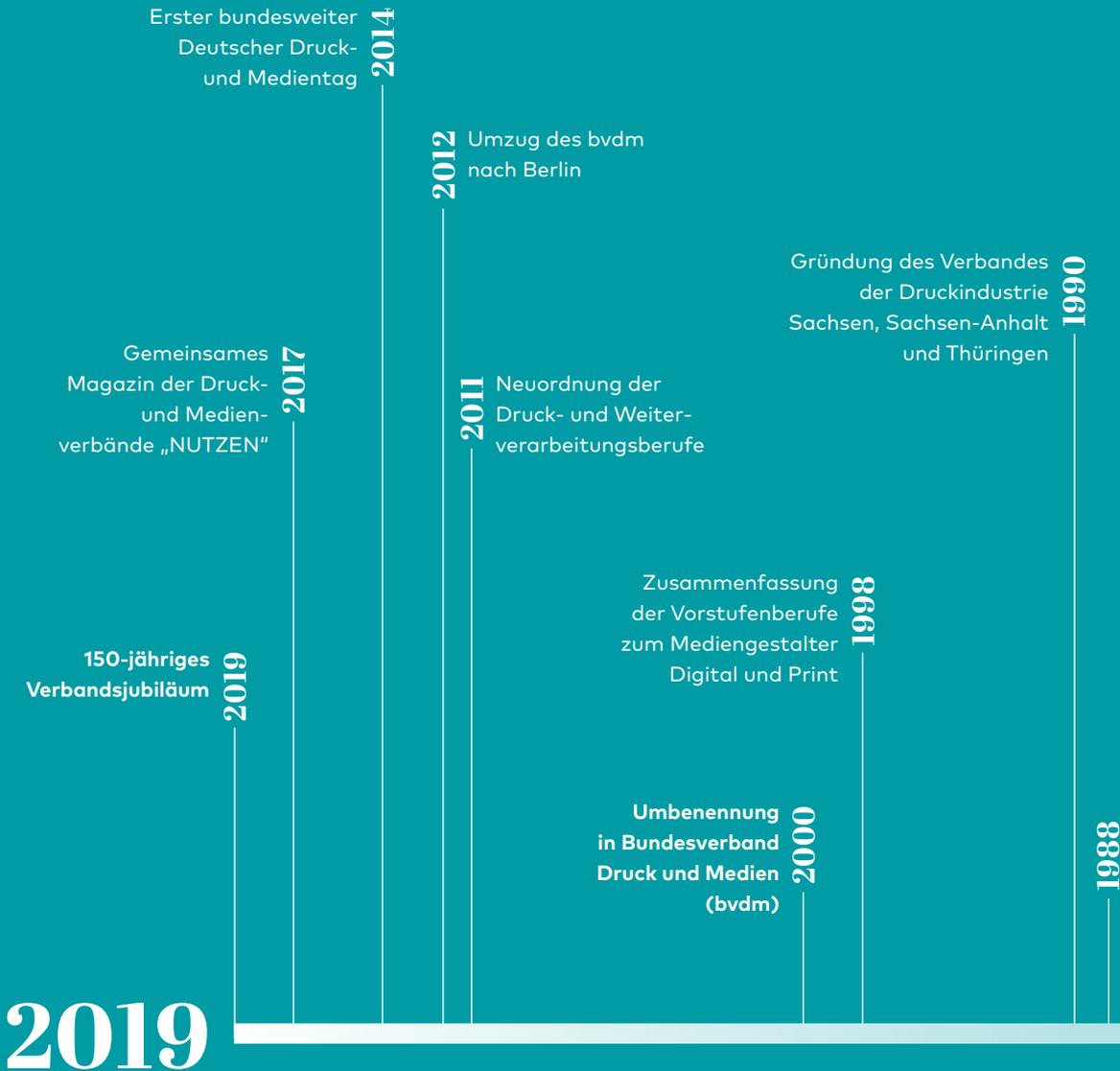


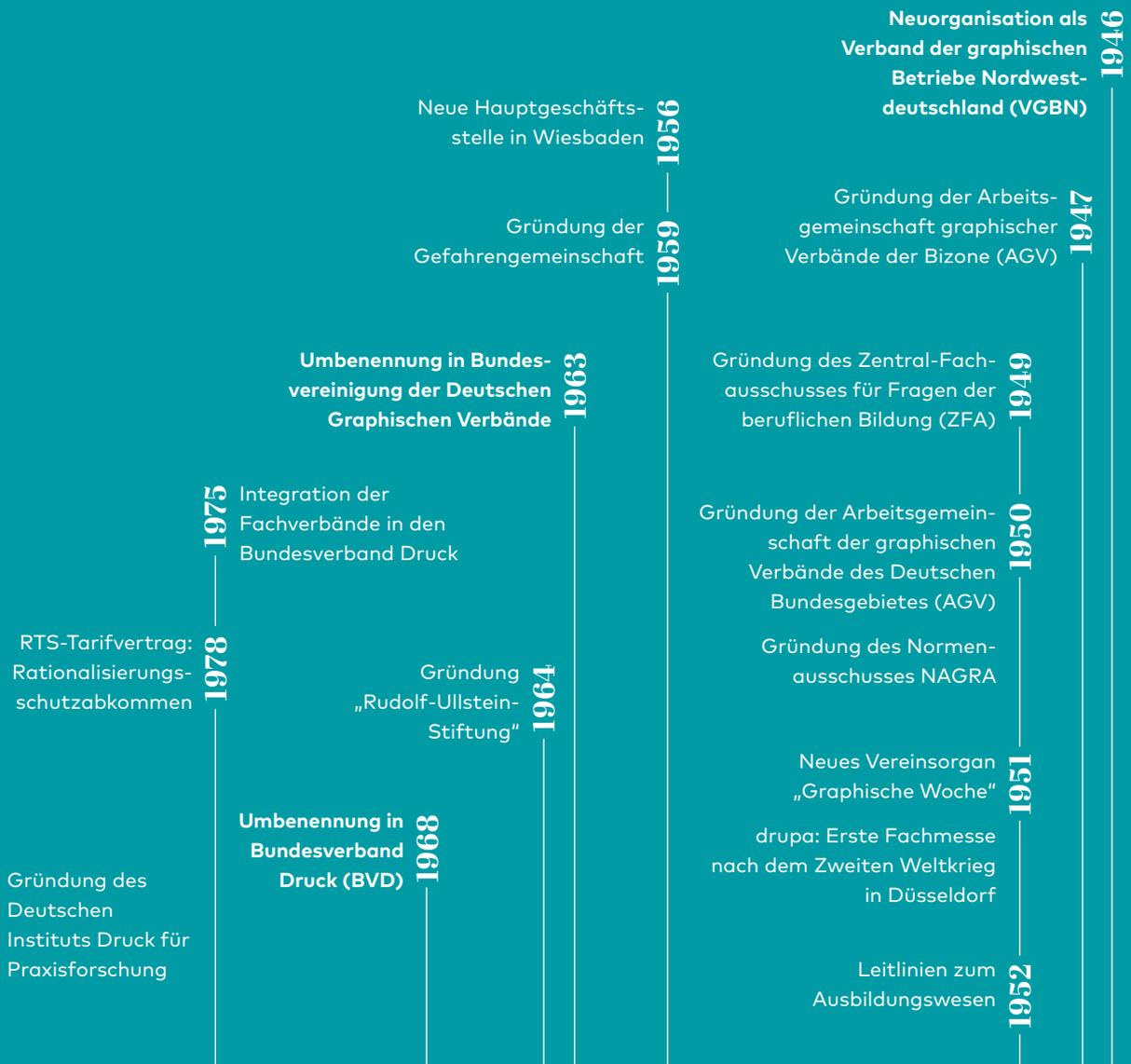
150 Jahre **bvdm** Vom Deutschen Buchdrucker-Verein zum Bundesverband Druck und Medien

Streiflichter auf die Verbandsgeschichte
und die Druck- und Medienindustrie

bvdm.

DIE PRÄSIDENTEN
DES VERBANDES SEIT
DEM NEUANFANG 1946





1935 Zwangskartellisierung, Verlust der Autonomie des DBV und der Betriebe

1933 Bad Nauheimer Tagung: Beschluss einer Notgemeinschaft

1926 Neue Hauptgeschäftsstelle im eigenen Haus in der Köthener Straße in Berlin

Gründung der „Leopold-Ullstein-Gedächtnisstiftung“: Unterstützung für unverschuldet in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratene Buchdruckereibesitzer

1925 Einigung mit den Innungen über das Verfahren einer einheitlich geltenden Lehrlingsordnung

1923 Anschluss an den Bund Deutscher Arbeitgeberverbände

1922 Verlegung der Geschäftsstelle von Leipzig nach Berlin

1920 Organisationsvertrag mit dem Verband der Deutschen Buchdrucker

Entwurf einer Lehrlingsordnung

1917 — 1914 Weltausstellung Bugra in Leipzig

1917 Gründung einer Materialbeschaffungsstelle

1910 Anschluss an den Bund der Industriellen

1906 Garantievertrag mit dem Verband der Deutschen Buchdrucker: Schutz und Handlungsbündnis auf Gegenseitigkeit

1901 Gründung des Verbandes Deutscher Steindruckbesitzer

Allgemeingültiger Preistarif (Rote Tabellen)

1903 Gründung des Bildungsverbandes

Gründung einer Krankenversicherung **1898**

Technikum in Leipzig für Prinzipalsöhne

Neues Buchgewerbehause in Leipzig **1899**

Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe **1900**

1892

Erste reichseinheitliche
Aussperrungsfront

Gründung einer Unterstützungs-
kasse für arbeitslose Gehilfen

Gründung einer Invalidenkasse

1889

Neues Vereinsorgan
„Zeitschrift für Deutsch-
lands Buchdrucker“

Stettiner Resolution:
Anstellung tariftreuer
Gehilfen durch tariftreue
Prinzipale

1886

Grundsteinlegung
des Deutschen
Buchhändlerhauses

Erneute Eröffnung
einer Gewerbeschule
in Leipzig

Tarifliche Fixierung
einer Lehrlingsskala

1881

Gründung des
Zentralvereins
für das gesamte
Druckgewerbe

1885

Erste Berufs-
genossenschaft
der Buchdrucker

1873

Erste Tarifgemeinschaft

Erster reichseinheitlich
gültiger Tarif

1871

Eintrag ins sächsische
Genossenschaftsregister

1872

Eisenacher Beschluss:
Pflicht zu gegenseitiger
Unterstützung bei Streik
und Aussperrung

1870

Erste Tarifkommission aus
Prinzipalen (Unternehmern)
und Gehilfen

Erster Normaltarif

1869

**Gründung des Deutschen
Buchdrucker-Vereins (DBV)**

Gründung der Vereinszeitschrift
„Annalen der Typographie“

Eröffnung einer „Buchdrucker-
Lehranstalt“ in Leipzig

1869

In seinen 1870 beschlossenen Statuten verpflichtete sich Deutschlands erster Wirtschafts- und Arbeitgeber-Fachverband, die „materiellen und geistigen Interessen des deutschen Buchdruckerstandes, der Principale sowohl als der Gehilfen“ zu fördern. Er schuf damit faktisch „die Voraussetzung für den ersten Flächentarifvertrag zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in Deutschland“.

150 Jahre bvdm

Vom Deutschen
Buchdrucker-Verein
zum Bundesverband
Druck und Medien

Streiflichter auf die Verbandsgeschichte
und die Druck- und Medienindustrie



Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

dem Bundesverband Druck und Medien e.V. gratuliere ich herzlich zu seinem 150-jährigen Bestehen.

Druckerzeugnisse wie Tageszeitungen, Zeitschriften, Bücher und Informationen der Unternehmen und Vereine unseres Landes begleiten uns jeden Tag und in allen Bereichen unseres Lebens. Die über 130.000 Beschäftigten und mehr als 12.000 Auszubildenden der Druckindustrie gewährleisten den Informationsfluss zwischen den Menschen und schaffen auf diesem Wege Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Mit der Vervielfältigung von Wort und Bild sind in der Geschichte unseres Landes immer wieder grundlegende Ereignisse und Veränderungen ausgelöst, geprägt und begleitet worden. Diese Veränderungen haben auch die Unternehmen der Druck- und Medienwirtschaft immer wieder erfasst, gegenwärtig stellt sie der digitale Wandel vor große Herausforderungen. Dennoch bin ich überzeugt, dass auch heute, in Zeiten der schnellen Onlinekommunikation, dem „schwarz auf weiß“ gedruckten Wort eine sehr wichtige Rolle zukommt. Die Mitgliedsunternehmen des Bundesverbands und der Regionalverbände stellen die Veröffentlichung von Informationen, Standpunkten, neuen Erkenntnissen, Ideen und Forderungen sicher – dafür gebührt ihnen unser aller Dank. Mein Wunsch ist, dass sich die Unternehmen der Druck- und Medienwirtschaft dieser Aufgabe auch in Zukunft mit aller Kraft widmen und sich dabei weiterhin auf einen starken Bundesverband stützen können.

Ich wünsche dem Bundesverband Druck und Medien e.V. und seinen Mitgliedern für die kommenden Jahrzehnte alles Gute.

Mit freundlichen Grüßen

Inhalt

Grußwort, Frank-Walter Steinmeier	5
Vorwort, Wolfgang Poppen	8
150 Jahre Bundesverband Motor, Wegbereiter und Interessenvertreter der deutschen Druckindustrie	10
Die Zeit der Vereinsgründung	12
Geburt des ersten Wirtschafts- und Arbeitgeberverbandes	14
Erster Tarifstreit – erster Streik	18
Die erste Tarifgemeinschaft	20
Die sozialpolitische Wende	24
Der Erfolg der Tarifgemeinschaft	28
Erster Weltkrieg Unfreiwilliger Wegbereiter in die Sozialpartnerschaft ...	30
Der DBV und die Druckindustrie im Nationalsozialismus	34
Der Neubeginn des Verbandes und der Industrie	38

Die Ullstein-Stiftung und der Ullstein-Ring	44
Reorganisation des Verbandes 1975	48
Die Branche präsentiert sich in der Öffentlichkeit	52
Wege zu Optimierung und Rationalisierung	58
Aufkündigung echter Sozialpartnerschaft durch die Gewerkschaft	62
Berufliche Aus- und Weiterbildung	70
Technische Entwicklung der Branche Ein Schwerpunkt für den Verband	78
Deutsche Einheit	86
Politische Interessenvertretung und Umzug nach Berlin	88
Lobbying in Berlin und Brüssel	94
Epilog, Dr. Paul Albert Deimel	96
Impressum	98

Vorwort



Die Gründung des ersten deutschen Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbandes wurde am 15. August 1869 im „Casino-Hof zum Gutenberg“ in Mainz von 84 Prinzipalen beschlossen. Der Ort war gut gewählt, hatte doch der Mainzer Patrizier Johannes Gensfleisch, genannt Gutenberg, dort mit seiner Erfindung des Buchdrucks mit beweglichen Lettern und Druckerpresse die erste Medienrevolution überhaupt erst möglich gemacht. Ohne sie hätten Reformation, Alphabetisierung durch die Gutenberg-Bibel, die Bildungsbewegung des Humanismus, die Rationalität der Aufklärung, die Französische Revolution und weitere prägende Ereignisse und Phasen in der deutschen und europäischen Geschichte kaum stattfinden können. Auch die Lehren einer freien Presse und der Demokratisierung wären ohne die Publikation von Informationen, Flugblättern, Plakaten und Büchern nicht möglich gewesen. Die Schwarze Kunst nahm Fürsten, Klerus und der Oberschicht das Monopol des Wissens und Verstehens sowie die Macht zur widerspruchslosen Manipulation.

Unsere pluralistische Gesellschaft wäre ohne die Fähigkeit zu drucken heute nicht denkbar. Vielleicht ist es daher kein Wunder, dass ausgerechnet diese stolze Branche sich als erste in Verbänden organisierte, Interessenvertretungen schuf und einen Interessenausgleich zwischen Prinzipalen und Gehilfen anstrebte. Während sich die Gehilfen 1866 zum Vorläufer ihrer heutigen Gewerkschaft zusammenschlossen, gehen die Überlegungen der Prinzipale bis in die Zeit vor der Revolution 1848 zurück. Nach verschiedenen Anläufen war es dann vor 150 Jahren so weit.

Die Zeit bis nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in einer Chronik über „Die Geschichte des ersten fachlichen Wirtschaftsverbandes in Deutschland – Vom Deutschen Buchdrucker-Verein zum Bundesverband Druck“ von Diplom-Volkswirt Dr. Jürgen Steim beschrieben und vom Bundesverband Druck (BVD), wie der bvdm damals hieß, im Jahr 1969 herausgegeben. Das Werk wurde als „Erster Band“ bezeichnet. Ein Folgeband des Autors über den Zeitraum bis zur deutschen Einheit blieb jedoch im Entscheidungsprozess der Verbandsorganisation stecken.

Die vorliegende Festschrift erhebt nicht den Anspruch einer umfassenden Chronik. Vielmehr konzentriert sie sich auf ausgewählte Etappen und besondere Streiflichter der Verbandsgeschichte. Die Druckindustrie und damit auch der Verband sind geprägt von Ereignissen der deutschen Vergangenheit, von starken Persönlichkeiten der Branche, vom besonderen Engagement vieler Unternehmer und nicht zuletzt von rasanten technischen Entwicklungen. Stets galt es, Herausforderungen zu erkennen und zu meistern, Chancen in Erfolge zu verwandeln oder in schwierigen Zeiten gemeinsam Lösungen zu erarbeiten. Und so wird es auch weiterhin sein. Gerade erleben wir die zweite Medienrevolution. Wieder müssen die Unternehmen unserer Branche sich auf neue Märkte, neue Produkte, neue Rahmenbedingungen und neue Techniken einstellen. Und wie in den vergangenen 150 Jahren wird der Bundesverband Druck und Medien seine Mitglieder unterstützen, auf fachlicher und politischer Ebene für ihre Interessen kämpfen und ihnen eine zuverlässige Orientierung auf dem Weg in die Zukunft geben.

Mein Dank gilt den Mitautoren Dr. Paul Albert Deimel, Bettina Knappe, Lena Renz und Dr. Harry Neß für ihre Recherchen und Beiträge, dem Team der Geschäftsstelle des bvdm, dem ZFA sowie der Rheinischen DruckMedien GmbH, die die Drucklegung möglich gemacht hat.

Berlin im August 2019



Wolfgang Poppen
Präsident des Bundesverbandes
Druck und Medien e.V.

150 Jahre Bundesverband

Motor, Wegbereiter und Interessen- vertreter der deutschen Druck- industrie

Der Bundesverband Druck und Medien, Deutschlands erster Wirtschafts-, Arbeitgeber- und Fachverband, feiert in diesem Jahr sein 150-jähriges Jubiläum.

Alles begann 1869 mit einem Aufruf „An die Herren Buchdruckereibesitzer Deutschlands“ durch den Druckereibesitzer Johannes Schneider. Kurz darauf folgten die erste Tarifkommission aus Prinzipalen und Gehilfen, die erste Tarifgemeinschaft mit einem reichseinheitlichen Tarif und die erste Berufsgenossenschaft in Deutschland.

Die rasante Technisierung der Branche eröffnete schon bald neue Möglichkeiten für die Herstellung von Informationsschriften, Zeitungen, Büchern und Werbung. Drucker schufen das erste Massenmedium der Geschichte und waren Schrittmacher in die moderne aufgeklärte Informationsgesellschaft.

Namen und
Wortbildmarken des
Bundesverbandes
1869 bis 2019



Deutscher Buchdrucker-Verband

AGU

Bundesverband
Druck e.V.



Bundesverband Druck

bvdm.

Bundesverband Druck
und Medien e.V.

bvdm.

Bundesverband
Druck und Medien e.V.



1869

Annalen
der Typographie

Die Entwicklung
der Verbandszeitschrift



1929

Zeitschrift für
Deutschlands Buchdrucker



1955

Graphische Woche



2019

NUTZEN



1969

druckwelt

druckwelt

10. April 1969

1968: ein gutes Jahr für deutsche Druckindustrie

Die deutsche Druckindustrie hat im Jahr 1968 einen sehr erfolgreichen Abschluss erreicht. Die Produktion hat sich um 10,5% gegenüber dem Vorjahr erhöht. Dies ist ein Ergebnis der kontinuierlichen Entwicklung der deutschen Druckindustrie, die durch den Einsatz moderner Technologien und die Erhaltung der hohen Qualität sich auszeichnet. Die Druckindustrie hat in diesem Jahr auch einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaft geleistet, indem sie die Produktion von hochwertigen Drucken ermöglicht hat. Die Druckindustrie hat in diesem Jahr auch einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaft geleistet, indem sie die Produktion von hochwertigen Drucken ermöglicht hat.

Die aktuelle Unternehmense-Zustellung ist ein Merkmal der deutschen Druckindustrie und der Leistungsstärke der Wirtschaft. Die deutsche Druckindustrie hat in diesem Jahr einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaft geleistet, indem sie die Produktion von hochwertigen Drucken ermöglicht hat.

Druckart	1968	1967	Veränderung
Gesamt	1000	900	+11,1%
Druckerei	800	750	+6,7%
Verlagsdruckerei	200	150	+33,3%
Industriedruckerei	100	100	0%
Druckerei	100	100	0%
Verlagsdruckerei	100	100	0%
Industriedruckerei	100	100	0%

Die Zeit der Vereinsgründung

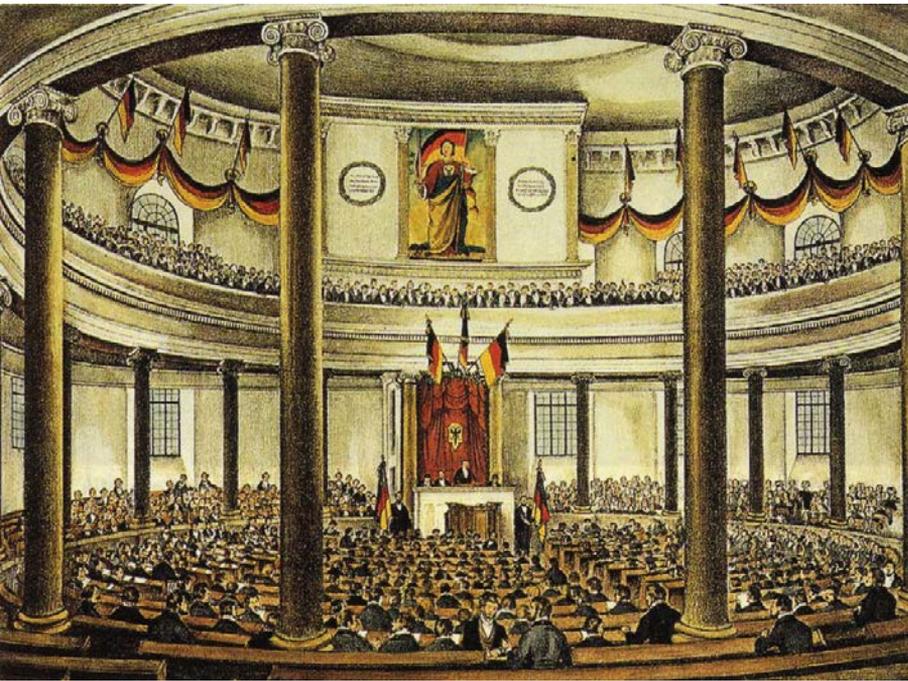
Europa im 19. Jahrhundert brodelte. Die zunehmende Industrialisierung, das enorme Bevölkerungswachstum, der Niedergang des Heimgewerbes sowie die Folgen der Bauernbefreiung sorgten für Umbrüche auf allen Ebenen. Auch in den deutschen Staaten herrschten soziale Unruhen und politische Kämpfe. Neue gesellschaftliche Gruppen forderten neue Strukturen und einen auf die Interessen und das Wohl des Volkes ausgerichteten, geeinten deutschen Staat. Dieser sollte seine Bürger durch Grundrechte schützen sowie neue Chancen für ihre soziale und wirtschaftliche Entfaltung eröffnen.

Schon bald forderten Liberale und Demokraten in fast allen Einzelstaaten Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit und die Einberufung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung. Am 18. März 1848 gipfelten Proteste von Handwerksmeistern und Gesellen in Berlin in Barrikadenkämpfen mit über 250 Toten. Erschrocken über das Blutvergießen machte der preußische König Zugeständnisse: Er hob das seit 1832 geltende Verbot politischer Vereine auf und verhiess die deutsche Einheit als konstitutionelle Monarchie. So tagte ab dem 18. Mai 1848 die erste frei gewählte deutsche Volksvertretung aus etwa 600 Abgeordneten in der Frankfurter Paulskirche.



Revolution in Berlin

Monarchistische und republikanische Revolutionäre jubelten im März 1848 nach Barrikadenkämpfen in der Breiten Straße in Berlin.



Frankfurter Nationalversammlung

Die deutsche Nationalversammlung tagte als das erste gesamtdeutsche Parlament seit dem 18. Mai 1848 in der Paulskirche in Frankfurt am Main.

Der erste Versuch

Inmitten der sozialen Unruhen und sich in Vereinen organisierender Lager beriefen die Buchdruckereibesitzer der freien Stadt Frankfurt am Main am 27. August 1848 den ersten Prinzipalkongress (Prinzipal = Unternehmer) im deutschen Sprachraum ein. An ihrer Seite stand das Zentralkomitee der Gehilfen: Ein Buchdruckerverein sollte Prinzipale und Gehilfen vereinen und paritätische Schiedsgerichte, verlässliche Vereinbarungen über Lohnfragen und eine Lehrlingsskala schaffen.

Im März 1849 wählte die neue Nationalversammlung König Friedrich Wilhelm IV. zum konstitutionellen Monarchen und „Kaiser der Deutschen“. Der preußische König lehnte die Kaiserkrone jedoch ab und trug mit der militärischen Niederschlagung der Erhebungen in Berlin, im Königreich Sachsen, im Großherzogtum Baden und in der Pfalz entscheidend zum Ende der Revolution bei. Erneut begann eine Phase der Unterdrückung: Politische Vereine wurden wieder verboten, die Meinungsfreiheit wurde eingeschränkt. Mit der sogenannten Reaktionsära folgte auch bei Prinzipalen und Gehilfen Ernüchterung auf die anfängliche Begeisterung für das gemeinsame Projekt. So ruhte die Idee einer Vereinigung die nächsten 17 Jahre lang.

**Ein Buchdrucker-
verein sollte
Prinzipale und
Gehilfen vereinen
und paritätische
Schiedsgerichte,
verlässliche
Vereinbarungen
über Lohnfragen
und eine Lehrlings-
skala schaffen.**

Geburt des ersten Wirtschafts- und Arbeitgeber- verbandes



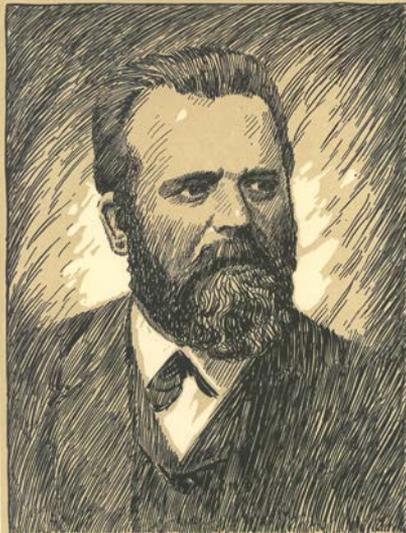
Die Geburtsstätte

Gedenktafel, die der Bundesverband der Stadt Mainz anlässlich des 100-jährigen Verbandsjubiläums gestiftet hat.

Im Juni 1865, 17 Jahre nach dem ersten Versuch, griff der Mannheimer Druckereibesitzer Johannes Schneider das Projekt einer Vereinigung wieder auf. Gleichzeitig gründeten die Gehilfen auf Einladung des Leipziger Fortbildungsvereins 1866 ihrerseits den „Deutschen Buchdruckerverband“, quasi die erste deutsche Gewerkschaft neben dem deutschen Zigarrenarbeiterverein. Da die Gehilfen anfangs davon überzeugt waren, ihre Forderungen am ehesten zusammen mit den Prinzipalen erreichen zu können, war es diesen erlaubt, dem neuen Verband ab 1868 beizutreten. Zahlreiche Prinzipale sahen jedoch ihre Interessen im Gehilfenverband nicht ausreichend vertreten.

Am 15. August 1869 schließlich lud Schneider „die Herren Buchdruckereibesitzer Deutschlands“ in den „Casino-Hof zum Gutenberg“ nach Mainz. Seiner Einladung folgten 87 Prinzipale, die meisten von ihnen aus dem Rhein-Main-Gebiet. Unter Beteiligung der Schriftgießereibesitzer einigten sich 84 der Anwesenden auf den Namen „Deutscher Buchdrucker-Verein“ (DBV). Der neue Prinzipalverein mit Sitz in Leipzig sollte eine Vereinszeitschrift, lokale Sektionen und ein Unterstützungskassensystem erhalten, die Lehrlingsausbildung

1869



JOHANNES SCHNEIDER, MANNHEIM. 955
GEB. 13. NOV. 1827. GEST. 10. SEPT. 1882. 528 BEGRÜNDER
DES DEUTSCHEN BUCHDRUCKER-VEREINS.

Johannes Schneider
(1827–1882)

Einladung

Johannes Schneider veröffentlichte seine Einladung zur Gründungsversammlung des Vereins in den „Annalen der Typographie“, Nummer 3, 1869.

36

An die Herren Buchdruckereibesitzer Deutschlands!

Die Arbeiterbewegung hat unter den Buchdruckergehülften Deutschlands einen hervorragenden Ausdruck gefunden. Der „deutsche Buchdruckerverband“, der unter dem Vorsitze des Herrn Richard Härtel in Leipzig seinen Centralisitz hat, beherrscht das Arbeitsgebiet der Buchdruckereien in durchaus einseitiger Weise.

Die Arbeitgeber sind grundsätzlich von dieser Verbindung ausgeschlossen, um jede Verständigung zwischen Capital und Arbeit zum Vortheile der einseitigen Parteiherrschaft im Keime zu ersticken. Die einsichtsvollen Arbeitnehmer aber, die in Berücksichtigung gegebener Verhältnisse und im Einverständnisse mit ihren Arbeitgebern einen einzig dauernden Zustand anstreben möchten, werden durch Ausschluss von den Unterstützungskassen des deutschen Buchdruckerverbandes gegen ihren Willen genöthigt, den masslosesten Agitationen ihre billige Zustimmung zu geben.

Im Interesse der Arbeit wird allseitig die Nothwendigkeit einer dauernden Regelung der vielfach muthwillig gestörten Arbeitsverhältnisse tief empfunden, und im Interesse der einsichtsvollen Arbeiter liegt die mahnende Verpflichtung vor, für die Unabhängigkeit derselben in allen Lagen des Lebens ausreichend zu sorgen.

Von diesen Grundanschauungen, die räumlich hier nur angedeutet zu werden vermögen, geleitet, fand am 7. Juli in Darmstadt eine Besprechung zwischen Buchdruckereibesitzern aus Hessen, Baden, Baiern und Preussen statt, die nach reiflicher Erwägung aller hier einschlagenden Verhältnisse den Beschluss fassten:

die Herren Buchdruckereibesitzer Deutschlands

zu einer

Versammlung in der Gutenbergsstadt Mainz im Saale des Casinos zum Gutenberg

auf

Sonntag den 15. August 1869 Vormittags 11 Uhr

zur

Gründung eines Verbandes deutscher Buchdruckereibesitzer

zu berufen.

Der Unterzeichnete, mit der Ehre der Einladung betraut, theilt zugleich mit, dass die Verhandlungen auf der Grundlage des von ihm unterm 11. Mai 1869 veröffentlichten Entwurfs stattfinden sollen.

Vertrauend auf die bewährte Einsicht und die bereite Opferwilligkeit der Herren Buchdruckereibesitzer Deutschlands, darf auf deren zahlreiches Erscheinen um so mehr gerechnet werden, als nur auf dem Wege gegenseitiger Verständigung die richtige Lösung der socialen Fragen auch unseres Standes sicher angebahnt werden kann.

Zahlreiche Berufsklassen der menschlichen Gesellschaft sind uns in Regelung ihrer Angelegenheiten mit Erfolg vorangegangen; bleiben wir nicht zurück, um uns schliesslich durch Zufall oder Willkür beherrschen zu lassen; die freie Ordnung und die selbstbestimmende Thätigkeit sind Hoheitsrechte des modernen Staats.

Darum kommen wir Alle zum 15. August 1869 in die Gutenbergsstadt Mainz zur Gründung eines Verbandes deutscher Buchdruckereibesitzer im Interesse der Arbeit, zum Nutzen der Gesellschaft und zur Ehre unseres Standes.

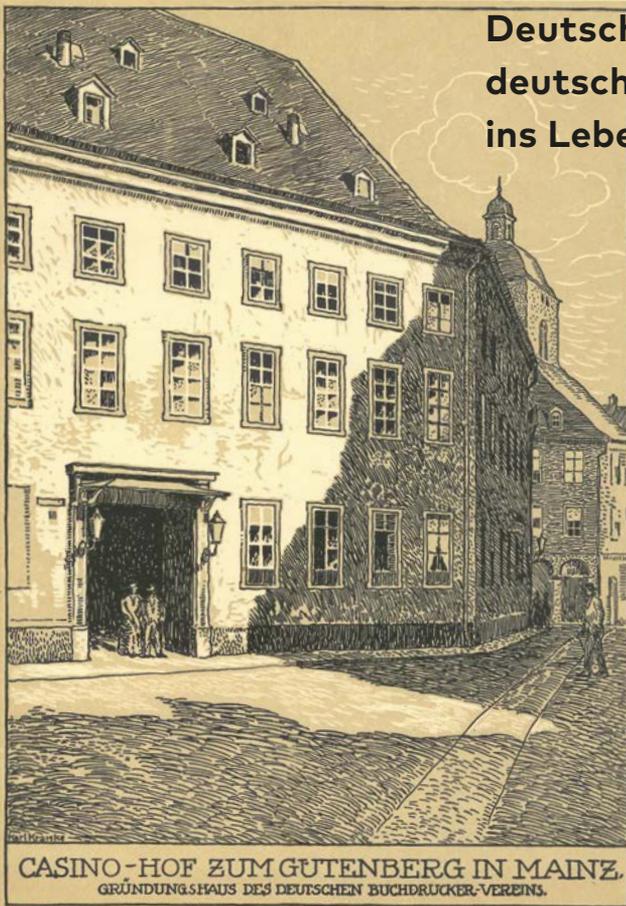
Inzwischen bin ich zu jeder gewünschten näheren Auskunft gerne bereit.

Mannheim, den 15. Juli 1869.

J. Schneider,
Buchdrucker und Buchhändler.

„Am 15. August 1869, vormittags 11 Uhr, versammelten sich im ‚Hof zum Gutenberg‘ in Mainz – just an der Stelle, wo der große Erfinder der Druckkunst das Licht der Welt erblickte – 87 deutsche Buchdruckereibesitzer, um gemeinschaftlich über die Form eines beruflichen Zusammenschlusses zur Wahrung der materiellen und ideellen Interessen ihres Standes zu beraten. Es war eine wichtige Stunde in der modernen Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, sollte doch die erste deutsche Arbeitgeberorganisation ins Leben gerufen werden.“

Direktor Dr. Ruppel,
„Zeitschrift für Deutschlands
Buchdrucker und verwandte
Gewerbe“



Der Hof zum
Gutenberg in
der Schusterstraße
in Mainz gilt als
Geburtsort von
Johannes Gutenberg.

verbessern und Fachschulen errichten sowie Ver-
einsstatuten ausarbeiten. Dazu luden die Prinzi-
pale auch die Gehilfen ein. Diese lehnten die
Mitarbeit angesichts des gerade entstehenden
eigenen Verbands jedoch ab.

Mit der Wahl des Geschäftsführenden Ausschusses
und ein Jahr später des Vorstands war der erste
Wirtschafts- und Arbeitgeber-Fachverband in
Deutschland geboren. In seinen 1870 beschlossenen
Statuten verpflichtete er sich, die „materiellen und
geistigen Interessen des deutschen Buchdrucker-
standes, der Principale sowohl als der Gehülfen“,
zu fördern. Er schuf damit faktisch „die Vorausset-
zung für den ersten Flächentarifvertrag zwischen
Arbeitnehmern und Arbeitgebern in Deutschland“.

Bis zur offiziellen Registrierung dauerte es jedoch.
Denn noch während sich der DBV konstituierte,
entbrannte 1870/1871 der Deutsch-Französische
Krieg. Ministerpräsident Otto von Bismarck nutzte
ihn, um die deutschen Staaten im Kampf gegen
einen gemeinsamen Feind zu einigen. Er erreichte
sein Ziel. Am 18. Januar 1871 riefen die deutschen
Fürsten Wilhelm I. zum „Deutschen Kaiser“ aus
und besiegelten damit die staatsrechtliche Grün-
dung des Deutschen Reichs. Daher fand der DBV
erst im Mai des Jahres Eintrag ins sächsische
Genossenschaftsregister, und auch der Aufbau von
zwölf Kreisen vor Ort zog sich noch bis 1874 hin.

**Der Verein ver-
pflichtete sich, die
Interessen des
Buchdruckerstandes
zu fördern.**

Vorstand des DBV

Die prominenten Leipziger
Druckereibesitzer
Alfred Ackermann-Teubner,
Eduard Brockhaus und
Raymund Härtel übernahmen
die ersten Vorstandsämter
des Deutschen
Buchdrucker-Vereins.



Alfred Ackermann-Teubner
(1857–1941)



Eduard Brockhaus
(1829–1914)



Raymund Härtel
(1810–1888)

1.250

Arbeitskämpfe

Mehr als 1.250 Arbeitskämpfe fanden zwischen 1869 und 1874 in unterschiedlichen Industriezweigen statt.

1.000-n

Buchstaben-Maßstab

Um den 1.000-n-Buchstaben-Maßstab entbrannte der erste Tarifstreit in der Druckbranche nach der Gründung des DBV.

16 $\frac{2}{3}$

Tariflohnerhöhung

Eine $16\frac{2}{3}$ -prozentige Tariflohnerhöhung erhielten die Gehilfen ab dem 1. Juli 1870.

Erster Tarifstreit – erster Streik

Die sozialpolitische Situation im Land wurde seit Mitte des 19. Jahrhunderts stetig konfliktreicher. Zwischen 1869 und 1874 fanden über 1.250 Arbeitskämpfe in unterschiedlichen Wirtschaftszweigen statt – mit 200.000 bis 300.000 Aufständischen. Die ersten größeren Auseinandersetzungen in der Druckbranche entbrannten über eine Gehilfenforderung der Schriftsetzer zur Berechnung des bereits existierenden Akkordlohns: Die „Alphabetrechnung“ sollte den seit 1830 gültigen „1.000-n-Buchstaben-Maßstab“ ersetzen. Diese Berechnung bildete nach Auffassung der Gehilfen die Handgriffe für die Erstellung einer Kolumne gerechter ab – und hätte zu einer mehr als 16-prozentigen Lohnerhöhung geführt.

Im paritätischen Schiedsgericht, der De-facto-Tarifkommission, einigten sich Prinzipale und Gehilfen am 1. Juli 1870 auf einen Kompromiss: Sie ersetzten den Buchstaben „n“ durch das „u“ und erhöhten den Tariflohn um 16⅔ Prozent. Diesem neuen „Normaltarif“ wollten die Stuttgarter Druckereibesitzer jedoch nicht folgen. So kam es vor Ort zu einem 13-wöchigen Arbeitskampf mit Streik und Aussperrung, der mit dem Verzicht auf die Alphabetrechnung, wohl aber mit einer 16⅔-prozentigen Lohnerhöhung endete.

Die Mitgliedsunternehmen rücken zusammen

Die Stuttgarter Prinzipale waren enttäuscht über den Verlauf der Auseinandersetzung. Sie hatten zusammengehalten, doch andere Druckorte hatten sich nicht mit ihnen solidarisiert. Die ausgesperrten Gehilfen hatten in anderen Regionen sofort wieder Anstellungen gefunden. So luden die Stuttgarter am 10. März 1872 mit Unterstützung des Kreises um Johannes Schneider zu einem Buchdruckertag in Eisenach.

Unter Beteiligung der Vereinsspitzen forderten die 62 anwesenden Prinzipale, die 300 Druckereien vertraten, eine Profilschärfung für den DBV: Mitglieder sollten einander bei Auseinandersetzungen mit Kampfmaßnahmen fortan auch überregional unterstützen. Der Beschluss vom 3. Dezember verpflichtete daher den Gesamtverein, denjenigen Gehilfen, die den Streik veranlasst oder unterstützt hatten, in ganz Deutschland zu kündigen und so durch Streik gefährdete Mitglieder zu schützen.

Die erste Tarifgemeinschaft

Der neu entstandene nationale Wirtschaftsraum und wirtschaftsliberale Gesetze beflügelten nach 1871 einen bislang ungekannten Fortschritts-optimismus. Im gesamten Deutschen Reich galt Gewerbefreiheit. Es gründeten sich unzählige Unternehmen und insbesondere Aktiengesellschaften. Das Spekulationsfieber zahlreicher Anleger sorgte für einen Anstieg der Aktienkurse um insgesamt 50 Prozent in kürzester Zeit.

Der erste Reichstarif

Inmitten dieser politischen und wirtschaftlichen Euphorie entwickelte sich die Lohnfrage zur Frage nach der Hausmacht im Druckbetrieb. Die Erwartungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer an ihre jeweiligen Interessenvertretungen waren groß. Verhandlungen Anfang 1873 scheiterten jedoch und es kam erneut zum Streik – dieses Mal in Leipzig. Der DBV rief darauf am 8. März zur Aussperrung von etwa 2.000 der 6.900 Gewerkschaftsmitglieder auf.

Nach weiteren harten Verhandlungen und diversen Beschlüssen auf der außerordentlichen Generalversammlung des Vereins in Weimar einigten sich beide Seiten schließlich. Der erste reichseinheitliche Tarif mit dreijähriger Laufzeit trat am 8. Mai in Kraft.

Er umfasste die

- Erhöhung des „Gewißgeldes“ (Mindestlohn)
- Einführung der Alphabetrechnung nach Griechisch, Fraktur- und Antiquaschriften
- Geltung der Tarife für das ganze Reichsgebiet
- Einsetzung einer paritätisch besetzten Tarifkommission
- Errichtung eines Schieds- und Einigungsamtes
- Einführung des Zehnstudentags
- Hinwirkung auf eine Anerkennung der Tarifbeschlüsse durch alle Gehilfen und Prinzipale

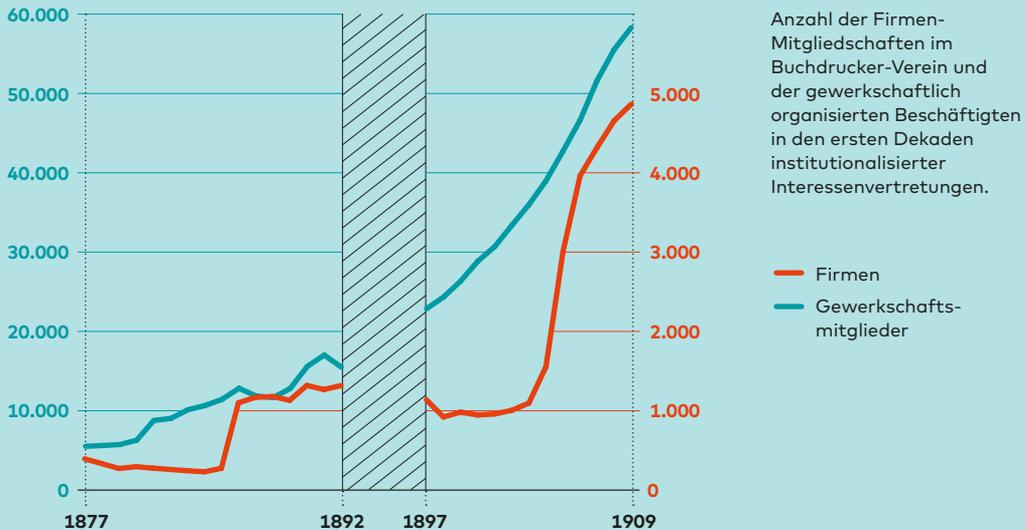
Schwieriger Beginn der Tarifgemeinschaft

Mit dem ersten Tarif für das gesamte Deutsche Reich standen die Drucker an der Spitze aller Gewerbe. Das Abkommen markierte den Beginn einer Tarifgemeinschaft. Es bot den Interessenvertretungen alle strategischen Elemente für präventive Interventionen zur Planungs-, Preis- und Arbeitsplatzsicherung. Die von den Tarifpartnern einvernehmlich verabschiedeten Bedingungen für die Unternehmen sorgten zudem für einen gerechteren Wettbewerb zwischen den Druckereien. So zeigte sich der DBV im Jahresbericht zu seiner vierten Jahresversammlung am 10. Mai 1873 versöhnlich: Der ausgehandelte Tarif werde „wirklich ein Allgemeiner Deutscher Buchdrucker-Tarif sein“, denn „gesiegt hat vor allem auf beiden Seiten die Überzeugung, dass unsere Interessen nur beim friedlichen Zusammenleben und bei Anerkennung unserer beiderseitigen berechtigten Forderungen gedeihen können!“.

1873

Inkrafttreten
des ersten Tarifs

„Gesiegt hat vor allem auf beiden Seiten die Überzeugung, dass unsere Interessen nur beim friedlichen Zusammenleben und bei Anerkennung unserer beiderseitigen berechtigten Forderungen gedeihen können!“



Die Entwicklung der Löhne einiger anderer Arbeiterkategorien¹⁾ im Vergleich mit der Entwicklung der Löhne im Buchdruckgewerbe.

Tab. No. 27

Jahr	Relativer Wochenlohn (1908 = 100 gerechnet).																	
	Maler			Installateure			Steinmetzen			Möbeltischler			Metallverarbeitung			Buchdrucker		
	Berlin	Hamburg	Nürnberg	Berlin	Hamburg	Nürnberg	Berlin	Hamburg	Nürnberg	Berlin	Leipzig	Nürnberg	Berlin (Dreher)	München (Werkzeugmacher)	München (Dreher)	Berlin	Hamburg	Nürnberg
1886	60	72	74	64	56	67	66	65	62	46	64	78	62	—	—	79	79	78
1889	68	74	76	65	71	74	80	79	62	62	64	82	66	—	—	79	79	78
1896	73	74	83	68	71	74	81	79	71	74	73	89	90	76	87	82	82	82
1902	77	86	92	85	83	75	82	81	79	100	77	98	95	89	86	90	90	90
1905	85	92	94	85	86	90	92	87	89	100 (1903)	91	98	100 (1903)	95	94	90	90	90
1906	100	100	96	100	100	100	94	87	93	—	91	100	—	100	100	90	90	90
1907	100	100	98	100	100	100	100	94	100	—	100	100	—	—	—	100	100	100
1908	100	100	100	100	100	100	100	100	100	—	100	—	—	—	—	100	100	100
Absoluter Wochenlohn (in Mark)																		
1886	21,—	25,20	20,40	22,50	21,—	19,20	27,—	29,70	23,40	17,40	18,—	18,—	21,—	20,28	26,28	24,60	24,60	22,55
1908	35,10	35,10	27,54	35,10	37,50	29,50	40,80	45,60	37,80	37,68 (1903)	28,08	23,22 (1907)	30,57 (1903)	30,24 (1906)	30,30 (1906)	31,25	31,25	28,75

¹⁾ Zusammengestellt aus R. Kuczynski: „Die Entwicklung der gewerblichen Löhne seit der Entwicklung des Deutschen Reiches“, Berlin 1909.

Die neue Tarifgemeinschaft stieß aber auch auf Widerstand. Vor allem in Rheinland-Westfalen fürchteten die organisierten Kleinbetriebe um ihre Existenz und lehnten die vereinbarte Lohnpolitik, die Tarifkommissionen und die Einigungsämter des DBV ab. Angesichts sozial und wirtschaftlich verschiedenartiger Betriebe mit den Produktionsschwerpunkten Akzidenz, Formularwesen, Buch und Zeitungen orientierten sich im Jahr 1879 tatsächlich nur 654 von 2.715 Prinzipalen am Tarif. Aber auch viele Gehilfen schienen von den ausgehandelten Ergebnissen nicht überzeugt: Zwischen 1872 und 1875 sank die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder von 7.701 auf 7.006.

Mit der Wirtschaftskrise geraten Vereinbarungen außer Kraft

Die durch den allgemeinen Aufschwung verursachte Überhitzung der Konjunktur, vor allem aber der Einbruch der Finanzmärkte führte 1873 zu einem einschneidenden Börsenkrach mit dramatischen Kursstürzen in Österreich, London, New York und Berlin. In Deutschland setzte eine Phase der Stagnation und der wirtschaftlichen Konsolidierung, die sogenannte Gründerkrise, ein. Die Druckbranche

kürzte einvernehmlich die Löhne, aber die Zahl der neu gegründeten Druckbetriebe stieg zwischen 1871 und 1878 dennoch von 76 auf 105. Allerdings sank die Zahl der in der Tarifgemeinschaft organisierten Prinzipale zwischen 1872 und 1884 von 838 auf 233. So sah der DBV seinen Fortbestand allmählich bedroht.

Zudem waren immer mehr „Winkeldruckereien“ entstanden. Im Kampf um Aufträge schenkten sie den Bemühungen des DBV um stabile Preise, die Einhaltung vereinbarter Löhne und quotierte Lehrlingszahlen wenig Beachtung. Die beträchtliche Asymmetrie zwischen organisierten und nichtorganisierten Druckereibesitzern war für die weitere Arbeit des Vereins kaum ermutigend: Das 1880 von Karl Klimsch herausgegebene „Adreßbuch der Buch- und Steindruckereien“ zählte für 1.300 Städte 4.655 Druckereien (davon 1.610 Steindruckereien), in denen 52.200 Arbeiter, 11.600 Arbeiterinnen und 8.400 Lehrlingen tätig waren.

In Deutschland setzte eine Phase der Stagnation und Konsolidierung ein, die sogenannte Gründerkrise.



Der Gründerkrach

Mit dem Wiener Börsenkrach begann am 9. Mai 1873 die weltweite Wirtschaftskrise. Am 19. September wurde auch die New Yorker Börse geschlossen. Im Oktober erreichte die Krise Berlin und markierte den Übergang vom Freihandel zum Schutzzoll.

Die Stettiner Resolution – ein Treuepakt

Die Reichsregierung reagierte auf die wirtschaftliche Krise mit Schutzzöllen auf Agrar- und Industrieprodukte. In der Folge stiegen die Lebenshaltungskosten. Krisenbetroffene Wirtschaftsbereiche schützten sich mit wettbewerbsbehindernden Absprachen vor weiterem Preisverfall. Nicht zuletzt erklärte Bismarck die Sozialdemokratie zum „Reichsfeind Nummer eins“ und initiierte das „Sozialistengesetz“. Mithilfe des am 19. Oktober 1878 verabschiedeten Gesetzes wurden Hunderte Arbeiterorganisationen verboten sowie Tausende Menschen verhaftet und inhaftiert. So verschärfte die Gründerkrise und Sozialistengesetz den Klassenkonflikt, während sich die Wirtschaft langsam erholte.

Auch das Druckgewerbe verzeichnete wieder eine gute Auftragslage. Die gemeinsame Tarifkommission des DBV und des Gehilfenverbandes einigte sich daher 1889 auf eine Lohnerhöhung mit zweijähriger Laufzeit und auf die „Stettiner Resolution“: Ab dem 1. Oktober sollten tariftreue Prinzipale nur noch Gehilfen einstellen, die in tariftreuen Betrieben gelernt oder dort zu tarifgemäßen Bedingungen gearbeitet hatten. Der DBV zielte damit auf eine längerfristig gesicherte Tarifsituation ab.

Dieser Beschluss wurde indessen von der Sektion aus Rheinland-Westfalen kritisiert. Die dortigen Druckereibesitzer fürchteten, nicht tariftreue Betriebe könnten nicht mehr ausreichend qualifizierte Fachkräfte einstellen. Sie wollten einen Tarif, der den Interessen der kleineren „Provinzdruckereien“ besser entsprach. Als Lösung boten sie an, dass die deutsche Tarifkommission nur Mindesttarife festlegen und die Sektionen die Lokalzuschläge verhandeln sollten. Diese Einschränkung hat der DBV nicht akzeptiert, da ein starkes geschlossenes Handeln gegenüber dem Tarifpartner rein organisatorisch bereits schwer genug war: Der DBV bestand immerhin aus neun Sektionen, die Tarifgemeinschaft umfasste zwölf Kreise und der „Unterstützungsverein der deutschen Buchdrucker“ gliederte sich in 21 Gaue.

Druckunternehmen und Beschäftigte im Jahr 1880

4.655

Druckereien

52.200

Arbeiter

11.600

Arbeiterinnen

8.400

Lehrjungen

Die sozialpolitische Wende



Der Kaiser und sein Reichskanzler

Reichskanzler Otto von Bismarck zeichnete jede Handlung des jungen Kaisers Wilhelm II. gegen, konnte von diesem aber auch jederzeit entlassen werden.

Das Deutsche Reich war seit seiner Gründung der bevölkerungsreichste Staat Mitteleuropas. Zwischen 1871 und 1914 wuchs die Bevölkerung von 41 auf 68 Millionen an. Hatte bis 1890 Otto von Bismarck die Politik bestimmt, nahm sich nach seiner Entlassung der ebenso technikbegeisterte wie militärisch-imperialistische junge Kaiser Wilhelm II. der Geschicke des Landes an.

Die Bismarck'schen Interventionen wirkten sich auch auf das Druckgewerbe aus: Das von 1878 bis 1890 geltende Ausnahmegesetz gegen die „gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ (Sozialistengesetz) rührte an den Grundfesten einer freien Presse und an der freien Gewerbeausübung von Druckereien.

Weiterhin war aufgrund der landesweit anhaltenden Massenarmut und der damit verbundenen Gefährdung des sozialen Friedens ein Gegengewicht zum Sozialistengesetz geschaffen worden. So verabschiedete der Reichstag 1883 ein Gesetz über die Krankenversicherung für Arbeiter, 1884 ein Unfallversicherungsgesetz und 1889 ein Gesetz über die Alters- und Invalidenrente. Fortan waren 4,7 Millionen gewerbliche Arbeiter gesetzlich versichert. Das veränderte auch das Verhältnis von Prinzipalen und Gehilfen.

Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung sahen in den Versicherungen jedoch keinen Ersatz für umfassende Reformen. So forderte die Gewerkschaft der Buchdruckgehilfen Ende 1889 den Achtstundentag bei vollem Lohnausgleich, die Abschaffung der Akkordarbeit und Lohnerhöhungen.



Wegbereiter für die gesetzliche Unfallversicherung und die erste deutsche Berufsgenossenschaft

Angesichts der großen Not der von Arbeitsunfällen Betroffenen und ihrer Familien hatte der DBV schon frühzeitig Überlegungen hinsichtlich „einer Kasse zur Entschädigung für die wirtschaftlichen Folgen von Unfällen“ angestellt. So hatte die Sektion Berlin-Brandenburg auf der elften Generalversammlung im Juli 1880 einen Antrag für eine gemeinschaftliche Unfallversicherung zur Diskussion eingereicht. Dieser hatte die Zustimmung der DBV-Mitglieder gefunden und bereitete vielen Initiativen anderer Wirtschaftszweige den Weg. Jahre später widmete sich schließlich ein Reichsgesetzgebungsverfahren dem allgemeinen Unfallversicherungsgesetz. Das Gesetz trat nach mehreren Revisionen am 6. Juli 1884 in Kraft und verpflichtete alle Branchen, „Berufsgenossenschaften als Träger der Versicherung“ einzurichten.

Die Krankenversorgung organisiert sich

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden in Deutschland zivile Samaritervereine und Sanitätskolonnen des Roten Kreuzes. Auch die Feuerwehr übernahm die Krankenbeförderung.

1860

schlug die DBV-Sektion Berlin-Brandenburg die Gründung einer gemeinschaftlichen Unfallversicherung vor.

Reichs-Gesetzblatt.

N^o 34.

Inhalt: Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. S. 351.

(Nr. 1271.) Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. Vom 21. Oktober 1878.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen u.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

§. 1.

Bereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten.

Dasselbe gilt von Vereinen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten.

Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art.

§. 2.

Auf eingetragene Genossenschaften findet im Falle des §. 1 Abs. 2 der §. 35 des Gesetzes vom 4. Juli 1868, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften, (Bundes-Gesetzbl. S. 415 ff.) Anwendung.

Auf eingeschriebene Hülfskassen findet im gleichen Falle der §. 29 des Gesetzes über die eingeschriebenen Hülfskassen vom 7. April 1876 (Reichs-Gesetzbl. S. 125 ff.) Anwendung.

§. 3.

Selbständige Kassenvereine (nicht eingeschriebene), welche nach ihren Statuten die gegenseitige Unterstützung ihrer Mitglieder bezwecken, sind im Falle des Reichs-Gesetzbl. 1878.

67

Ausgegeben zu Berlin den 22. Oktober 1878.

Das Sozialistengesetz

Das zwischen 1878 und 1890 mehrfach verlängerte „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ verbot sozialistische, sozialdemokratische und kommunistische Vereine, Versammlungen und Schriften und verlagerte sozialdemokratische Aktivitäten in den Untergrund und ins Ausland.

Seit 2010 sind die Unternehmen der Druck- und Medienwirtschaft in der Berufsgenossenschaft Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse (BG ETEM) organisiert.

Die erste deutsche Berufsgenossenschaft war die „Berufsgenossenschaft der Buchdrucker“. Sie wurde am 1. Oktober 1885 staatlich legitimiert gegründet. Die Finanzierung und die Verwaltung trugen die Unternehmer. Der Vorstand der neuen Genossenschaft setzte sich aus engagierten Vertretern des DBV zusammen. Dies unterstrich, welche große Bedeutung führende Unternehmen ihr beimaßen.

Von der Unterstützungskasse zur BG ETEM

Nach der großen Tarifaueinandersetzung von 1891/1892 legte der DBV am 23. November 1892 die Bestimmungen einer „Unterstützungskasse“ für arbeitslose Gehilfen fest. Die Unterstützungskasse sollte vor allem Gehilfen unterstützen, die nicht am Arbeitskampf teilgenommen und damit ihre Ansprüche an die Gehilfenkasse verloren hatten. Die Viatikumskassen (Reise- und Zehrgeld) der Gewerkschaft bekamen damit Konkurrenz. Die Prinzipale bauten die Arbeitslosenunterstützungskasse noch im selben Jahr zur Invalidenkasse aus und ergänzten sie 1898 um eine Krankenversicherung. Das entschärfte einen bekannten Konflikt: Wer Mitglied im Verband der Gehilfen war, musste auch den Unterstützungskassen der Gewerkschaft beitreten, aus denen nur Mitglieder im Notfall Geld erhielten. Nach Auffassung der Prinzipale hatte das „eine Brandfackel unter den Gehilfen geworfen“.

Erst im Dezember 1898 hatten die Arbeitgeber und die Arbeitnehmerorganisation wieder genug Vertrauen zueinander, um auf ein paralleles Kassenwesen zu verzichten und gemeinsam den Beitritt der Gehilfen in die Prinzipalkasse zu erleichtern. Das Bündel an Kassenleistungen war

beachtlich: Die Kasse zahlte Leistungen bei Arbeitslosigkeit, bei einem Umzug an einen anderen Ort, bei vorübergehender Erwerbsunfähigkeit durch Krankheit und bei dauernder Invalidität. Diese Periode sozialpolitischer Handelns als Grundlage wirtschaftlicher Prosperität endete 1899 mit der Gründung einer Feuerversicherungs-Genossenschaft, dem „erste[n] reinwirtschaftliche[n] quasi Produktionsunternehmen des Vereins“.

Bis zum Jahr 1913 waren 87 Prozent der 9.749 Buch- und Steindruckereien und 94 Prozent der 66.866 tariftreuen Gehilfen in der Buchdrucker-Berufsgenossenschaft versichert. Ohne die Versicherten der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft, das heißt Stein-, Zink-, Kupfer- und Stahldruckereien sowie Geschäftsbücherfabriken und Buchbindereien, waren 1921 immerhin bereits 80 Prozent der Buchdruckereien und 91 Prozent der tariftreuen Gehilfen genossenschaftlich versichert.

Im Jahr 1949 gelang es, die Berufsgenossenschaften der Buchdrucker und der Papierverarbeiter zur Berufsgenossenschaft Druck und Papierverarbeitung in der Bundesrepublik mit Sitz in Wiesbaden zu vereinen. Diese fusionierte 2010 zur heutigen Berufsgenossenschaft der Wirtschaftszweige Energie, Textil, Elektro, Medienerzeugnisse (BG ETEM) mit Sitz in Köln. Die BG ETEM unterstützt die Unternehmen im Arbeitsschutz, betreut Versicherte nach Arbeitsunfällen oder bei Berufskrankheiten und sichert deren Lebensunterhalt finanziell ab. Ihre Selbstverwaltungsgremien setzen sich paritätisch aus Arbeitgebern und Versicherten zusammen. Arbeitgeberseitig schlägt der bvdm die Mitglieder für den Bereich der Druckindustrie vor.



Karte der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker.

Zeichen-Erklärung:

Die Linien innerhalb des Deutschen Reiches grenzen die 13 Tarifkreise ab.

- Kreisvororte.
- Städte mit Arbeitsnachweisen und Schiedsgerichten.
- Städte mit Schiedsgerichten.
- Städte mit Arbeitsnachweisen.

Tarifamt und Tarifausschuß befinden sich in Berlin.

53 Stunden

in der Woche arbeiteten die Buchdruckergehilfen im Jahr 1912. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in der deutschen Industrie lag damals bei 58 bis 60 Stunden.

Der Erfolg der Tarifgemeinschaft

Der Druckereibesitzer Georg W. Büxenstein zog 1906 ein Fazit aus 20 Jahren Erfahrung mit der Tarifgemeinschaft: Ihr Erfolg sei für eine breite Öffentlichkeit sichtbar und biete ein Vorbild „für eine große Anzahl von Gewerben in lokaler und nationaler Beziehung im Inlande und Auslande“. Die Prinzipale hatten durch die Konsensbildung und die verbesserte Kostenrechnung Planungssicherheit gegenüber Kunden und für neue Investitionen gewonnen. Auch die Buchdruckergehilfen profitierten: Sie standen 1912 mit einer Wochenarbeitszeit von 53 Stunden gegenüber der sonstigen Arbeiterschaft „sehr günstig da“.

Die positiven Effekte der Tarifgemeinschaft sprachen fachlich affine Gewerbe wie das Steindruckgewerbe besonders an. Die dortigen Unternehmer hatten sich am 11. November 1900 in Leipzig zum „Verein der Steindruckbesitzer“ zusammengeschlossen und am 16. November 1907 in Stuttgart mit dem „Schutzverband“ zum „Verband Deutscher Steindruckbesitzer“ vereint. Dieser sollte ihre Interessen in zwei Abteilungen vertreten: Von Leipzig aus sollte die Vertretung fachgewerblicher Interessen und von Berlin aus das einheitliche Handeln bei Streitigkeiten mit den Gehilfen geregelt werden.

Intern diskutierten die Steindruckbesitzer immer wieder, ob sie in Anlehnung an die Buchdrucker auch den Weg einer Tarifgemeinschaft begehen sollten. Gründe gegen eine „Schablonierung der Löhne“ waren das Selbstverständnis als Kunstgewerbe, die Tätigkeit der Chromolithografie vor allem für den Export und der geringe Organisationsgrad der Unternehmer und der Gehilfen in ihren jeweiligen Interessenorganisationen. So fassten die Steindruckbesitzer 1914 die

Vorbild „für eine große Anzahl von Gewerben in lokaler und nationaler Beziehung im Inlande und Auslande“

Entscheidung über eine eigene Tarifgemeinschaft oder aber den Beitritt in den Buchdruckerverein für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg und dem Ende des „Burgfriedens“ zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ins Auge.

Rote Tabellen regeln die Preise

Der DBV suchte nach Wegen zu einem regulierten Preisgefüge für Druckprodukte. Der damit beauftragte Gründer und Vorsitzende des Wirtschaftsamtes und der Materialbeschaffungsstelle für das graphische Gewerbe Otto Säuberlich erarbeitete dazu 1902 auf wissenschaftlicher Grundlage die sogenannten Roten Tabellen. Dies war der Beginn eines Preistarifwerks, dessen Einhaltung und Umsetzung von regionalen Berechnungsstellen überwacht wurde.

Der Preistarif gestaltete neben der Tarifautonomie und der Einbindung des Buchdruckerverbandes sowie 1909 des konkurrierenden Gutenbergbundes die Zukunft der Branche: Die rund 5.000 DBV-Mitglieder aus dem Buchdruckgewerbe mit seinen vielen Berufen waren Teil eines lockeren Kartells geworden. Diese vereinspolitische Linie behielt der DBV selbst angesichts einer rückläufigen Ertragslage und technologischer Entwicklungsschübe bei. Der Tarif von 1907 berücksichtigte so auch die Hilfsarbeiter, deren Arbeit in den Betrieben immer größere Bedeutung erlangte.

Erster Weltkrieg

Unfreiwilliger Wegbereiter in die Sozialpartnerschaft



Kriegserklärung Erster Weltkrieg

Am 31. Juli 1914 erklärte Kaiser Wilhelm II. den Kriegszustand des Deutschen Kaiserreichs. Die im Neuen Palais in Potsdam vom Kaiser und seinem Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg unterzeichnete Verordnung markierte den Beginn des Ersten Weltkriegs.

Deutschland versechsfachte zwischen 1871 und 1914 seine industrielle Produktion. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts zeigte das aufstrebende Industrieland zudem weltpolitische Ambitionen und große Rüstungsanstrengungen. Inmitten eines zunehmenden Nationalismus der europäischen Mächte hielten hohe deutsche Militärs ab Ende 1912 einen gesamteuropäischen Krieg für unabwendbar. So führte die Ermordung des österreich-ungarischen Thronfolgers am 28. Juni 1914 im annektierten Sarajevo binnen sechs Wochen zur Kriegserklärung an Russland. Damit begann der Erste Weltkrieg.

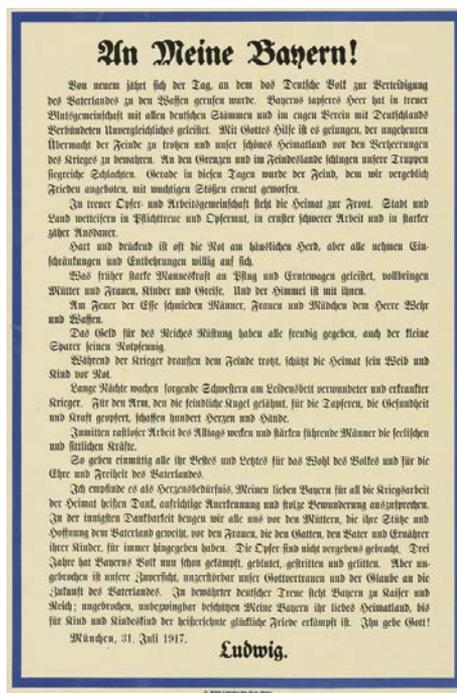
Im Gegensatz zu den öffentlich publizierten Bildern einer begeisterten Bevölkerung verglich der 1903 von Prinzipalen, Faktoren und Gehilfen gegründete Bildungsverband den Krieg mit einer erwachenden „Bestie im Menschen“, die „schaffensfreudige Berufsgenossen zu wahnsinniger Tat“ zwang. Bereits im ersten Kriegsjahr wurde der gesamte Verbandsvorstand eingezogen. Ende 1914 blieben von vormals 13.265 nur noch etwa 6.000 Mitglieder, 1915 waren es 3.500 und 1917 trotz „mehrerer Hundert neuer Aufnahmen nur noch 3.350“.

Das Prinzip Sozialpartnerschaft

Im Deutschen Reich leisteten während des Krieges 13,25 Millionen Männer Militärdienst, zwei Millionen von ihnen starben. Die zivilen Opfer lagen bei schätzungsweise 733.000 Menschen, die direkten Kriegskosten betragen 194 Milliarden Goldmark. Damit stand das Land vor einer enormen Herausforderung: Es galt nun, die „Versorgung der Bevölkerung, die Rückkehr von Millionen Soldaten an ihre Arbeitsplätze, die Versorgung der Millionen von Kriegsversehrten und der Hinterbliebenen sicherzustellen“.

Zwar waren die dafür erforderlichen Voraussetzungen – eine starke Wirtschaft, eine funktionierende Verwaltung und stabile Verhältnisse – nicht gegeben, aber auf der Basis des 1916 verabschiedeten Hilfsdienstgesetzes entstanden wertvolle korporative Strukturen. Unternehmerverbände und Gewerkschaften akzeptierten Tarifverträge zur Regelung der Arbeitsbedingungen, die Anerkennung des Privateigentums an Produktionsmitteln, den Achtstundentag und die Bildung von Betriebsräten. So führten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen „das Prinzip der Sozialpartnerschaft“ ein, das bis in die 1920er Jahre Bestand haben sollte.

Es galt nun, „die Versorgung der Millionen von Kriegsversehrten und der Hinterbliebenen sicherzustellen“.



Aufruf zum Durchhalten

Am 31. Juli 1917 erklärte König Ludwig III. von Bayern seiner Bevölkerung: „Was früher starke Manneskraft an Pflug und Erntewagen geleistet, vollbringen Mütter und Frauen, Kinder und Greise. Und der Himmel ist mit ihnen.“



Holzschnitt

Die Karikatur „Das Kanonenfutter“ des Zeichners und Volksschullehrers Hans Gerner erschien 1928 in der „Sonntags-Zeitung“, einem der bedeutendsten Wochenblätter in Deutschland.

Die Materialbeschaffungsstelle und der Organisationsvertrag

Aus der verordneten Zwangswirtschaft des Krieges entwickelten sich an vielen Orten „Produktiv- und Absatzgenossenschaften für die Erzeugnisse des Buchdruckers“. Der DBV gründete 1917 eine Materialbeschaffungsstelle mit Sitz in Leipzig. Sie sollte die wirtschaftliche Lage des Gewerbes verbessern und die Handlungsfähigkeit in Krisenzeiten erhalten. Aufgrund der Unübersichtlichkeit und der politischen Wirren seit 1918 gründete der DBV 1919 nach Jahren des notgedrungenen Stillstands zudem eine Abteilung zum Schutz gegen wilde Streiks. Auf der Suche nach Bündnispartnern schloss er sich 1921 dem „Bund Deutscher Arbeitgeberverbände“ an.

Der Verband zieht das erste Mal nach Berlin

Die politische Interessenvertretung des DBV hatte sich parallel verstärkt von Leipzig nach Berlin verlegt. So richtete der Verein 1922 auch seine Geschäftsstelle dort ein. Er ließ sich nicht mehr im Genossenschaftsregister führen, sondern als Verein nach den Bedingungen des Bürgerlichen Gesetzbuches eintragen. Außerdem hob er die Bindung an den selbst geschaffenen Preistarif auf und erweiterte das Aufgabenspektrum für die „Matgra“, die „Materialbeschaffungsstelle für das graphische Gewerbe“. Diese konnte nun auch „die Herstellung geeigneter und im graphischen Gewerbe benötigter Materialien“ veranlassen.

Nach einigen lokalen Interimslösungen fand die DBV-Hauptgeschäftsstelle 1926 ihren festen Vereinssitz in der Köthener Straße 33 zwischen Anhalter und Potsdamer Bahnhof. Neben dem DBV residierten in diesem Haus die Redaktion der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ sowie die Geschäftsstellen der „Typographischen Gesellschaft“ und des „Vereins Berliner Buchdruckbesitzer“.

Ende der Tarifgemeinschaft

Reparationszahlungen, Geldentwertung und fehlendes Betriebskapital der Druckunternehmen führten zu ständig steigenden Lohnforderungen der Gehilfen: Unter dem Einfluss zweier Streiks war der Lohn in der Woche vom 4. bis 10. August 1923 zweimal auf letztlich fünf Billionen Papiermark bei einer Wochenarbeitszeit von 48 Stunden erhöht worden. Die Tarifgemeinschaft stellte ihre Tätigkeit 1923 aufgrund der damit verbundenen Probleme und des allgemeinen Wertverfalls von Arbeit, Geld und Produktion im Buchdruckgewerbe ein.

In Zeiten „einer politischen Fundamentalkrise“ verschärfte das Ende des Erfolgsmodells „Tarifgemeinschaft“ die Spannungen zwischen Arbeitgeberverein und Gewerkschaftsverband. Für die Arbeitgeber, die Beschäftigten und den Staat stand zum Erhalt des Ordnungssystems jedoch viel auf dem Spiel. Im Oktober 1923 erließ das Reichsarbeitsministerium daher die „Verordnung über das Schlichtungswesen“ und institutionalisierte damit eine staatliche Zwangsschlichtung. Diese sollte der Konfliktregulierung dienen, ließ aber bei ausbleibender Einigung der Tarifparteien einen starken Eingriff in die geltende Tarifautonomie zu.

Den DBV prägten ab 1924 Persönlichkeiten, deren Namen auch heute noch Geltung haben. Zu ihnen zählten die zwei ersten Vorsitzenden Dr. Petersmann (Leipzig) und Hans Heenemann (Berlin) sowie die drei stellvertretenden Vorsitzenden Huber (Kempten), Katz (Hannover) und Zickfeldt (Osterwieck). Ebenfalls zu nennen sind die Beisitzer Erich Elsner (Berlin) und Rudolf Ullstein (Berlin) sowie der Rechnungsführer Paul Bennigson (Berlin). Die Zahl der Mitgliedsunternehmen im DBV belief sich 1925 auf 6.518 Buchdruckereibesitzer mit 59.080 Gehilfen – also vier Fünftel der gesamten Hilfenschaft.

1922

richtete der DBV
in Berlin seine
Geschäftsstelle ein.

1926

fand der DBV seinen
festen Vereinssitz
zwischen Anhalter und
Potsdamer Bahnhof.



Die Köthener Straße in der Mitte Berlins grenzt direkt an den Potsdamer Platz. Sie wurde 1843/1844 nach Plänen des Gartenkünstlers und Städteplaners Peter Joseph Lenné angelegt und beherbergte bis ins 20. Jahrhundert ein vielfältiges Kulturleben – unter anderem dadaistische Abende des Malik-Verlags, Lesungen von Kurt Tucholsky und den Salon von Bettina von Arnim.

Der DBV und die Druckindustrie im Nationalsozialismus



Die sogenannten Goldenen Zwanziger Jahre des vorigen Jahrhunderts endeten dramatisch. Die Weltwirtschaftskrise von 1929, der Bruch der Großen Koalition von 1930 und schließlich der Aufstieg der Nationalsozialisten mündeten in den Untergang der Weimarer Republik. Da es seit 1930 keine von der Reichstagsmehrheit getragene Regierung mehr gab, regierten Reichspräsident Hindenburg und die von ihm ernannten Reichskanzler vor allem mittels Notverordnungen. Eine Reichsreform erlaubte die Unterschreitung der Tariftlöhne, kürzte die Unterstützungssätze für Arbeitslose um fast ein Viertel und strich ihre Dauer von zwanzig auf sechs Wochen zusammen. Dies führte zu heftigen politischen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die im DBV organisierte Druckindustrie konnte kaum noch Einfluss nehmen.

Die Nationalsozialisten errichteten mit der neu gewählten Reichsregierung ab dem 30. Januar 1933 ihr Regime der radikalen Gleichschaltung. Die anfängliche Erwartung der Unternehmer auf einen Wirtschaftsaufschwung und die Erlösung vom Kampf mit den Gewerkschaften wich der Ernüchterung über die absehbare politische Entwicklung des Landes. Schließlich erfolgte in kürzester Zeit die ständestaatliche „Integration in das neue institutionelle Netzwerk des NS-Staates“ – mit Konsequenzen: Der Rechnungsführer Rudolf Ullstein, das Hauptvorstandsmitglied Hans Sternheim und der langjährige Vorsitzende Dr. Josef Petersmann traten noch vor dem Ende ihrer jeweiligen Amtsperiode zurück.

Die Autonomie geht verloren

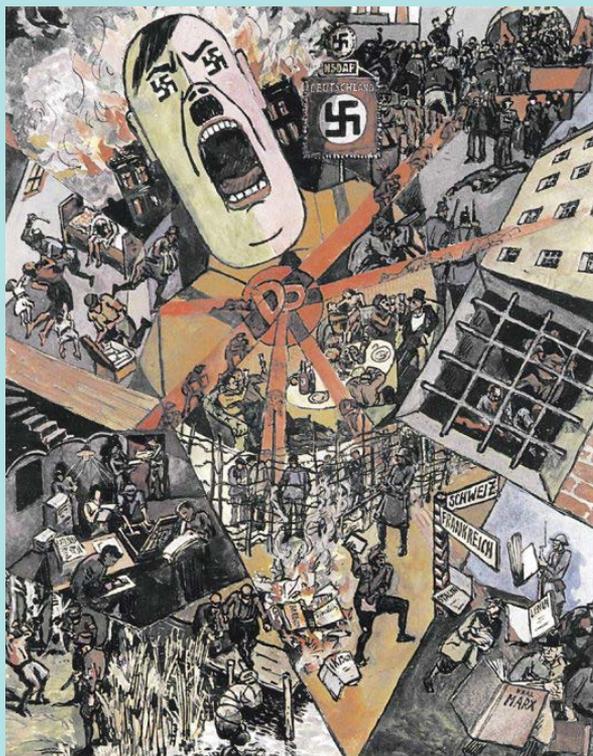
Zur Bekämpfung des Preisverfalls beschlossen 1.000 Mitglieder auf der Hauptversammlung am 9./10. September 1933 in Bad Nauheim die Gründung einer „Notgemeinschaft“. Auf reichsweiten Versammlungen wurden alle Buchdruckereibesitzer aufgefordert, der Gemeinschaft beizutreten. Die Deutsche Arbeitsfront nahm fortan alle sozialpolitischen Aktivitäten nach der „Ideologie der Volksgemeinschaft“ wahr und die neu gebildeten Wirtschaftsgruppen übernahmen alle wirtschaftspolitischen Entscheidungen.

So rief der nationalsozialistische Reichskommissar mit der wettbewerbsregelnden „Ordnung für das Graphische Gewerbe“ (Ogra) am 21. Mai 1935 die Folgeorganisation der Notgemeinschaft ins Leben. Der zuständige Reichsminister trieb am 7. Juni 1935 mit der Anordnung zur Marktregelung im graphischen Gewerbe wiederum die „Zwangskartellisierung“ voran. Dies besiegelte das Ende jeder verbandlichen Freiwilligkeit für 19.000 Betriebe der „Wirtschaftsgruppe Druck- und Papierverarbeitung“. Die Verbände der Druckindustrie bestanden zwar pro forma weiter, aber faktisch traten sie in die Phase des „Wirtschaftsdirigismus“ ein, in der die Autonomie des DBV und der Betriebe erlosch.



Der Reichstag brennt

Kurz nach 21 Uhr wurde am 27. Februar 1933 im Reichstagsgebäude Brandalarm gegeben, bald stand der Sitzungssaal in Flammen. Die Polizei ging von Brandstiftung aus. Noch am 28. Februar verabschiedete das Reichskabinett die Notverordnung „Zum Schutz von Volk und Staat“, welche die Grundrechte außer Kraft setzte und ein Ende des Rechtsstaats bedeutete.



Politisches Komplexbild

Der für seine Jugendstil-Radierungen und die künstlerische Gestaltung der Zeitschrift „Die Insel“ und der Bücher des Insel Verlags bekannte Maler und Grafiker Heinrich Vogeler erlebte den Ersten Weltkrieg als Nachrichtenoffizier. Er kehrte als radikaler Pazifist aus dem Krieg zurück und entwickelte ab 1918 Komplexbilder mit politischen Motiven, darunter das 1934 im Moskauer Exil entstandene Bild „Das Dritte Reich“.

Reichspräsidentenwahl 2. Wahlgang	
Paul von Hindenburg Reichspräsident, Generalfeldmarschall, Berlin	<input type="radio"/>
Adolf Hitler Regierungsrat im braunschweigischen Staatsdienst, München	<input type="radio"/>
Ernst Thälmann Transportarbeiter, Hamburg	<input checked="" type="radio"/>

Stimmzettel von 1932

Die Reichspräsidentenwahl von 1932 war die zweite und zugleich die letzte direkte Wahl des Staatsoberhauptes in der Weimarer Republik. Am 30. Januar 1933 ernannte Paul von Hindenburg Adolf Hitler zu seinem Reichskanzler.

1935

erlosch die Autonomie des DBV und der Druckunternehmen.

BUCHDRUCKER WOCHE
 Herausgeber: Deutscher Buchdrucker-Verein e. V.
 Redaktion: Berlin, K. D. Straße 110
 Erscheinungsort: Berlin, K. D. Straße 110
 Erscheinungstermin: 1. Dezember 1933
 Preis: 1.00 Mark

Das Wichtigste für die Zukunft!
 Die Aufgabe der Buchdruckerei wird immer wichtiger. Sie ist die Grundlage der Kultur und der Wissenschaft. Sie muss sich der Aufgabe stellen, die Bücher zu drucken, die die Menschen brauchen, um zu lernen und zu arbeiten.

Die Aufgabe der Buchdruckerei wird immer wichtiger. Sie ist die Grundlage der Kultur und der Wissenschaft. Sie muss sich der Aufgabe stellen, die Bücher zu drucken, die die Menschen brauchen, um zu lernen und zu arbeiten.

Vorwärts durch Zusammenarbeit!

Nur durch Zusammenarbeit können wir die Aufgaben der Buchdruckerei bewältigen. Wir müssen uns gegenseitig unterstützen und helfen. Nur so können wir die Kultur und die Wissenschaft weiterbringen.

BUCHDRUCKER WOCHE
 Herausgeber: Deutscher Buchdrucker-Verein e. V.
 Redaktion: Berlin, K. D. Straße 110
 Erscheinungsort: Berlin, K. D. Straße 110
 Erscheinungstermin: 1. Dezember 1933
 Preis: 1.00 Mark

Das Wichtigste für die Zukunft!
 Die Aufgabe der Buchdruckerei wird immer wichtiger. Sie ist die Grundlage der Kultur und der Wissenschaft. Sie muss sich der Aufgabe stellen, die Bücher zu drucken, die die Menschen brauchen, um zu lernen und zu arbeiten.

Die Aufgabe der Buchdruckerei wird immer wichtiger. Sie ist die Grundlage der Kultur und der Wissenschaft. Sie muss sich der Aufgabe stellen, die Bücher zu drucken, die die Menschen brauchen, um zu lernen und zu arbeiten.

Vorwärts durch Zusammenarbeit!

Nur durch Zusammenarbeit können wir die Aufgaben der Buchdruckerei bewältigen. Wir müssen uns gegenseitig unterstützen und helfen. Nur so können wir die Kultur und die Wissenschaft weiterbringen.

Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker und verwandte Gewerbe
 Herausgeber: Deutscher Buchdrucker-Verein e. V.
 Redaktion: Berlin, K. D. Straße 110
 Erscheinungsort: Berlin, K. D. Straße 110
 Erscheinungstermin: 1. Dezember 1933
 Preis: 1.00 Mark

Warum Buchenförmung?
 Die Buchenförmung ist eine wichtige Aufgabe der Buchdruckerei. Sie muss sicherstellen, dass die Bücher schön und praktisch sind. Die Buchenförmung ist ein Zeichen der Kunst und der Wissenschaft.

Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker und verwandte Gewerbe
 Herausgeber: Deutscher Buchdrucker-Verein e. V.
 Redaktion: Berlin, K. D. Straße 110
 Erscheinungsort: Berlin, K. D. Straße 110
 Erscheinungstermin: 1. Dezember 1933
 Preis: 1.00 Mark

Warum Buchenförmung?
 Die Buchenförmung ist eine wichtige Aufgabe der Buchdruckerei. Sie muss sicherstellen, dass die Bücher schön und praktisch sind. Die Buchenförmung ist ein Zeichen der Kunst und der Wissenschaft.

Geistige Einflussnahme

„Das Gesicht einer Zeitschrift kann – wie das eines Menschen – lebhaft, ausgeprägt, langweilig oder auch gleichgültig sein. Ein Gesicht hat aber auch seine völkischen und rassischen Eigenheiten; das sollte man niemals vergessen“, erklärte der Autor des Nationalsozialistischen Handbuchs „Gestaltung der Zeitschrift“ von 1938. Das Buch enthält Vorschläge zur Neugestaltung im Sinne des Propagandaministeriums – auch für die Fachpresse und das Vereinsorgan des DBV. Verpönt waren Jugendstilformen, splendide Satzspiegel, weit durchsommere prachtvolle Schriftgrade und modische Zutaten.

Die Marktvereinbarungen sollten Neugründungen mithilfe uralter Maschinen verhindern.

Marktregelung und die Marktvereinbarungen

Am 7. Juni 1936 erließ der nationalsozialistische Staat eine Marktregelung für das grafische Gewerbe, womit sechs Monate lang „Neueröffnungen und Erweiterungen der Leistungsfähigkeit von Druckereien“ verboten blieben. Ziel war es, die Überkapazitäten der Branche zu beseitigen. Dies führte zu Vereinbarungen zwischen den Marktverbänden des grafischen Gewerbes, der Druckmaschinenindustrie und des Druckmaschinenhandels. Industrie und Handel mussten 50 Prozent der von ihnen im Inland gelieferten Druckmaschinen verschrotten.

Zur gleichen Zeit kam der große Einbruch im grafischen Gewerbe. Schon 1933 reduzierte sich der Umsatz der Branche von rund 1.500 Millionen Reichsmark auf jährlich 850 Millionen, 1934 gar auf 650 Millionen.

Das damals schwierigste Problem – die Preisgestaltung für Druckerzeugnisse – sollte von der Notgemeinschaft und anschließend durch die Preisbestimmung der Ogra gelöst werden.

Die längere Zeit in Anspruch nehmende gründlichere Lösung wurde mit den erwähnten Marktvereinbarungen in Angriff genommen, die für die Verwendung von mehr als 20 Jahre alten Maschinen besondere Bestimmungen trafen. Neugründungen bis 1933 waren nämlich in den allermeisten Fällen mithilfe alter Maschinen erfolgt, die von anderen Betrieben abgegeben worden waren.

Die Marktvereinbarungen sollten Neugründungen mithilfe uralter Maschinen verhindern, was nach 1936 auch gelang. Als die Marktvereinbarungen in Kraft traten, betrug das Durchschnittsalter der vorhandenen Druckmaschinen 42 Jahre. Es gab Betriebe, in denen sogar Maschinen mit einem Alter von 70 und 80 Jahren ihren Dienst versahen. Als der Zweite Weltkrieg ausbrach, war das Durchschnittsalter auf 35 Jahre herabgedrückt worden.

Diese interventionistischen Eingriffe des Staates entsprachen nicht dem heutigen Verständnis ordnungspolitischer Rahmensetzung und ihre langfristigen Erfolgsaussichten mögen bezweifelt werden, konnten jedoch auch nicht mehr unter Beweis gestellt werden. Denn der Krieg hatte diese Entwicklung nicht nur jäh unterbrochen, sondern je nach Maschinenart zu einem Verlust von 40 bis 60 Prozent der in der Branche eingesetzten Maschinen geführt – allerdings oftmals auch der modernen Maschinen.

Der DBV ging 1937 in der Wirtschaftsgruppe Druck und Papierverarbeitung des Reichswirtschaftsministeriums auf.

Der Neubeginn des Verbandes und der Industrie

Die deutsche Bevölkerung stand bei Kriegsende vor Trümmern – und ab dem 8. Mai 1945 vor dem Neuaufbau des Landes. In den vier Besatzungszonen lebten etwa 75 Millionen Menschen, fast 30 Prozent der Wohnungen wie auch die Infrastruktur (Verkehrsnetze, Wasser-, Strom- und Telefonleitungen) waren zerstört. Allein im heutigen Niedersachsen gab es 248 bombengeschädigte Druckbetriebe – mit 114 Setzmaschinen, 455 Tiegelautomaten, 367 Schnellpressen, 21 Rotationsmaschinen, 37 Offsetmaschinen und etwa 1.500 Buchbindermaschinen, die schwer beschädigt und nicht mehr einsetzbar waren. Andernorts sah es nicht anders aus.

Die Unternehmen organisieren sich wieder

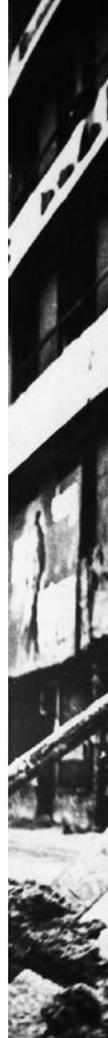
Auf das Engagement einzelner Buchdruckbesitzer hin gründete sich am 11. Januar 1946 in Detmold der „Verband der graphischen Betriebe Nordwest-Deutschland“ (VGBN). Er war die „Keimzelle für die spätere Arbeitsgemeinschaft graphischer Verbände der Bizone“. Dabei ragten Unternehmer wie Dr. Knecht, Walter Kraus, Theodor Dietz, Alfons K. Schmidt, Alfred Walcker und Wilhelm Wundram besonders hervor, die teils aufgrund ihrer Funktionen vor 1933 bei den im Verein organisierten Unternehmen das besondere Vertrauen der Besatzungsmächte genossen. Sie griffen der Westbindung bereits vor, die der Zusammenschluss der britischen und der amerikanischen Zone am 1. Januar 1947 politisch fundierte.

In den westlichen Zonen hatten sich bis zum Sommer 1946 auf eigene Initiativen hin oder auf Anweisung der Behörden wieder horizontal organisierte Unternehmerverbände der Druckindustrie gebildet. Der organisatorische Zusammenschluss Anfang 1946 erfolgte aufgrund des Viermächtestatus in Westberlin getrennt nach Sektoren. Baden folgte im Januar 1947, das Saarland im April 1948.

Zuvor hatte der Landesverband Pfalz vom 17. bis 19. April 1947 unter Duldung der französischen Militärregierung zu einem Interzonenkongress nach Haardt/Neustadt geladen. Der Kongress hatte einen Erfahrungsaustausch ermöglicht, war aber auch die letzte Zusammenkunft dieser Art gewesen: Die französische Militäradministration lehnte jede Zentralisierung ab und die sowjetische ließ in ihrem Einflussgebiet gar keine Unternehmerverbände zu.

Ost und West gehen unterschiedliche Wege

Ab Dezember 1945 war in der sowjetischen Besatzungszone die Aufnahme eines Druckbetriebs mit einer Lizenznummer der Militäradministration wieder möglich. Anfänglich mussten alle Druckerzeugnisse jedoch in deutscher und in russischer Sprache zur Genehmigung vorgelegt werden. Großbetriebe und nationalsozialistisch vorbelastete Unternehmen wurden enteignet. Die kleinen Betriebe band das 1951 erlassene „Gesetz zur Förderung des Handwerks“ organisatorisch an eine Innung der bezirklichen Handwerkskammer.





Der Marshall-Plan

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren viele Städte zerstört und Millionen Menschen obdachlos. Die Industrie lag am Boden. Am 3. April 1948 beschlossen die USA, vier Jahre lang Kredite, Rohstoffe, Lebensmittel und Waren bereitzustellen.

An MASCHINEN und EINRICHTUNGEN

wurden vom Hundert zerstört im Lande	NRW	NS	NORD	ZONE	WB
Setzmaschinen aller Systeme	46	22	46	40	30
Buchdruckschnellpressen aller Art	37	26	49	38	31
Papierschnidemaschinen	—	—	—	31	30
Dreischneider	—	—	—	43	39
Falzmaschinen	—	—	—	46	39
Drahtheftmaschinen	—	—	—	33	32
Fadenheftmaschinen	—	—	—	50	36
Sammelhefter	—	—	—	29	55
Perforiermaschinen	—	—	—	32	30
Liniermaschinen	—	—	—	53	63
Steindruckpressen aller Größen	43	57	71	49	52
Bogenoffsetmaschinen aller Größen	43	45	85	52	46
Bogentiefdruckmaschinen aller Größen	21	0	41	21	0
Lichtdruckmaschinen	—	—	—	27	100
Vervielfältigungsmaschinen aller Größen (Rotaprint und verwandte Systeme)	51	33	46	45	53
Anilindruckmaschinen aller Größen	—	—	—	33	nicht vorhanden
Reproduktionsapparate	54	50	61	55	53
Atzmaschinen	—	—	—	51	33
Galvanoplastische Einrichtungen	—	—	—	50	21
Semperit-Anlagen	—	—	—	37	47
Vulkanisierpressen für Stempelherstellung	—	—	—	39	20

Das Ausmaß der Kriegsschäden im graphischen Gewerbe der Bizone (1949)

Die Tabelle gibt den Zerstörungsgrad prozentual im Vergleich mit 1939 an – für die wichtigsten Maschinen in den Ländern Nordrhein-Westfalen (NRW), Niedersachsen (NS), „Vereinigung Nord“ (Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen) und Württemberg-Baden (WB).



Merkblatt

Information des Grenzkommandos Küste zum DDR-Grenzsperresystem von 1982: Die innerdeutsche Grenze hatte eine Länge von knapp 1.400 Kilometern.

Die Druckereien durften sich zu einer Berufsgruppe zusammenschließen, der ein Obermeister vorstand. Nicht gestattet waren offizielle und bezirksübergreifende Treffen aller Obermeister und Berufsgruppenversammlungen. Ein Problem bestand zudem auch nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik im Oktober 1949 und dem Anschluss der Drucker an die dortige Einkaufs- und Liefergenossenschaft des Buchbinderhandwerks 1951 fort: die Beschaffung von Papier, Farbe, Schrift und Ersatzteilen für Maschinen.

Im Westen sah die Situation grundsätzlich anders aus. Obgleich zonenübergreifende Verbindungen von Verbänden zunächst verboten waren, machte 1947 die Resolution zum Ziel eines Zusammenschlusses der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone den Weg frei für die „Arbeitsgemeinschaft graphischer Verbände der Bizone“ (AGV) mit fünf nord- und fünf süddeutschen Vorstandsmitgliedern. Ihre Geschäftsstelle mit einem hauptamtlichen Geschäftsführer wurde in Wiesbaden eingerichtet. Unterhalb dieser Ebene arbeiteten die Landesverbände weiter.

Zurück zum „Wirklichen und Wahren“

Die Druckereibesitzer hatten zweck- und wertrationale Gründe, sich schnell mit einem anfänglichen Organisationsgrad von 90 Prozent wieder zusammenzuschließen. Zu den zweckrationalen Argumenten zählten der Wegfall der Lieferanten aus der sowjetischen Besatzungszone, das

Ringen um Produktionsmittel, der Bedarf an Information über die Bestimmungen der Besatzungsmächte und die frühe gewerkschaftliche Reorganisation in den Betrieben. Letztere war ein Signal: Auf dem ersten trizonalen Verbandstag der grafischen Gewerkschaften 1948 in München gründete sich die „Industriegewerkschaft Druck und Papier“ als eine der ersten deutschen Gewerkschaftsbewegungen.

Bedeutend für die schnellen Verbandsgründungen waren zudem ein wertrational an die Schwarze Kunst gebundenes Bewusstsein der eigenen Bildungs- und Aufklärungsgeschichte sowie ein standesbewusstes Zusammengehörigkeitsgefühl gegenüber anderen Wirtschaftszweigen. „Der Druckspiegel“, eine der ersten Fachzeitschriften nach dem Krieg, knüpfte hieran an. Der Herausgeber begründete 1946 die Neuerscheinung in seiner Einleitung „Gott grüß die Kunst“ unter anderem damit, dass die Zeitschrift „von den großen Irrlehren der vergangenen Jahre befreien und wieder den Weg zum Wirklichen und Wahren zurückfinden“ lassen sollte. Mit der Währungsreform und der Aufhebung der staatlichen Preisbewirtschaftung waren im Juni 1948 dafür zwar notwendige, aber noch keine hinreichenden ökonomischen Weichen gestellt.

Nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs, der beginnenden Eingliederung von Teilen Deutschlands in das westliche Bündnis und der Berlin-Blockade bemühte sich das „Internationale Büro der Vereinigung der Buchdruckereibesitzer“, die deutschen Buchdruckereibesitzer wieder in die Weltgemeinschaft aufzunehmen – und ließ sie als Beobachter am 6. Internationalen



Die Rückkehr der Fachpresse

Der Wiederaufbau im Druckgewerbe begann zunächst ohne gedruckten fachlichen Meinungsaustausch. Dem wollte „Der Druckspiegel“ mit seinem Neuerscheinen ab dem 30. Mai 1946 entgegenwirken.

„Das Druckgewerbe hat am Neuaufbau eine gewaltige Aufgabe zu leisten. [...] Geschieht die geistige und politische Neuerziehung des deutschen Volkes doch zum großen Teil durch das gedruckte Wort. [...] Ist das nicht eine große, erhabene Aufgabe für uns Jünger der Schwarzen Kunst?“

1945

wurden in allen vier Besatzungszonen Lizenzen für insgesamt 13 Zeitungen vergeben. Vier bis acht Seiten hatten die Zeitungen. Erscheinungsweise: zwei- bis dreimal wöchentlich. Es herrschte Papiermangel.

1949

endete die Lizenzpflicht für Zeitungen und Zeitschriften in Westdeutschland.



Buchdruckerbesitzerkongress in Stockholm teilnehmen. Die Referate lagen auf der am 1. August 1948 beginnenden Tagung vor den 300 schwedischen und 450 ausländischen Teilnehmern in schwedischer, englischer, französischer und auch deutscher Sprache gedruckt aus.

Die Fachsparten werden anerkannte Mitglieder

Am 8. Mai 1949 wurde das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verabschiedet. Im September bildete sich die erste Bundesregierung. Angesichts der neuen Rechtsgrundlagen beschloss der Vorstand der AGV im Februar 1950, die Landesverbände der französischen Zone vollberechtigt aufzunehmen. Auf der ersten Hauptversammlung der grafischen Verbände in Konstanz hob der Vorsitzende der südbadischen Fachvereinigung Alfons Poppen so auch vor den rund 300 Mitgliedern und Gästen den „Kollegengeist“ hervor, der zu dieser Tagung geführt hatte. Am 1. September trat die Satzung für die umbenannte „Arbeitsgemeinschaft der Graphischen Verbände des Deutschen Bundesgebietes e.V.“ (AGV) unter Einschluss Westberlins, aber noch unter Ausschluss des Saarlands in Kraft.

Der neue Verbandsname drückte aus, dass neben den Landesverbänden nun auch die Fachsparten anerkannte Mitglieder waren. Das war zum damaligen Zeitpunkt eine klug gedachte organisatorische Arbeitsteilung und Aufgabenabgrenzung zwischen Bund, Land und Berufssparten. In den Landesverbänden waren mehr als 7.000 grafische Betriebe organisiert, zwei Drittel davon waren Buchdruckereien.

Die Satzung von 1950 schloss sich dem 1924 formulierten Ziel der bundesweiten Interessenwahrnehmung bei weltanschaulicher und politischer Unabhängigkeit an. Der Schwerpunkt der Aktivitäten sollte nun auf „wirtschafts- und

Postwurfsendung 1953

Eine Postwurfsendung bewarb das „für jeden fortschrittlichen Buchdruckfachmann unentbehrliche Jahrbuch“ des deutschen Druckgewerbes.

sozialpolitischen Angelegenheiten“ liegen und eine Mitwirkung „beim Abschluss von Tarifverträgen“ und „sonstigen Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern“ beinhalten. Ab 1951 unterstützte die Verbandszeitschrift „Graphische Woche“ die Arbeit der AGV – nicht als „Konkurrenzorgan zu den anderen Fachzeitschriften“, sondern als ein „schlagkräftiges und schnellarbeitendes Informationsmittel“.

Trennung zwischen Vorstand und Hauptversammlung erlischt

In den 1950er Jahren erlebte die Bundesrepublik einen Wirtschaftsboom, der bis 1973 andauerte. Verunsicherungen über die regionale Zuständigkeit, die fachliche Zuordnung und die Anlehnung kleiner Unternehmen an die Innungen der Handwerkskammern führten immer wieder zu Umstrukturierungen und Zuständigkeitsverschiebungen innerhalb der AGV. Eine neue Handwerksordnung teilte die kleineren Buchdruckereien und verwandten Betriebe 1953 den Handwerkskammern statt den Industrie- und Handelskammern zu.

Nach einer erneuten Satzungsrevision des Verbandes erhielten 1957 auch die acht Fachsparten, die zu den Untergliederungen des Bundesverbandes zählten, mit je einem stimmberechtigten Vertreter ihren Platz im AGV-Hauptvorstand: Buch- und Zeitungsdruck, Flachdruck, Tiefdruck, Chemigrafie, Stereotypie und Galvanoplastik, Industrielle Buchbinderei, Stempelherstellung und Vervielfältigung. Später kamen noch der Siebdruck und der Endlosdruck hinzu.

Jahrbuch des deutschen Druckgewerbes 1953

mit einer Zusammenfassung der wichtigsten Neuerungen im graphischen Gewerbe

AUS DEM INHALT:

I. Teil: Aktuelles Fachgeschehen.

Das Druckgewerbe - heute / Hat der Buchdruck eine Zukunft? / Exaktes Messen für den Buchdruck / Rationelle Formvorbereitung außerhalb der Druckpressen / Forschung im graphischen Gewerbe / Neue Kometen der Technik / Primaton, ein neues Bilderzurichterverfahren / Die Druckfarben - Entwicklung geht weiter / Wissenswertes von den „Ideal“-Massenwalzen / Die neue Lohnabelle.

II. Teil: Technische Neuerungen.

Schnellaufende Intertypes / Verbesserungen an der Linotype / Das Zeilen-Gießinstrument „Ludlow“

Zeilen-Zurichter Kücomat / Typographische Universalsäge „Asbern“ / Andruckpresse PAKI „Asbern“ / Hölzle Zylinderabziehpresse / Dorata und Dorotella Zylinder-Andruckpressen / „Asbern“-Trockenpresse / Der neue Albert-Präsident / Koenig & Bauer „Auf hohen Touren“ / Original-Heidelberg / Automatische Druckmaschinen / Roller - Zylinderdruck - Automat Bogen-Offsetmaschine Ultra-MAN / Der neue MAN-Dreizylinder-Punktur-Falzapparat / Neuer „Mabeg“ Hochleistungs-Bogenanleger / Spieß - Bogenanleger Faust - Bestäuber / Hirth - Kurvenfacettiermaschine Hirth-Rauting / Atlas-Schneidemaschinen / Schnell-schneidemaschinen Monopol / Fortschritte im Numerierwerkbau / Qualitäts - Buchdruck - Utensilien /

Wir laden Sie zum Bezug dieses für jeden fortschrittlichen Buchdruckfachmann unentbehrlichen Jahrbuches ein. Setzen Sie, bitte, diese Werbekarte auch bei Ihren Mitarbeitern in Umlauf!
Mit kollegialen Grüßen: **Fachbuchverlag J. B. Lindl - München 5.**

Damit war die vorherige Trennung zwischen Vorstand und Hauptversammlung aufgehoben. Am 24. Oktober 1958 beschloss er die Aufnahme des Verbandes graphischer Betriebe Saarland in die AGV und die Unterstützung des Wiederaufbaus des Gutenberg-Museums in Mainz mit 50.000 Deutsche Mark.

Auf dem Weg zur zentralistisch-föderalistischen Struktur

Um die Kräfte und Kompetenzen von Bundesparten und Landesverbänden reibungslos und ohne Redundanzen einzusetzen, aber auch vor dem Hintergrund der angespannten politischen Lage durch den Mauerbau vom August 1961, einigte man sich am 30. Januar 1963 auf eine neue Satzung und den Verbandsnamen „Bundesvereinigung der Deutschen Graphischen Verbände e.V.“. Eine veränderte Rechtsform untermauerte die Gleichberechtigung von Landes- und Fachverbänden.

Damit war die Entwicklung des Bundesverbandes von einer föderalistischen zu einer „gemischt zentralistisch-föderalistischen“ Struktur mit elf Landesverbänden und neun Fachverbänden vollzogen. Während die Bundesvereinigung überwiegend als Interessenvertretung der Branche

agierte, insbesondere gegenüber der Gewerkschaft, konzentrierten sich die Fach- und Landesverbände auf die direkten Belange der Mitgliedsunternehmen.

Anfang der 1960er Jahre umfasste das grafische Gewerbe der Bundesrepublik ohne Westberlin 1.074 Einmannbetriebe und 9.045 Betriebe mit insgesamt 241.851 Beschäftigten, von denen rund 66 Prozent nicht mehr als 19 Beschäftigte hatten.

Umbenennung in Bundesverband Druck

Im Jahr 1968 benannte sich die „Bundesvereinigung“ um in „Bundesverband Druck“ (BVD). Das Rad der technischen und organisatorischen Entwicklung in den Druckunternehmen hatte sich weitergedreht und das stellte den Verband vor wachsende Aufgaben. Angesichts steigender und komplexer werdender Anforderungen an die betriebswirtschaftliche Unterstützung der Unternehmen, die Sozialpolitik, die Technik und die Fortbildung, im nationalen Verbund und gegenüber internationalen Märkten, strebten die Vorsitzenden der Landes- und Fachverbände und die Präsidiumsmitglieder ab 1971 eine Reorganisation der Verbändestruktur an.



Leopold Ullstein

Im Jahr 1882 porträtierte der höfisch-bürgerliche Maler Oskar Begas den erfolgreichen Zeitungsverleger Leopold Ullstein im Stil der Gründerzeit.

Die Ullstein-Stiftung und der Ullstein-Ring

Die liberale Berliner Druckerdynastie Ullstein steht in der deutschen Druck- und Mediengeschichte für die glanzvolle Verbindung von Tradition und Fortschritt: Der Fürther Papiergroßhändler Leopold Ullstein (1826–1899) gründete 1877 in Berlin einen Zeitungs- und Zeitschriftenverlag mit Druckerei. Bis 1899 rief Ullstein die Zeitungen „Neues Berliner Tageblatt“ (1877), „Berliner Zeitung“ (1878), „Berliner Abendpost“ (1887), „Berliner Presse“ (1890), „Berliner Illustrierte Zeitung“ (1894), eine der bedeutendsten illustrierten Wochenschriften der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, sowie „Berliner Morgenpost“ (1898) ins Leben.

Nach dem Tod des Firmengründers, Druckers und Verlegers führten seine fünf Söhne das Unternehmen erfolgreich weiter. Rudolf Ullstein (1874–1964) war der ausgebildete Drucktechnikexperte unter ihnen. Nach einer Lehre zum Buchdrucker, Setzer und Verleger wurde er technischer Direktor im Betrieb und ließ 1902 mit Unterstützung des Druckmaschinenherstellers Koenig & Bauer nach „vielen beschwerlichen Versuchen“ die erste Rotationsmaschine „Illus“ aufstellen. Diese konnte Bilder von runden Platten drucken. Bald gründete der Zeitungsverlag einen eigenen Buchverlag und veröffentlichte die erste deutsche Boulevard-Zeitung „B.Z. am Mittag“, eine der auflagenstärksten Tageszeitungen der Reichshauptstadt. Rudolf Ullstein begründete überdies das neue, 1926/1927 in Betrieb genommene expressionistische Druckhaus Tempelhof in Berlin.

Die Leopold-Ullstein-Gedächtnis-Stiftung

In den 1920er Jahren der Weimarer Republik wurde die Wirtschaftslage immer schwieriger, auch für Druckbetriebe und Verleger. So stellte die Ullstein-Aktiengesellschaft dem Deutschen Buchdrucker-Verein 1926 in Erinnerung an den Verlagsgründer einen Grundbetrag von 20.000 Reichsmark zur Errichtung der „Leopold-Ullstein-Gedächtnis-Stiftung“ zur Verfügung. Die Zinsen sollten Vereinsmitglieder unterstützen, die unverschuldet in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten waren. Diese Einstiegseinlage animierte auch andere Druckereibesitzer zur Nachahmung.

Der DBV musste allerdings ebendiese Summe aus der Stiftung schon sieben Jahre später, am 10. Mai 1933, mitsamt einem Anschreiben an den Reichskanzler der „Stiftung für Opfer der Arbeit“ spenden. Adolf Hitler schickte dem DBV daraufhin ein Dankschreiben sowie „sein Bild in silbernem Rahmen“. Das war nur ein Vorzeichen: Die fünf Brüder wurden 1934 wegen ihrer jüdischen Wurzeln zum Verkauf des Unternehmens an ein Bankenkonsortium gezwungen. Mit der Vertreibung der gesamten Ullstein-Familie und der Weiterführung des Verlagsgeschäfts unter anderen ideologischen Vorzeichen verfügten die Nationalsozialisten nun über die modernste Druckerei Deutschlands. Rudolf Ullstein selbst verließ 1938 Deutschland und erhielt Asyl in England, wo er seinen Lebensunterhalt als Dreher in einer Metallfabrik mit Schichtbetrieb verdiente.

Die Restitution und der schwierige Neuanfang

Die Familie Ullstein war nach dem Krieg zu weitgehender Passivität im Verlagsgeschäft gezwungen und wartete auf die Restitution ihrer Quasi-enteignung durch die Nationalsozialisten. Am 26. November 1949 kam Rudolf Ullstein, inzwischen 76 Jahre alt, aus dem Exil zurück nach Berlin, um den Rechten der Familie unter dem Viermächtestatus zur Durchsetzung zu verhelfen. Dabei unterstützten ihn Karl (1893–1964), der älteste Sohn seines verstorbenen Bruders Hans, der 1950 aus den USA zurückkehrte, und die Beschäftigten des Druckhauses Tempelhof. Der Legende nach hielten etwa 1.000 Anwesende im dortigen Tiefdrucksaal 1950 eine Betriebsversammlung ab, auf der sie erst vereinzelt und dann gemeinsam skandierten: „Wir wollen unsern alten Papa Ullstein wiederhaben!“.

Am 23. Januar 1952 erhielt die Familie endlich ihre zwangsverkauften Vermögenswerte und das Druckhaus Tempelhof zurück. Im Gegenzug musste sie allerdings auf Grundstücke verzichten oder diese an den Berliner Senat verkaufen. Der Verkaufserlös von fünf Millionen Deutsche Mark war der Grundstock für den Neuanfang, unter anderem für die Neuauflage von Traditionszeitungen wie „B.Z.“ und „Berliner Morgenpost“. Rudolf Ullstein, der letzte lebende Sohn des Verlagsgründers, versuchte, an die erfolgreichen Vorkriegszeiten anzuknüpfen. Aber der einstige Glanz des Hauses Ullstein war genommen. Der Wiedereinstieg in das Verlagswesen gelang in der Nachkriegszeit aufgrund der knappen Kapitaldecke, des Auseinanderfallens der Familieninteressen und anderer Fehlentwicklungen nur mühsam. Nicht zuletzt hatten sich sehr ambitionierte Verleger mit neuen und von den Alliierten lizenzierten Produkten im Markt etabliert.

Der Ullstein-Ring

Seit 1964 werden Persönlichkeiten der Druck- und Medienwirtschaft, die die Bewahrung von Tradition und den auf Zukunft gerichteten Fortschritt im eigenen Handeln und Werk vorbildhaft verkörpern, mit dem „Ullstein-Ring“ ausgezeichnet. Die Gründung der „Rudolf-Ullstein-Stiftung“ war noch vor dem 90. Geburtstag Rudolf Ullsteins von diesem selbst mit vorbereitet worden, konnte jedoch wegen seines Todes am 2. Februar 1964 nicht mehr vollendet werden. Zu seinem Gedächtnis wurden mit dem Originalsiegelring Ullsteins, der dem Bundesverband von seinem Neffen Frederick Ullstein übergeben wurde, Neubildungen geschaffen, die seitdem an 21 verdienstvolle Persönlichkeiten der Druck- und Medienwirtschaft verliehen wurden.



Der Ullstein-Ring

Er wurde bisher an 21 Persönlichkeiten verliehen, die sich besonders um die Druck- und Medienwirtschaft verdient gemacht haben.

Träger des Ullstein-Ringes

1964	Dipl.-Ing. Ernst R. Strunk	1980	Dr. Gerhard Wiebe
1965	Heinrich Behrens	1983	Prof. Georg Trump
1966	Wilhelm Lampl	1984	Gerold Mack
1967	Senator Prof. Hans Weitpert	1988	Dr. rer. pol. Dr.-Ing. E.h. Dr. phil. h.c. Kurt Werner
1968	Dr.-Ing. Rudolf Hell	1993	Senator Willy Schleunung
1969	Dr. h.c. Hans Dürrmeier	2000	Dr. Klaus Beichel
1970	Eddie Kopley	2006	Manfred Adrian
1971	Prof. Dr.-Ing. Walter Brecht	2006	Dr. Wolfgang Pütz
1972	Dr.-Ing. E. h. Hubert H. A. Sternberg	2015	Bernhard Theiss
1973	Eugen Jennewein		
1974	Dr. Karl Gross		
1977	Dr. h.c. Axel Springer		



21. Preisträger

Am 26. Februar 2015 überreichte der bvdm dem engagierten Verleger und Herausgeber Bernhard Theiss als 21. Träger den Rudolf-Ullstein-Preis und den Ullstein-Ring.

V. l. n. r.: Dr. Paul Albert Deimel (Hauptgeschäftsführer bvdm), Dr. Wolfgang Pütz (Träger des Ullstein-Ringes seit 2006), Bernhard Theiss, Wolfgang Poppen (Präsident bvdm).

Reorganisation des Verbandes 1975

Mit der Verabschiedung der neuen Satzung im Jahr 1963 schien die verbandliche Organisation zu abschließenden Regeln gekommen zu sein. Durch die Existenz gleichberechtigter Fach- und Landesverbände sollten die regionalen und fachlichen Interessen ausreichend Spielraum zur eigenständigen Entfaltung erhalten und Konfliktpotenzial ausgeräumt werden. Das Gegenteil war der Fall. Es entwickelte sich ein Konkurrenzkampf zwischen beiden, der sich zwar stimulierend auf die Leistungen beider Zweige auswirkte und die Dienstleistungsbereitschaft förderte, aber auch zu vielfältigen Überschneidungen und einer Lähmung des BVD führte.

Fachverbände versus Landesverbände

Die Frage nach der „richtigen“ Organisation wurde über das Geld entschieden. Die Fachverbände waren immer weniger in der Lage, ihr ehrgeiziges Leistungsprogramm mit den ihnen von den Landesverbänden überlassenen Mitteln zu finanzieren. Dies galt insbesondere für die Forschungsvorhaben der besonders aktiven Fachverbände Flachdruck und Tiefdruck, die deshalb zusätzliche Sonderumlagen von ihren Mitgliedern erheben mussten. Dies führte zu der Besorgnis der Landesverbände um die Leistungsfähigkeit und -willigkeit ihrer Mitglieder.

Nachdem im Hauptvorstand des BVD ein Antrag auf Überprüfung der Aufgabenverteilung auf eine Sitzung von Präsidium, Fachverbands- und Landesvorsitzenden verwiesen worden war, kam es bei diesem Treffen im Juni 1971 auf der Kreidacher Höhe zur Verabschiedung eines Papieres mit vier Grundsätzen:

- Der Bundesverband soll zu einer starken Spitze der Gesamtorganisation ausgebaut werden.
- Die Fachverbände werden stufenweise in den Bundesverband integriert.
- Die Landesverbände übernehmen nach einem Stufenplan die Aufgaben der Betreuung, Beratung, Information und Durchführung der Beschlüsse des Bundesverbandes.
- Aufgaben der Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik, Bildungspolitik, Betriebswirtschaft, Technik und Forschung werden vom Bundesverband zentral wahrgenommen.

In der Folge zeigte sich, dass dieser Beschluss offenbar sehr unterschiedlich interpretiert werden konnte. Zwei kleine Kommissionen scheiterten im Kreidacher Kreis jeweils mit ihren Umsetzungsvorschlägen. Doch die zweite dieser Kommissionen – besetzt mit zwei Landesvorsitzenden und dem Vorsitzenden des kleinen Fachverbandes Siebdruck – war in ihrer Durchsetzungsfähigkeit von den großen und starken Fachverbänden unterschätzt worden. Sie wandte sich direkt an den Hauptvorstand. Ihr Stufenplan sah die Auflösung sämtlicher Fachverbände, weiterhin die

Gemäß den neuen Regeln mussten Unternehmen sich nun entscheiden, ob sie Mitglied eines Landes- oder eines Fachverbandes sein wollten.

Reduzierung der Landesverbände durch Auflösung der Landesverbände Bremen, Südbaden und Rheinland-Pfalz/Saarland sowie die Bildung eines Beirates aus Präsidium und Vertretern der Landes- und Fachverbände vor. Dieser Beirat sollte einen Satzungsentwurf ausarbeiten.

Satzungsänderung nach Austrittsdrohung

Die Diskussion darüber im Hauptvorstand führte zum Auftrag an das Präsidium, einen Satzungsentwurf auf der verbindlichen Grundlage der Vorschläge der Dreierkommission auszuarbeiten. Für den Fall des Scheiterns dieses Vorhabens kündigte der Landesverband Bayern seinen Austritt an, andere Landesverbände folgten dieser Drohung und erhöhten so den Druck auf das Präsidium. Der schließlich dem Hauptvorstand vorgelegte Satzungsentwurf wurde eingedenk der erforderlichen Dreiviertelmehrheit mit einer denkbar knappen Mehrheit von 76 Prozent angenommen. Dafür hatten das Präsidium, alle Landesverbände und die Fachverbände Buchdruck, Zeitungsdruck und Tiefdruck gestimmt. Alle anderen Fachverbände hatten sich dagegen ausgesprochen. Zu erwähnen ist, dass die Idee der Auflösung der kleinen Landesverbände wieder fallen gelassen wurde, weil diese sonst ihre Zustimmung verweigert hätten.

Gemäß den neuen Regeln mussten Unternehmen sich nun entscheiden, ob sie Mitglied eines Landesverbandes (und damit indirekt des Bundesverbandes) oder eines Fachverbandes sein wollten. Beides gleichzeitig war nicht mehr möglich. Dies schwächte die Fachverbände derart, dass die Mitgliederversammlungen aller Fachverbände im Laufe des Jahres 1974 deren Liquidation beschlossen. Angesichts der Tatsache, dass ursprünglich die Fachverbände den Anstoß zu dieser Reorganisation gegeben hatten, war dies ein überraschender Ausgang.

Die Landesverbände hatten ihre Mitglieder nicht nur von den Vorteilen der neuen Organisationsstruktur überzeugt, sondern den Fachverbänden auch die Zusage gegeben, dass alle ihre Aufgaben vom Bundesverband übernommen werden würden und dort besser koordiniert und konzentrierter bearbeitet werden könnten. Der Betriebswirtschaftliche Ausschuss erhielt verfahrens- und produktspezifische Unterausschüsse. Es wurde ein großer und in allen Organen des BVD prominent vertretener Ausschuss Technik + Forschung gebildet, der mit seinen – anfangs zehn – Fachgremien die Arbeit des BVD bis in die jetzige Zeit prägt. Weiterhin wurden Ausschüsse für Sozial-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik eingerichtet. Die Mitarbeiter der ehemaligen Fachverbände wurden zum Teil in den BVD übernommen.

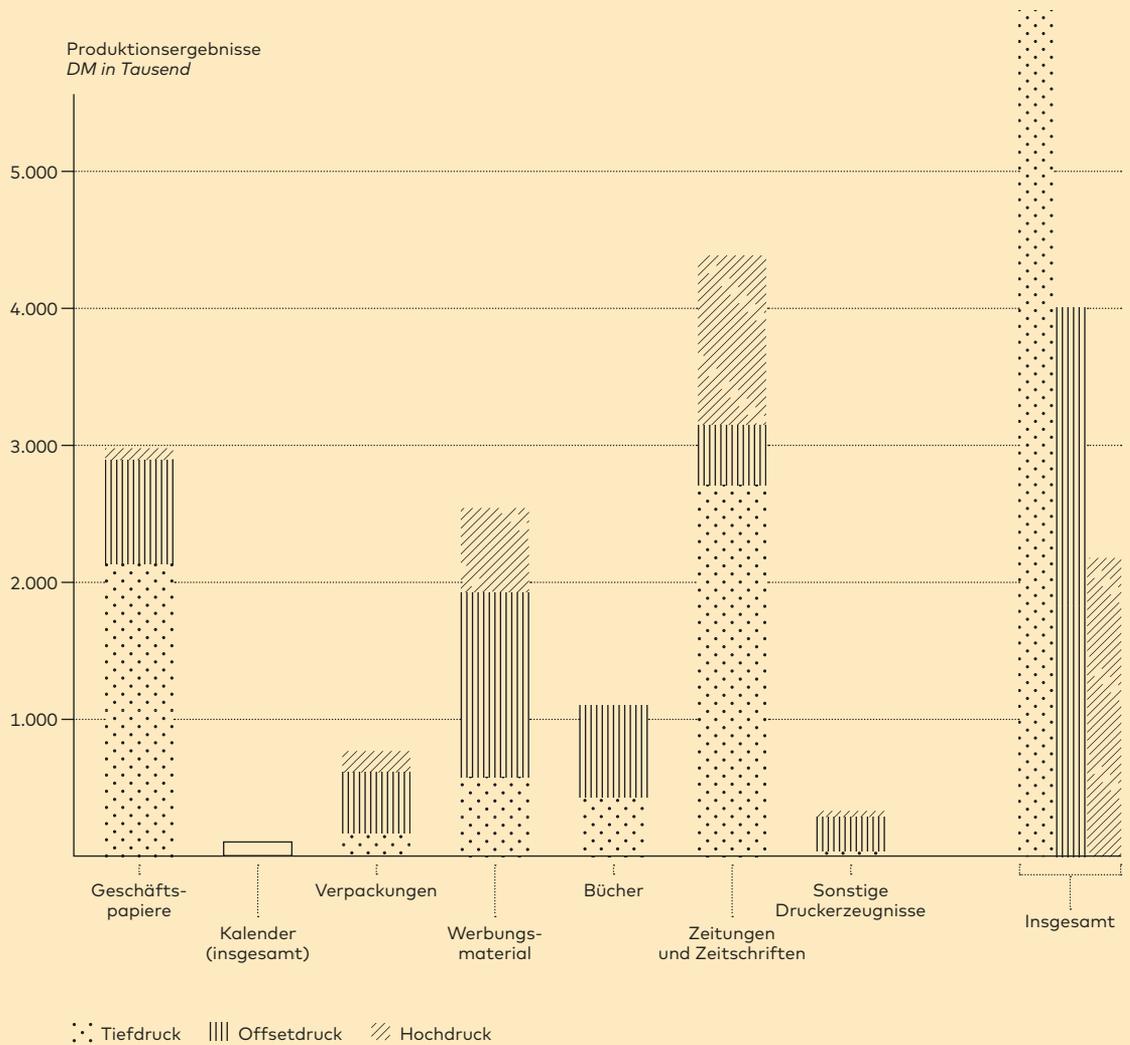
Der Bundesverband erhielt erstmals eine Beitragssicherheit und eine Finanzhoheit.

Sicherheit der Beiträge mit Finanzhoheit des BVD

Der Bundesverband erhielt erstmals eine Beitragssicherheit und eine Finanzhoheit, in der festgelegt wurde, dass ein Anteil der Beitragseinnahmen der Landesverbände an den BVD abzuführen und dieser frei in der Verwendung der Mittel ist. Da die neue Satzung die Beschlussfassung über den Etat dem Hauptvorstand zuwies und dafür lediglich eine einfache Mehrheit forderte, war durch die dortige Mehrheit der Landesverbände mit 50 von 77 Stimmen die Finanzhoheit keine absolute.

Im Zuge dieser Reform hielt auch das Weisungsrecht des Präsidiums gegenüber den Landesverbänden Einzug in die Satzung. Da das in seiner Konsequenz nicht im Interesse der Landesverbände gewesen wäre, wies man einem neugeschaffenen Präsidialrat die Kompetenz zu, Maßnahmen und Weisungen der Landesverbände und Arbeitsausschüsse betreffend zustimmen zu müssen. Er sollte also nicht nur beratende Funktion haben. Doch davon wurde in der Folge kaum Gebrauch gemacht, sodass der Präsidialrat bei einer späteren Satzungsänderung zu einem Beirat mit ausschließlich beratender Funktion wurde.

Im Ergebnis wurde die Verbandsorganisation mit Wegfall der Fachverbände als dritter Säule zwar übersichtlicher, jedoch hörten Rivalitäten bei der Besetzung von Aufgabenfeldern, Doppelarbeiten und Redundanzen nicht auf und die gleichmäßige Entwicklung der Landesverbände im Interesse der Mitgliedsunternehmen wurde nicht erreicht.



1975

Der Offsetdruck nimmt an Fahrt auf

Am Beispiel der Zeitungsproduktion kann das Vordringen des Offsetdrucks eindrucksvoll demonstriert werden. Zwar wurden 1975 nur 7,3 Prozent aller Zeitungen im Offsetdruckverfahren hergestellt, doch stieg der Produktionswert der im Offsetdruckverfahren hergestellten Zeitungen gegenüber dem Vorjahr um 12,7 Prozent.

Im Buchdruck lag der Marktanteil bereits bei 60 Prozent der gesamten Buchproduktion.

Die Branche präsentiert sich in der Öffentlichkeit

Die Druckindustrie entwickelte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts neue Technologien, Produkte und Produktionsabläufe. Gleichzeitig wuchs die internationale Konkurrenz. Damit wurde es für die Unternehmen immer wichtiger, ihre Leistungen qualitativ und quantitativ an den Wettbewerbern aus dem Ausland zu messen und die eigenen Druckerzeugnisse und die der Zulieferindustrie zu präsentieren. Daher organisierten der DBV und der Börsenverein des Deutschen Buchhandels 1876 auf der Weltausstellung in Philadelphia die erste international beachtete Buchgewerbeausstellung.

Der Buchgewerbeverein und das Buchgewerbehaus

Um auch angesichts der ausländischen Konkurrenz die „künstlerisch-technische Pflege des gesamten Buchgewerbes und edelster Buchkunst“ zu verbessern, wurde am 24. Oktober 1884 unter Führung des Geheimen Hofrats Dr. Oscar von Hase aus der Mitte des DBV der „Zentralverein für das gesamte Buchgewerbe“ in Leipzig gegründet. Dieser intensivierte seine Arbeit später als „Deutscher Buchgewerbeverein“.

Zugleich beschloss der DBV die Errichtung des „Deutschen Buchhändlerhauses“ in Leipzig. In der Urkunde zur Grundsteinlegung hieß es zwei Jahre später, das Haus werde „als ein dauerndes Denkmal der Einigkeit seiner Mitglieder, als eine Stätte für edelste Bestrebungen des Buchhandels wie des gesamten Buchgewerbes“ gebaut. Das Buchgewerbehaus wurde 1900 fertiggestellt.

Erfolgreiche Wechselausstellungen ermöglichten den internationalen Musteraustausch, nicht zuletzt mit dem Ziel einer Förderung der künstlerischen und typografischen Techniken. Im Jahr 1914 gelang es mit Unterstützung des 1903 von Prinzipalen, Faktoren und Gehilfen gegründeten „Bildungsverbands“, „die Durchführung der buchgewerblichen Weltausstellung“ nach Leipzig zu holen.

Bugra, Leipziger Mustermesse und Pressa

Die Initiativen hatten sich gelohnt: Die erstmals international besetzte „Bugra 1914“ („Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik“) war „in wissenschaftlich-historischer und technisch-künstlerischer Hinsicht“ eine so gelungene Leistungsschau der deutschen Druckindustrie, dass sie späteren Generationen als ausstellungstechnisches „Vorbild und Muster“ gelten konnte. Entsprechend suchte die Leipziger Mustermesse 1919 mit der Ausstellung im Buchgewerbehaus nach dem Ersten Weltkrieg den Anschluss an die Vorkriegszeit. Ihren Höhepunkt erreichte die Mustermesse 1924: Sie ergänzte mit rund 300 Ausstellern die 1921 am selben Ort errichtete Messe der Zulieferindustrie, die Maschinen und Materialien des Druckgewerbes präsentierte.

Einen spektakulären Erfolg hatte 1928 in Köln die Presseausstellung „Pressa“. 1.500 Aussteller aus 43 Staaten präsentierten ihre Leistungen und Produkte im Bereich Zeitungswesen und Kommunikationstechnik. Bei der fünf Monate dauernden Messe unter dem Präsidiumsvorsitzenden und

Die drupa

Seit knapp 70 Jahren weltweit der Magnet für die Druck- und Medienwirtschaft.

1951

527

Aussteller

10

Ausstellernationen

18.450

Ausstellungsfläche in m²

195.185

Besucher

2016

1.837

Aussteller

54

Ausstellernationen

160.000

Ausstellungsfläche in m²

260.000

Besucher

Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer ging es weniger um kommerzielle Anliegen der Vermarktung und des Verkaufs als vielmehr um die „Bedeutung der Presse als Informationsmedium“, ihre Technik und ihre wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung. Für die Stadt Köln kann die Pressa als erster Schritt hin zu einem wichtigen Medienstandort betrachtet werden.

drupa

Die absehbare Spaltung Deutschlands vor Augen, trafen sich 1949 „Repräsentanten der Wirtschaftszweige Druck und Papier“ in Aßmannshausen am Rhein, um eine westdeutsche Fachausstellung ins Leben zu rufen. Ihre Überlegungen knüpften an die erfolgreiche Bugra in Leipzig an, deren Gebäude zerstört waren und deren Gelände im Bereich der sowjetischen Besatzungszone lag. Der Ausstellungsausschuss aus je zwei Unternehmern aus sechs Verbänden, auch aus Vertretern der „Arbeitsgemeinschaft graphischer Verbände“, beschloss, die „drupa“ („Internationale Messe Druck und Papier“) auf dem Düsseldorfer Messengelände auszurichten.

Die erste drupa fand 1951 mit 527 Ausstellern aus zehn Ländern statt. Sie war ein großer Erfolg und der erste Schritt auf dem Weg zur international bedeutendsten Messe der Druck- und Medienwirtschaft mit mehr als 1.800 Ausstellern aus 54 Ländern und rund 260.000 Besuchern aus aller Welt. Traditionell ist der Präsident des Bundesverbandes Vizepräsident des drupa-Komitees, das die Messe Düsseldorf als Beratungsgremium begleitet.

Imprinta

Zwischen der alle vier oder fünf Jahre stattfindenden drupa gab es keine Fachmesse von internationaler Bedeutung. Daher führte der Bundesverband Druck 1970 erstmals die „Imprinta“ (Internationale Fachmesse für Premedia und Crossmedia) auf dem Messengelände in Düsseldorf durch. Schwerpunkte waren Druckvorstufe, Satzherstellung und Reproduktionstechnik, später auch der Digitaldruck sowie Angebote für Verlage, die Kreativ- und Werbewirtschaft und Datenbankfirmen. Dr. Gerhard Wiebe, neun Jahre lang Präsident des BVD, Initiator und über mehrere Jahre Präsident der Imprinta, entwickelte sie zu einer international anerkannten Informationsplattform für Kommunikationstechniken. Bis zu 70.000 Besucher – Unternehmer und Führungskräfte aus dem In- und Ausland – kamen in die Messehallen zur Imprinta, die auch Symposien und einen Fachkongress mit Experten aus Asien, Europa und den USA anbot.

Nach drei Jahrzehnten, in denen die Messe die Entwicklung und die Innovationen der Branche mitgeprägt hatte, führten das Konjunkturtief Anfang der 2000er Jahre sowie eine Zunahme konkurrierender Veranstaltungen zum Aus der Imprinta.



1900

Das Buchgewerbehaus im Leipziger Graphischen Viertel enthielt Ausstellungsräume, das Deutsche Buchgewerbe-Museum und eine Maschinen-ausstellung. Im Zweiten Weltkrieg wurde das Gebäude größtenteils zerstört und nach 1945 vereinfacht als Messehaus Bugra wiederaufgebaut. Von 2015 bis 2017 wurde das Gebäude umfassend saniert.

1914

Bugra, „Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik“

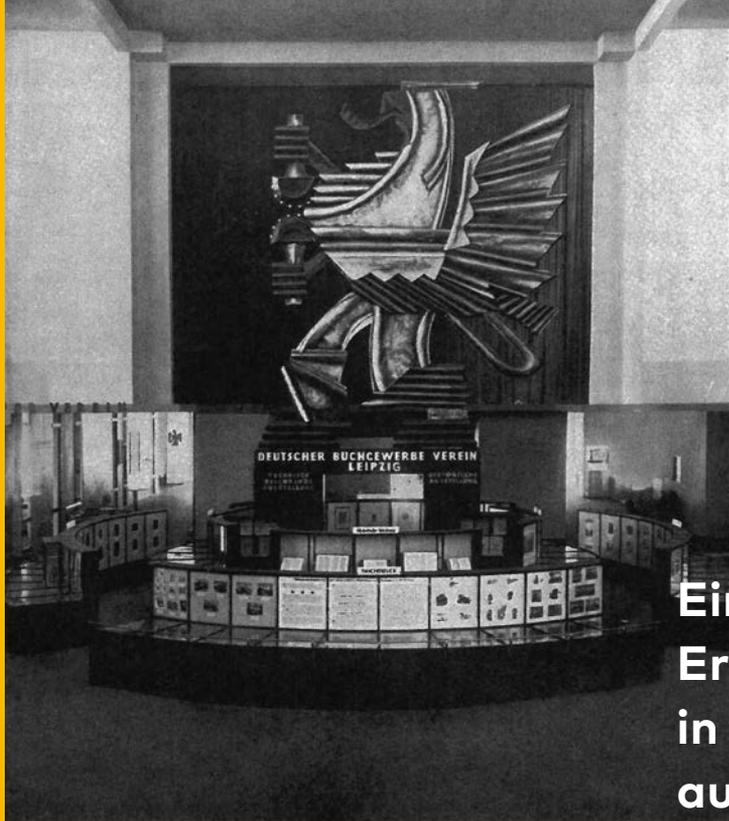
Eine gelungene Leistungsschau der deutschen Druckindustrie, die späteren Generationen als ausstellungstechnisches Vorbild und Muster galt.



1928

Pressa

Auf der fünf Monate dauernden internationalen Presse-Ausstellung präsentierte sich der Deutsche Buchgewerbeverein.



Einen spektakulären Erfolg hatte 1928 in Köln die Presseausstellung „Pressa“ mit 1.500 Ausstellern aus 43 Staaten.

1970



Veranstaltungskatalog

Mit diesem Titelbild warb die Imprinta 1970 für sich.

2016



3,20 Meter hoch

Mit den dreidimensionalen Buchstaben PRINT präsentierten sich der Bundesverband und seine Landesverbände gemeinsam mit dem Verband Deutscher Papierfabriken auf der drupa 2016.



Auf dem Deutschen Druck- und Medientag in Berlin

Wolfgang Poppen, Präsident des bvdM, Peter Altmeier, damals Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes, und Dr. Paul Albert Deimel, Hauptgeschäftsführer des bvdM.



Die deutsche Druckindustrie hat auch in Europa eine Stimme

Günther Oettinger, EU-Kommissar für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft, und Dr. Paul Albert Deimel, Hauptgeschäftsführer des bvdM.

Im Dialog mit den Medien

Auf der jährlichen Pressekonferenz informiert der bvdM über die wirtschaftliche Situation der Branche sowie über neue Entwicklungen in Technik, Forschung, Bildung, Umwelt, Recht und Sozialpolitik.



Die Woche der Druckindustrie

Ab 1975 organisierte der Bundesverband mit den Landesverbänden jährlich die Woche der Druckindustrie. Sie fand an wechselnden Orten statt und entwickelte sich mit bis zu 1.800 Teilnehmern schnell zur wichtigsten Branchenveranstaltung für Unternehmer und Führungskräfte. In Fachveranstaltungen wurden aktuelle Themen aus Technik und Forschung präsentiert und diskutiert. Das „Satzsymposium für Klein- und Mittelbetriebe“ zog 1977 stolze 570 Teilnehmer an, die gemeinsame Fachveranstaltung „Vorstufe-Offsetdruck“ im Jahr 1997 sogar 680 Teilnehmer. Beim Unternehmerforum gab es u. a. ein breites Angebot von betriebswirtschaftlichen Vorträgen.

Highlights der Unternehmerforen waren Reden von namhaften Politikern, wie dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth (1979) oder seinem bayerischen Kollegen Franz-Josef Strauß (1982). Es fanden Diskussionen zu richtungsweisenden Entwicklungen auf den Märkten statt. Ausstellungen wie EDV-Markt, Druckschriftenwettbewerb, Formularwettbewerb, Publikationen des BVD ergänzten das Programm. Kollegenabende und der zentrale Gesellschaftsabend nach dem Unternehmerforum förderten den kollegialen Austausch. Die Woche der Druckindustrie fand letztmals 1998 in Saarbrücken statt.

Schon ab 1991 wurden vom Bundesverband Druck die Print&Media Kongresse und Symposien als führende Branchentreffen jährlich veranstaltet. Das waren hochkarätige Fachveranstaltungen mit vielen Anwenderbeispielen zur Demonstration neuester Entwicklungen, namentlich im Digitaldruck. Das Unternehmerforum, zentrale Veranstaltung bei jeder Woche der Druckindustrie, wird heute im Rahmen des Deutschen Druck- und Medientages ausgerichtet.

Der Deutsche Druck- und Medientag

Seit 2014 richtet der Bundesverband einmal im Jahr den Deutschen Druck- und Medientag (DDMT) aus. Hauptprogrammepunkt für Unternehmer und Führungskräfte der Branche, die Öffentlichkeit, die Zulieferindustrie und die Partnerverbände des bvdm ist das Unternehmerforum. Seinem Auftrag entsprechend präsentiert der Verband Themen und Referenten aus überwiegend wirtschaftspolitischen Bereichen. So referierte zum Beispiel Hans Peter Wollseifer, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, über die Notwendigkeit einer besseren landesweiten digitalen Infrastruktur. Peter Altmeier, damals Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes, sprach über Politik in einem neuen kommunikativen Zeitalter. Steffen Kampeter, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, gab 2017 einen Ausblick auf die Wirtschaft nach der Bundestagswahl und EU-Kommissar Günther Oettinger plädierte leidenschaftlich für flächendeckend zuverlässige digitale Netze in ganz Europa, statt an nationalen Alleingängen festzuhalten.

Ebenfalls im Rahmen des DDMT findet unter der Leitung des Präsidiums die Hauptvorstandssitzung des bvdm statt, mit 70 delegierten Unternehmern aus den Landesverbänden und den Vorsitzenden der Arbeitsausschüsse.

Die Deutschen Druck- und Medientage tagen abwechselnd in Berlin und an den Hauptsitzen der Landesverbände, wo sie dann auch partnerschaftlich organisiert werden. Und der bvdm lädt stets die Fach- und Wirtschaftsjournalisten zu einer Pressekonferenz ein. Präsentiert werden Zahlen, Daten und Entwicklungen zur wirtschaftlichen Situation der Branche, technische Entwicklungen, umweltrelevante Neuerungen für die Unternehmen und anlassbezogen die Positionen des Verbandes in tariflichen Auseinandersetzungen.



Wege zu Optimierung und Rationalisierung

Der DBV-Vorsitzende Hans Heenemann und Rudolf Ullstein betraten 1923 auf dem I. Internationalen Buchdruckerkongress im schwedischen Göteborg als erste deutsche Delegation nach dem Ersten Weltkrieg die Bühne der international vernetzten Buchdrucker. Ein Jahr später erhielt der DBV eine Einladung zur 38. Jahresversammlung der „United Typothetae of America“ nach Chicago.

Die Deutschen waren beeindruckt vom Arbeitstempo der Maschinen und Menschen.

Ein wertvoller Blick über den Großen Teich

Die 18-köpfige Delegation des DBV unternahm nach der Konferenz vom 15. bis 18. Oktober 1924 eine dreiwöchige Reise, um Unternehmen der Zuliefer- und Druckindustrie in New York, Chicago, Detroit, Buffalo, Washington und Philadelphia zu besuchen. In Gesprächen mit Unternehmern und Geschäftsführern, vornehmlich von Großbetrieben,

informierten sie sich über deren aktuellen Stand der Technik und die betriebswirtschaftlichen Rahmenbedingungen – und erhielten wertvolle Orientierungshilfen für die eigenen Fertigungsprozesse und die Methoden der Personalführung.

Die Deutschen waren beeindruckt vom Arbeitstempo der Maschinen und Menschen, von den mit Gewerkschaftszustimmung durchgeführten Kontrollen der Arbeitsleistung auf allen Produktionsstufen, von der Ausbildung des beruflichen Nachwuchses und vom „Code of Ethic“ zur Verhinderung von Streiks und Aussperrung. Man konnte voneinander lernen. So schloss der DBV mit der „United Typothetae of America“ eine Vereinbarung über einen länderübergreifenden Austausch der Prinzipalsöhne „zur Vervollkommnung“ ihrer Ausbildung.

Der Verband als Motor technischen Fortschritts

Die Möglichkeiten der Rationalisierung und Optimierung von Produktions- und Geschäftsprozessen ließen die Druckunternehmen bis nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr los. Sie setzten zunehmend auf technische Innovationen und effizientere Arbeitsmethoden, wobei die Verbände sie gezielt und entschlossen unterstützten. Studienaufenthalte in den USA in den 1950er Jahren hatten gezeigt, dass dortige Betriebe mit 36 Wochenstunden eine ähnliche Leistung erzielten wie die deutschen Betriebe mit 48 Wochenstunden.

Der AGV initiierte und unterstützte daher mehrere Initiativen, um die rationellere und qualitativ zuverlässigere Produktion in der Druckindustrie zu fördern: Dazu gehörten der Fachnormenausschuss Graphisches Gewerbe in Berlin, die Forschungseinrichtung Fogra in München, die Anwendung der REFA-Methode und eine bessere fachliche Qualifikation des Führungsnachwuchses. Die hiervon ausgehenden institutionalisierten Aktivitäten beschleunigten die „strukturelle Umwandlung vom handwerklichen Betrieb zum industriellen Unternehmen“ im grafischen Gewerbe.

Die Verbände unterstützten die Druckunternehmen gezielt bei ihren Bestrebungen, technische Innovationen und effizientere Arbeitsmethoden einzusetzen.

1950

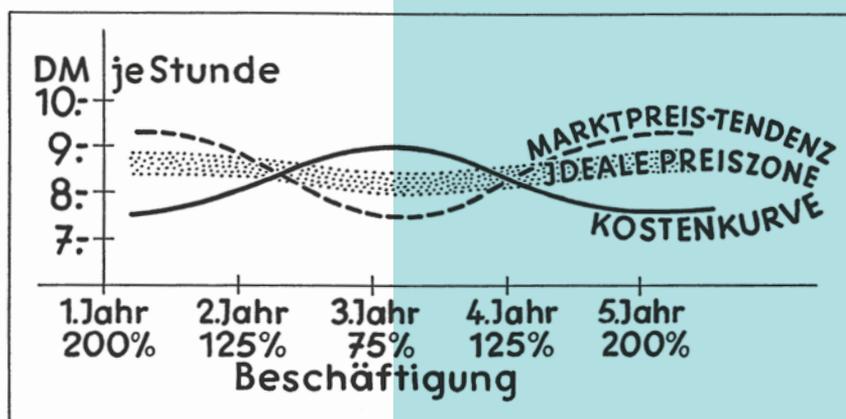
Mehr Rentabilität

Erstmals veröffentlicht der Bundesverband die jährliche Publikation „Grundlagen der Buchdruckkalkulation“. Sie hilft vor allem kleinen und mittleren Betrieben bei der detaillierten Kostenrechnung und unterstützt damit ihre Rentabilität. Heute heißt das Heft K+LG.

1955

Preispolitik auf weite Sicht

Die „Graphische Woche“ empfahl Druckunternehmen 1955 eine möglichst ausgeglichene Preisbildung über möglichst weite Zeiträume – „im Gegensatz zu der oft so inkonsequenten Methode, die heute sagt: Ich kann preisgünstiger liefern, weil ich so außerordentlich gut beschäftigt bin, und morgen erklärt: ich mußte meine Preise herabsetzen, weil es die Konkurrenz auch tut und ich sonst vielleicht keine Aufträge mehr bekäme“.



NAGRA und Fogra

Die Arbeit des 1917 als „Normenausschuß der deutschen Industrie“ (NADI) gegründeten Deutschen Normenausschusses (DIN) ermöglichte 1950 den „Normenausschuß für das graphische Gewerbe“ (NAGRA). Dieser nahm seine Arbeit, die „zu weiterer Rationalisierung und ihrer Übereinstimmung in gleichgearteten Betrieben zwingt“, im Rahmen des DIN auf. Die Gründungsversammlung am Rande der Deutschen Industrierausstellung in Westberlin hegte auch die Hoffnung, die west- und ostdeutschen Vertreter könnten die ideologischen Differenzen des Kalten Krieges fachlich überbrücken. Diese Hoffnung wurde aber schnell enttäuscht.

Anlässlich der ersten Bundestagung der AGV konstituierte sich ein Jahr später die „Deutsche Gesellschaft zur Förderung der Forschung im graphischen Gewerbe e.V.“ (Fogra). Sie sollte den Anschluss an das Niveau des konkurrierenden Auslands einleiten. Der Fogra ging es in ihren Forschungs- und Gutachteraktivitäten vor allem um Fragen der Technisierung, Rationalisierung und Normierung sowie der Beratungstätigkeit und der Gewerbehygiene. Auf ihrer Zehnjahresfeier

berichtete der damalige Vorsitzende Wilhelm Lampe in seinem Festvortrag, dass die Mitgliederzahl 373 betrug und die 47 Mitarbeiter seit dem Bestehen mit steigender Tendenz 1.375 Gutachten vorgelegt und 1.153 Beratungen vorgenommen hatten. Inzwischen hat das Institut mit etwa 700 Mitgliedern seinen Namen mehrmals geändert, woran sich das ständig erweiterte Aufgabenspektrum der rund 50 Mitarbeiter ablesen lässt:

- 1970: „Deutsche Gesellschaft für Druck und Reproduktionstechnik“
- 1993: „Fogra Forschungsgesellschaft Druck“
- 2017: „Fogra Forschungsinstitut für Medientechnologien“

6,31 DM

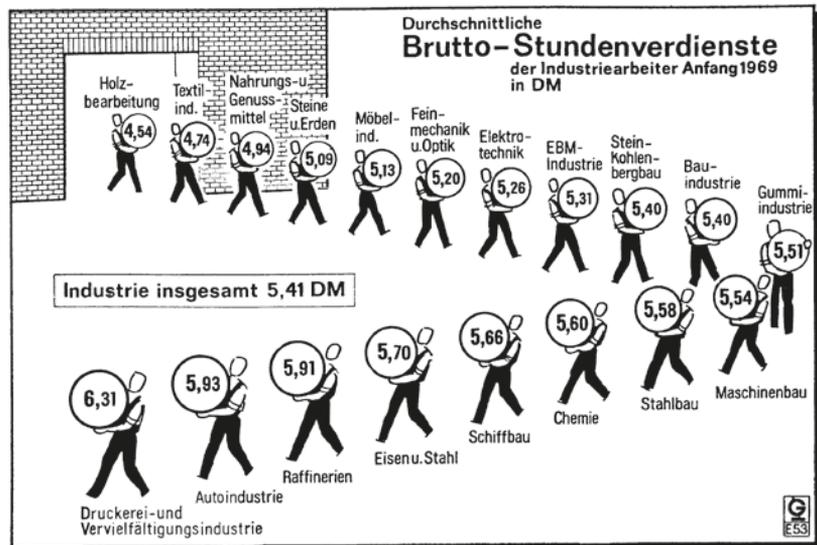
pro Stunde

betrug das durchschnittliche
Bruttogehalt in der Druck- und
Vervielfältigungsindustrie 1969.

1969

Unsere Löhne liegen bei Weitem an der Spitze

Nach Streiks in der Stahlindustrie, im Kohlebergbau und im öffentlichen Dienst verlangte die Gewerkschaft 1969 auch für die Druckindustrie Tarifgespräche. Die „druckwelt“ verwies daraufhin auf die günstige Lohn-Situation in der Druckindustrie im Vergleich zu anderen Industriezweigen.





Deutsches Institut Druck

Das DiD, eine Organisation des bvdM, fördert Forschung und Technik der Branche.

Das Deutsche Institut Druck und die REFA-Methode

Die Forschungsaktivitäten der Fogra ergänzten die Arbeit der an der Druck- und Medienwirtschaft ausgerichteten Forschungsinstitute der Hochschulen und Universitäten und des 1988 unter dem Dach des Bundesverbandes Druck gegründeten „Deutschen Instituts Druck“. Letzteres zielt darauf ab, technische und betriebsbezogene Erkenntnisse zu sammeln, zu mehren und der praktischen Anwendung zugänglich zu machen. Es fördert heute die Arbeit des bvdM.

Die organisatorische Anbindung des REFA („Verband für Arbeitsgestaltung, Betriebsorganisation und Unternehmensentwicklung“) an das grafische Gewerbe erfolgte am 20. November 1961 unter Leitung von Karl Breidenstein (Brönners Druckerei) mit der konstituierenden Sitzung des „REFA-Fachausschusses Graphisches Gewerbe“ am Kurt-Hegener-Institut in Darmstadt. Am 28. April 1965 nahm das nun eigenständige und mit einem Fachbeirat angegliederte „Institut für Rationalisierung und Arbeitsstudium in Graphischen Betrieben – IRG – e.V.“ in Frankfurt am Main seine Arbeit auf.

1982

Visionär

Veröffentlichung der Studie NtK Druck über die möglichen Entwicklungen der elektronischen Kommunikation.

1995

Medienwandel

Der Begriff „Multimedia“ wurde zum „Wort des Jahres“ gewählt.

2008

Ausbildung

Der Bundesverband vergab erstmals einen Druck&Medien Award in der neuen Kategorie „Bester Ausbildungsbetrieb“ und warb mit DVDs über alle Berufe für Nachwuchs.

2018

Digitale Transformation

Der bvdM veröffentlichte die 70-seitige Publikation „Druckindustrie 4.0 – Impulse zur Strategieentwicklung für Druck- und Mediendienstleister“.



Am 31. Oktober 1975 erschienen die „Hannoversche Allgemeine“ und die „Neue Hannoversche Presse“ nicht. 50 Techniker hatten überraschend die Arbeit niedergelegt.

Man hatte endgültig begonnen, die Belastbarkeit der Druckindustrie zu testen.



Die Beschäftigten der Verlage WAZ (Westdeutsche Allgemeine Zeitung) und NRZ (Neue Ruhrzeitung/ Neue Rheinzeitung) demonstrierten am 27. Oktober 1975 gegen die Kooperation der beiden Häuser. Sie befürchteten unter anderem Arbeitsplatzverluste durch die neuen OCR-Geräte.

Aufkündigung echter Sozialpartner- schaft durch die Gewerkschaft

Die ideologische Mobilmachung der Gewerkschaft begann mit einer Rede des Vorsitzenden der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, anlässlich der Eröffnung des 10. Ordentlichen Gewerkschaftstages am 13. Oktober 1974 in Hamburg. Unterstellt wurde, Unternehmer würden aus ihrer Verfügungsgewalt über Produktionsmittel gleichermaßen ein Recht über Menschen ableiten und Tendenzunternehmen würde ein „Naturschutzpark“ eingerichtet. Es gelte, über die Mobilisierung der Mitglieder und der Öffentlichkeit in Arbeitskämpfen politische Energien freizusetzen, die auch im gesellschaftlichen Bereich nicht folgenlos blieben. Seine Rede gipfelte in dem Satz: „Wer die Evolution nicht will, muss die Revolution bekommen.“

In diesem Geiste wurden fortan Tarifaueinander-setzungen in der Druckindustrie mit dem BVD geführt. Schon 1976 stellte man zunächst mit gezielten Indiskretionen erst den BVD entgegen allen Vertraulichkeitsabreden bloß und setzte dann den Schlichter, das immerhin sozialdemokratische Gewerkschaftsmitglied Dr. Walter Hesselbach, Sprecher des Vorstands für Gemeinwirtschaft, so unter Druck, dass Hesselbach empört aufgab. Unter dem neuen Vermittler, Professor Friedhelm Farthmann, erreichte die IG Druck und Papier dann am 13. Mai 1976 eine lineare Lohnerhöhung von satten 6 Prozent. Die Ursprungsforderung hatte 9 Prozent betragen. Ein Jahr später folgten 6,6 Prozent. Man hatte endgültig begonnen, die Belastbarkeit der Druckindustrie zu testen.



Im April 1976 verkündete der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, in Stuttgart die Entscheidung der gewerkschaftlich organisierten Drucker für Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung ihrer Lohnforderungen.

1978

kündigte die IG Druck und Papier den Manteltarifvertrag und forderte die 35-Stunden-Woche.

Die große Tarifkommission erklärte die Verhandlungen überraschend für gescheitert.



Ab Mittwoch, den 28. April 1976 wurde ein Großteil der über 5.000 Druckereibetriebe in der Bundesrepublik und Westberlin bestreikt. Die Drucker und Setzer forderten 9 Prozent mehr Lohn und Gehalt.

Streitpunkt: Rechnergestützte Textsysteme

Im Herbst 1977 nahmen die IG Druck und Papier und der Bundesverband Druck die Verhandlungen über die Anhänge zum Manteltarifvertrag für gewerbliche Arbeitnehmer der Druckindustrie auf. Da unter anderem der Umgang mit den neuen rechnergestützten Textsystemen verhandelt werden sollte, waren neben dem BVD und der IG Druck und Papier auch der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger, der Verband Deutscher Zeitschriftenverleger, die Deutsche Journalistenunion, der Deutsche Journalisten Verband, die Deutsche Angestelltengewerkschaft und die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in die Auseinandersetzungen involviert. Nach ersten Annäherungen über die Einführung und die Arbeit mit den neuen Systemen und über die damit verbundene Vergütung rückten die Gewerkschaften jedoch in der 7. Runde am 19./20. September 1977 in Köln von bereits erzielten Kompromissmöglichkeiten ab.

1977

Im Herbst begannen die Verhandlungen über die Anhänge des Manteltarifvertrages. Hauptstreitpunkt: der Umgang mit rechnergestützten Textsystemen.

Die Arbeitnehmervertretungen forderten, dass nur Setzer die Tätigkeiten an den Terminals ausüben dürften, und zwar zu den Maschinensetzerlöhnen zuzüglich Zuschlägen und Antrittsgebühr. Damit wurde nicht soziale Sicherung, sondern vor allem eine organisationspolitische Ausweitung betrieben. Die große Tarifkommission erklärte die Verhandlungen überraschend für gescheitert.

In erneuten Verhandlungen, die von Arbeitskämpfmaßnahmen begleitet wurden, gelang erst im Januar 1978 eine vorläufige Einigung, die aber von der großen Tarifkommission der Gewerkschaften abermals abgelehnt wurde. Es folgte ein Arbeitskampf mit unbefristeten Schwerpunktstreiks in ausgesuchten Betrieben, die von den Arbeitgebern mit einer bundesweiten Aussperrung beantwortet wurden. Schließlich konnte die Tarifaufeinandersetzung erst am 20. März 1978 mit dem Abschluss des Tarifvertrages über die Einführung und Anwendung rechnergestützter Textsysteme beendet werden. Das Tarifwerk, das vor allem einen Bestandsschutz und den bevorzugten Einsatz von Fachkräften, eine Vergütung als Angestelltentätigkeit sowie finanzielle Ausgleichszahlungen vorsah, war so kompliziert geraten, dass es einer 114-seitigen Kommentierung bedurfte.



II. Synoptische Darstellung menschlicher Tätigkeiten und Maschinenfunktionen

Wesentliche Arbeitsschritte auf den drei behandelten Entwicklungsstufen.
Die eingerahmten Operationen werden von der Maschine übernommen.

Handwerkliches Setzen und Drucken	Mechanisiertes Setzen und Drucken	Automatisiertes Setzen und Drucken
<p>Handsatz:</p> <ul style="list-style-type: none"> o (Letternguß) o Text lesen o Lettern orten o berühren o greifen o transportieren o aufreihen o trennen (Zeile) o ausschließen (Zeile) — o sammeln o Seiten formen — <p>Handpresse:</p> <ul style="list-style-type: none"> o Form einsetzen o zurichten o Papier bereiten o Farbe bereiten <ul style="list-style-type: none"> o Form einfärben o Klappe auf Deckel o Deckel auf Form o Fundament einschieben o Preßbengel ziehen o Preßbengel zurück o Karren ausfahren o Deckel aufklappen o Klappe aufklappen o Druck abnehmen o Papier ablegen o Papier auflegen 	<p>Maschinensatz:</p> <ul style="list-style-type: none"> — o Text lesen o Taste orten o Taste antasten <div style="border: 1px solid black; padding: 2px;"> <p>Matrize auslösen Matrize transportieren Matrizen sammeln</p> </div> <ul style="list-style-type: none"> o Zeile trennen <div style="border: 1px solid black; padding: 2px;"> <p>Zeile ausschließen Zeile gießen Zeilen sammeln</p> </div> <ul style="list-style-type: none"> o Seiten formen — <p>Schnellpresse:</p> <ul style="list-style-type: none"> o Form einsetzen o zurichten o Papier auflegen o Farbe einfüllen <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; width: 100px;"> <p>Fortdruck</p> </div> <ul style="list-style-type: none"> o regulierende Eingriffe von Hand 	<p>Lichtsatz:</p> <ul style="list-style-type: none"> — o Text lesen o Taste orten o Taste antasten <div style="border: 1px solid black; padding: 2px;"> <p>Zeichen abrufen Zeichen transportieren Zeichen sammeln Zeile trennen Zeile ausschließen</p> </div> <ul style="list-style-type: none"> — o Zeilen speichern <ul style="list-style-type: none"> o Seiten formen <div style="border: 1px solid black; padding: 2px;"> <p>Seiten belichten</p> </div> <p>Offset-Rotation:</p> <ul style="list-style-type: none"> o Platten einspannen — o Papierbahn einziehen o Farbe/Wasser einfüllen <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; width: 100px;"> <p>Fortdruck</p> </div> <ul style="list-style-type: none"> regulierende Eingriffe über elektronisches Steuersystem

Technik- und Arbeitsgeschichte: Menschliche Tätigkeiten und Maschinenfunktionen (1981)

Auf den drei Entwicklungsstufen Handwerk, Mechanisierung und Automatisierung ergeben sich je unterschiedliche Arbeitsschritte. Die eingerahmten Operationen übernehmen Maschinen.



Wiederaufnahme der Verhandlungen 1976 in Mainz

V. l. n. r.: Gerold Mack (Bundesverband Druck), Walter Hesselbach (Chef der Bank für Gemeinwirtschaft als Schlichter) und Leonhard Mahlein (IG Druck und Papier).

Diese Absage an die Idee der Sozialpartnerschaft prägte auch die Folgejahre.

1978

Einigung

Am 20. März endeten die Tarifaueinandersetzungen mit einer Einigung über den Umgang mit rechnergestützten Textsystemen.

Die Gewerkschaft kündigt den Manteltarifvertrag

Nur drei Monate nach der Einigung mit der Gewerkschaft kündigte die IG Druck und Papier den Manteltarifvertrag.

1984

13 Wochen Streik

Ab Januar fanden Verhandlungen über die 35-Stunden-Woche statt. Nach 13 Wochen Streik endete der Tarifkonflikt mit einem Einstieg in die 38,5-Stunden-Woche.

1987

Erneut harte Auseinandersetzungen

Die Gewerkschaft strebte ein Vergütungsplus von 17 Prozent an.

1990

Schlichtung

Die Tarifrunde brachte die Einführung der 35-Stunden-Woche zum 1. April 1995. Die gewerkschaftliche Forderung nach 10,5 Prozent mehr Lohn konnte auf 6,8 Prozent herabverhandelt werden.

Nachdem es im Tarifkonflikt des Druckgewerbes trotz der Schlichtungsversuche Axel Springers zu keiner Einigung gekommen war, wurde das Springer-Verlagshaus in Hamburg am 6. Mai 1976 bestreikt.



Der Kampf um die Wochenarbeitszeit

Schon kurze Zeit später, am 8. Juni 1978, kündigte die IG Druck und Papier den Manteltarifvertrag und forderte die Verkürzung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich. Während es gelang, diese Forderung und auch das von der Gewerkschaft angestrebte Facharbeiterprivileg abzuwehren, musste man doch verschärfende Konkretisierungen der an den Maschinen zu beschäftigenden Fach- und Hilfskräfte hinnehmen.

Rechtsgeschichte schrieb die Druckindustrie, als das Bundesarbeitsgericht am 10. Juni 1980 zwar das Aussperrungsrecht der Arbeitgeber dem Grunde nach bestätigte, weil sonst die im Grundgesetz statuierte Tarifautonomie nicht gegeben sei, aber die Aussperrungen im Arbeitskampf der Druckindustrie des Jahres 1978 als rechtswidrig ansah, weil diese nicht im Verhältnis zu den Streiks gestanden hätten und somit die Kampfparität nicht gegeben gewesen sei.

Ab Januar 1984 musste dann erneut über die Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich verhandelt werden. Vorausgegangen war ein Gewerkschaftstag in Nürnberg, bei dem festgestellt wurde, dass es beim Kampf um Arbeitszeitverkürzung „eben nicht nur um soziale Verbesserungen, nein, auch um die Veränderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse“ gehe. Die IG Druck und Papier hatte ihrem Ruf als rote Gewerkschaft damit Nachdruck verliehen. Diese Absage an die Idee der Sozialpartnerschaft prägte auch die Folgejahre.

Der gescheiterte Schlichter

Nach einem unbefriedigten und gescheiterten Schlichtungsverfahren unter dem Schlichter Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf – dessen noch viel weiter gehender Vorschlag zu einer Arbeitszeitverkürzung von vier Wochen pro Jahr geführt hätte – endete der Tarifkampf mit dem Einstieg in eine neue Regelarbeitszeit von 38,5 Stunden pro Woche verteilt auf fünf Tage. Diesem Abschluss waren 13 Wochen Streik vorausgegangen. Zeugen berichteten vom „härtesten Tarifkonflikt“, den die Bundesrepublik bis dahin erlebt hatte: Blockaden, Pöbeleien und Handgreiflichkeiten waren an der Tagesordnung und frisch gedruckte Tageszeitungen mussten mitunter per Hubschrauber aus den Druckereien ausgeflogen werden.

Auch das Jahr 1987 war geprägt von harten Auseinandersetzungen. Unter dem Vorsitz des Präsidenten des Bundessozialgerichts Dr. Heinrich Reiter wurde nach vier Verhandlungen und zwei Schlichtungssitzungen die Wochenarbeitszeit auf 37,5 Stunden gesenkt. Das Gesamtforderungs paket der Gewerkschaft – bestehend aus weiteren Forderungen zur Arbeitszeitreduzierung und einer 7-prozentigen Lohnerhöhung für ein Jahr – strebte ein Vergütungsplus von 17 Prozent an.

Aggressiv erkämpfte Verhandlungsergebnisse leiteten letztlich den Machtverlust der Gewerkschaft ein.

In diesen Jahren verlor die IG Druck und Papier jedwedes Maß. Dies in einigermaßen erträgliche, aus Unternehmenssicht jedoch keine vernünftigen Dimensionen zurückzuführen, kostete Verhandlungsführer Manfred Adrian und den Bundesverband enorme Kraft und Ausdauer. Die Drohungen mit Arbeitskampf bereits vor Aufnahme der Verhandlungen sowie rechtswidrig inszenierte Warnstreiks während der Friedenspflicht zeugten vom klassenkämpferischen Charakter der IG Druck und Papier. Dies setzte sich auch fort, nachdem 1989 die IG Druck und Papier in der IG Medien aufgegangen war und Erwin Ferlemann den Vorsitz übernommen hatte.

Die Tarifrunde 1990 brachte dann endgültig die Einführung der 35-Stunden-Woche zum 1. April 1995 sowie eine 6,8-prozentige Lohnerhöhung, nachdem die utopische Idee von 10,5 Prozent hatte zerschlagen werden können. Weitere Forderungen der Gewerkschaft, die zu inakzeptablen Belastungen der Unternehmen geführt hätten, konnten abgewehrt werden. Das Ergebnis war wiederum unter Einsatz des Schlichters Dr. Reiter erzielt worden.

Der längste Arbeitskampf der Branche

Mit Inkrafttreten der deutschen Einheit zum 3. Oktober 1990 und dem Beitritt des Verbandes der Druckindustrie Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt zum BVD erhielt dieser auch die originäre Tariffhoheit für die neuen Bundesländer. Allerdings wurde eine aus mitteldeutschen Unternehmensvertretern bestehende eigene Verhandlungskommission eingesetzt.

1992 löste Dr. Wolfgang Pütz nach zwei Amtsperioden den auf eigenen Wunsch ausscheidenden Manfred Adrian ab und traf im Folgejahr erstmals auf den Verhandlungsführer der IG Medien, Dr. Detlef Hensche. Dieser hatte als strategischer Kopf schon in den Jahren zuvor die Verhandlungslinie der Gewerkschaft geprägt. Aber seine aggressiv erkämpften Verhandlungsergebnisse leiteten letztlich den zunehmenden Machtverlust ein, den die Gewerkschaft seit Beginn der 2000er Jahre hinnehmen muss. Aufgrund unverhältnismäßiger Belastungen der Betriebe, die mit der Strukturkrise der Druckindustrie immer spürbarer wurden, wandten sich mehr und mehr Betriebe enttäuscht von den Flächentarifverträgen ab. Sozialpartnerschaft hatte man sich als faire Partnerschaft vorgestellt. Die Tarifpolitik hatte jedoch angesichts des Klassenkämpfertums der Gewerkschaft ihre befriedende Rolle verloren.

Der längste Arbeitskampf der Branche zog sich von Ende 1993 bis zum 3. Juli 1994 hin. Begonnen hatte er mit einem 40-seitigen Verhandlungspaket der IG Medien und geprägt wurde er von einer fragwürdigen Mitgliederbefragung der Gewerkschaft, einer Urabstimmung in lediglich einzelnen ausgewählten Betrieben, Kurz- und Wellenstreiks sowie einer gescheiterten Schlichtung. Das Ergebnis mit 2-prozentiger Lohnerhöhung, Öffnungsklauseln für zuschlagfreie Überstunden sowie bloßen Verhandlungsverpflichtungen für die weiteren Gewerkschaftsforderungen stoppte dann jedoch erstmals seit Langem die Bestrebungen der IG Medien, die Belastungen für die Druckereien weiter auszudehnen. Die Realität der Anfang der 1990er Jahre begonnenen wirtschaftlichen Talfahrt der Druckindustrie hatte nun auch die Tarifpolitik eingeholt.

Die IG Medien auf dem Rückzug

1997 folgte ein neuer Manteltarifvertrag. Endlich war die Gewerkschaft bereit, die ökonomischen Realitäten zumindest in Teilen anzuerkennen und einige ihrer überholten Besitzstände aufzugeben. So zeigte das Verhandlungsergebnis Öffnungsklauseln für die Samstagsarbeit und Maschinenbesetzungen sowie einen moderaten Lohnanstieg von 1,5 Prozent. Doch die Hoffnung des Verhandlungsführers des BVD, Dr. Wolfgang Pütz, dass dies die Erosion des Flächentarifvertrages stoppen könnte, erfüllte sich nicht.

Die bloßen Seitwärtsbewegungen und minimalen Anpassungen des Tarifwerks in den ersten beiden Jahrzehnten des neuen Jahrtausends waren nicht geeignet, einer immer stärker in den Strukturwandel geratenden Industrie ein flexibles und verantwortbares Regelwerk zu bieten. Daran änderten auch die durchaus erwähnenswerte Schaffung von Arbeitszeitkonten und die Entdynamisierung der Antrittsgebühr im Jahr 2005 nichts.

Den Weg einer echten Sozialpartnerschaft hatten IG Druck und Papier und IG Medien jedoch schon in den 1970er bis frühen 1990er Jahren verlassen. Die Mehrzahl der Druckereien quittierte diesen ideologischen und unverantwortlichen Weg mit der Lösung vom Flächentarif, Hunderttausende von Arbeitnehmern zahlen seit Beginn des letzten Jahrzehnts einen hohen Preis für die frühen Erfolge ihrer Funktionärsspitze.

Endlich war die Gewerkschaft bereit, die ökonomischen Realitäten zumindest in Teilen anzuerkennen.

1993

Anhaltender Arbeitskampf

Der längste Arbeitskampf der Branche dauerte von Ende 1993 bis zum 3. Juli 1994.

1997

Neuer MTV

Die Gewerkschaft erklärte sich bereit, die ökonomischen Realitäten in Teilen anzuerkennen.

2005

Überarbeiteter MTV

Der neue Manteltarifvertrag brachte den Unternehmen zwar einige Erleichterungen und etwas mehr Flexibilität, aber kein zeitgemäßes Regelwerk.

2011

Keine MTV-Reform

Nach einem harten Arbeitskampf scheiterte die weiterhin notwendige Reform des Manteltarifvertrags an ver.di.

2019

Lohnabschluss ohne MTV-Reform

Nach achtmonatigen Verhandlungen kam es zwar zu einem Lohnabschluss, nicht aber zur erforderlichen Reform des Manteltarifvertrags. Die Gespräche werden fortgesetzt.

Berufliche Aus- und Weiterbildung

Der Deutsche Buchdrucker-Verein (DBV) strebte schon in seinen ersten Statuten eine Ordnung des Lehrlingswesens und eine gute Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte an.

Der Verein beschloss 1878 daher eine „Prüfungsordnung für Buchdrucker-Lehrlinge und -Gehilfen“. Diese Ordnung bestimmte die Aufnahme- und die Gehilfenprüfung, die Zusammensetzung der Prüfungskommission und das Prüfungsverfahren für Setzer und Drucker. Vordrucke für Lehrverträge, Ausstellungen von Lehrlingsarbeiten, Fortbildungen, eine Prämierung besonderer Lehrlingsleistungen und die Unterstützung und Einbindung von Fachschulen komplettierten in den nächsten Jahrzehnten die DBV-Aktivitäten zur Verbesserung der Aus- und Weiterbildung und damit der Leistungsqualität der Betriebe und der gesamten Branche.

So öffnete die „Buchdrucker-Lehranstalt“ mit Unterstützung der Prinzipale 1869 in Leipzig feierlich ihre Türen. „Die planmäßige Fachbildung von Prinzipalsöhnen“ fand ab 1898 im „Technikum für Buchdrucker“ statt, und 1900 entstand in Leipzig die „Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe“. 1927 wurde die Meisterschule in München eröffnet und 1929 auf Anregung der Leipziger Buchdruckerbesitzer die „Meisterschule für das graphische Gewerbe“.

Heute gibt es in Deutschland neun Hochschulen, elf Fachschulen und rund 80 Berufsschulen, Fachoberschulen, Oberstufenzentren und Kollegs, die junge Menschen für Tätigkeiten in der Druck- und Medienbranche ausbilden. Die bvdm-Landesverbände engagieren sich überdies bundesweit mit Aus- und Weiterbildungseinrichtungen. Diese Einrichtungen bieten Schulungen und Fortbildungen an und vermitteln dem Branchennachwuchs im Rahmen der überbetrieblichen Ausbildung (ÜBA) Inhalte, Kenntnisse und Fähigkeiten, die die betrieblichen Ausbildungen systematisch und gemäß der Ausbildungsordnung ergänzen.

Nach dem Arbeits- und dem Preistarif wurde die Lehrlingsordnung zur dritten Säule der Tarifgemeinschaft.

Von der Lehrlingsordnung zur einheitlichen Berufsausbildung

Am 1. Mai 1920 setzte das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker die „Lehrlingsordnung für das graphische Gewerbe“ für alle Vereins- und Verbandsmitglieder verbindlich in Kraft. Damit erhielt die Tarifgemeinschaft nach dem Ersten Weltkrieg eine dritte Säule für den Wiederaufbau, die wirtschaftliche Stabilität und den Zusammenhalt des Druckgewerbes – neben dem Arbeitstarif und dem Preistarif. Die Lehrlingsordnung enthielt 60 Bestimmungen, die ihre Ordnungsmittel, die Auswahl, Einstellung und Ausbildung der Lehrlinge, das Kostgeld, die Urlaubsregelungen, die Jahresziele und die Prüfungen betrafen.

Zur Umsetzung und Überwachung der Ordnung, zur Abnahme von Prüfungen, zur Förderung der Fachschulen und zur Beurteilung von Beschwerden über das Lehrverhältnis bildete das Tarifamt Kreis-, Bezirks- und Orts-Lehrlingsausschüsse. Den Bezirksausschüssen gehörten paritätisch je drei gewählte Mitglieder an. Für die Prüfung der Lehrinhalte konnten die Bezirksausschüsse Fachlehrer, Faktoren und weitere Lehrherren und Gehilfen hinzuziehen.

Stellt Lehrlinge ein!

Von der Lehrlings- zur Gehilfen- und Meisterschule.

Die Sorge um die Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses beschäftigt unsere ernstlich vorwärtstrebenden Fachgenossen nicht erst seit neuerer Zeit. Als mit der Einführung der Gewerbefreiheit

Die Hochschule für Deutschlands Buchdrucker.

Immer eine Meldung wert

Die Aus- und Weiterbildung war und ist ein wichtiges Thema für die Branche und den Verband.

Richtig rechnen!

Tab. No. 30.

Klasse	Gehilfen	Drucker: durchschn. Gehilfen	Lehrlinge	Verhältnis
I	1—2	1,5	1	1 : 1,5
II	3—5	4,0	2	1 : 2
III	6—9	7,5	3	1 : 2,5
IV	10—14	12,0	4	1 : 3
V	15—20	17,5	5	1 : 3,5
VI	21—26	23,5	6	1 : 3,91
VII	27—32	29,5	7	1 : 4,21
VIII	33—38	35,5	8	1 : 4,43
IX	39—44	41,5	9	1 : 4,61
		172,5	45	1 : 3,83

Lehrlingsskala von 1886 nach Betriebsgrößenklassen

Der Tarif von 1886 setzte bei den Druckern ein Verhältnis der Lehrlinge zu den Gehilfen von 1:3,83 als normal fest. Kleinbetrieben standen mehr als doppelt so viele Lehrlinge im Verhältnis zur Gehilfenzahl zu als den Großbetrieben.

60.000 DM

investierte 1977 ein Betrieb pro Auszubildenden in Lohn-, Sozial-, Ausbilder und Arbeitsplatzkosten über drei Jahre.

22.000 Euro

investiert ein Druckunternehmen heute für die Ausbildung pro Person im Jahr.

Ausbildung: Eine Investition in die Zukunft

Die Tarifföhne in der Druckindustrie sind bis heute überdurchschnittlich. Auch für Auszubildende nehmen die Unternehmen traditionell viel Geld in die Hand.

1878

Prüfungsordnung

Der DBV beschloss eine „Prüfungsordnung für Buchdrucker-Lehrlinge und -Gehilfen“.

1920

Lehrlingsordnung

Die „Lehrlingsordnung für das graphische Gewerbe“ umfasste die gesamte Berufsausbildung inhaltlich und organisatorisch.

1949

Gründung ZFA

Im „Zentral-Fachausschuss für die Druckindustrie“ (ZFA) erstellen die Sozialpartner bis heute gemeinsam die berufsspezifischen Prüfungsaufgaben.

1969

Berufsbildungsgesetz

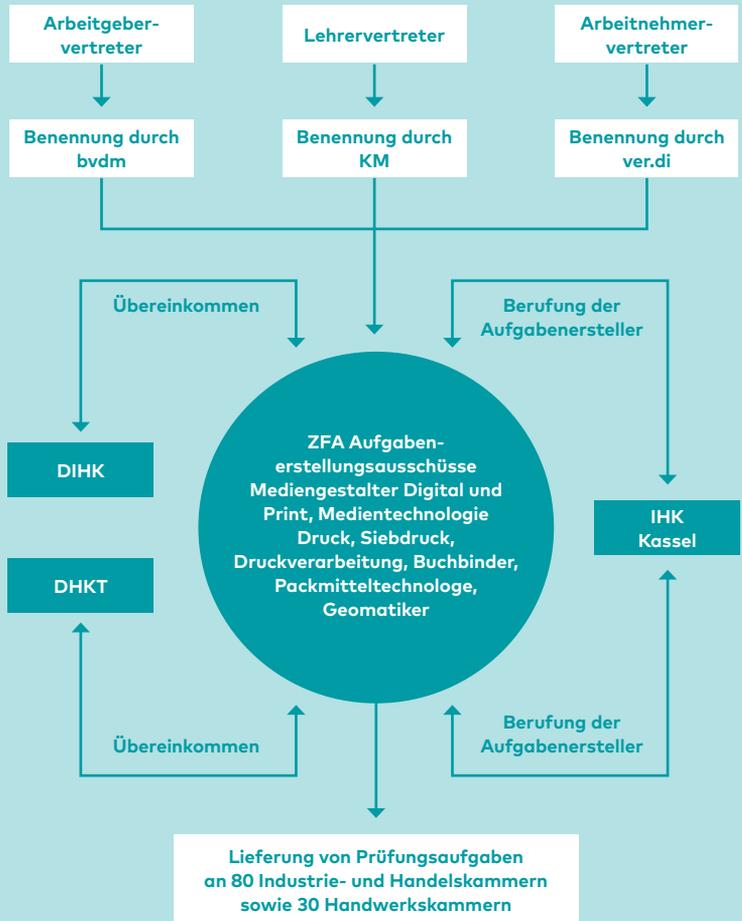
Die von den Tarifpartnern entwickelte Ausbildungsordnung hatte nicht nur Vorbildfunktion für andere Industriezweige, sondern auch für das Berufsbildungsgesetz von 1969.



Seit 2001 heißt der ZFA „Zentral-Fachausschuss Berufsbildung Druck und Medien“.

So entstehen die Prüfungsaufgaben für die Auszubildenden in der Druck- und Medienwirtschaft

Bei der Aufgabenerstellung für die Ausbildungsberufe der Druckindustrie arbeiten der bvdm und die Gewerkschaft ver.di fest zusammen.



- bvdm Bundesverband Druck und Medien, Berlin
- DHKT Deutscher Handwerkskammertag, Berlin
- DIHK Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Berlin
- IHK Industrie- und Handelskammer
- KM Kultusministerien
- ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Fachbereich Medien, Berlin

Gegen diese Kodifizierung gab es rechtliche Bedenken. Der heftigste Protest kam von den Handwerks- und Gewerbevereinen. Gemäß der Gewerbeordnung beanspruchten sie die alleinige Regelungsbefugnis für das Lehrlingswesen. Der Prinzipalverein, der Gehilfenverband und der Gutenbergbund nahmen daher erneut Verhandlungen mit dem Handwerks- und Gewerbeverein tag auf und vermochten, den Handwerks- und Gewerbevereinen annähernd gleiche Lehrlingsordnungen für das Druckgewerbe zu empfehlen. Damit ging einher, dass jede Handwerks- oder Gewerbeverein im Deutschen Reich einen Fachausschuss zur Umsetzung der Lehrlingsordnung bildete, dessen Vorsitzender aus der Mitte der Prinzipalmitglieder gewählt wurde. Dem Buchdruckgewerbe gelang damit erstmals eine Lehrlingsordnung, die nicht mehr nur das Lehrvertragsrecht betraf, sondern die gesamte Berufsausbildung inhaltlich und organisatorisch umfasste.

Der Zentral-Fachausschuss Berufsbildung Druck und Medien (ZFA)

Die besonders qualifizierte Berufsausbildung in der deutschen Druckindustrie hat eine lange Tradition: Bereits 1920 legten die Tarifvertragsparteien in der Lehrlingsordnung für das „deutsche Buchdruckgewerbe“ detailliert fest, welche Leistungen in einem erfolgreichen Auszubildenden erbracht werden müssen. Im Jahr 1949, noch vor der Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland, gründeten die damalige „Arbeitsgemeinschaft der graphischen Verbände“ (AGV) und die „Industriegewerkschaft Druck und Papier“ den „Zentral-Fachausschuss für die

Der bvdM und ver.di lösen alle fachlichen Fragen der Berufsbildung gemeinsam.

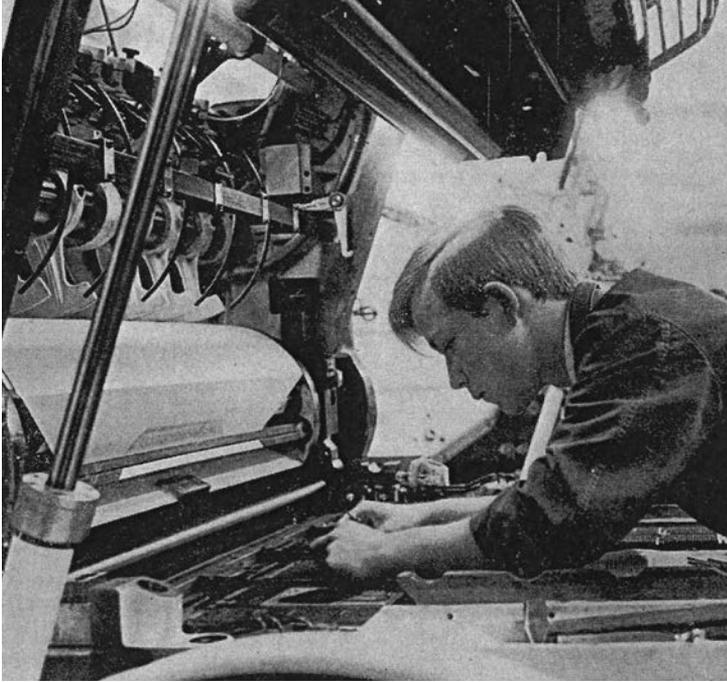
Druckindustrie“ (ZFA). Dieser Ausschuss, paritätisch besetzt mit Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern, sollte die wichtigste Voraussetzung für das Wachstum und die Konkurrenzfähigkeit der Druckindustrie schaffen: hoch qualifizierten Nachwuchs durch eine Ausbildung, die in einem Zeitalter fortwährender technischer Umwälzungen dauerhaft Schritt halten kann.

Die heutigen Tarifvertragsparteien, der Bundesverband Druck und Medien und die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), entwickelten eine völlig neuartige „Ausbildungsordnung“. Mit dieser verpflichten sie sich, fachliche Fragen der Berufsbildung in der Druckindustrie gemeinsam zu lösen und bundeseinheitliche Prüfungsaufgaben für alle Ausbildungsberufe der Branche zu erstellen. Diese Ausbildungsordnung hatte nicht nur eine Vorbildfunktion für andere in- und ausländische Industriezweige, sondern auch für das staatliche Berufsbildungsgesetz von 1969. Im Jahr 2001 wurde der ZFA in „Zentral-Fachausschuss Berufsbildung Druck und Medien“ umbenannt.

Bundeseinheitliche Prüfungsfragen für die Branche

Einheitliche Prüfungsaufgaben sind eine wichtige Voraussetzung für Chancengleichheit in der Ausbildung und im späteren Berufsleben. Sie sichern die bundesweite Qualität der Prüfungen und gewährleisten, dass die Prüfungsinhalte stets der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Praxis entsprechen.

Jedes Jahr werden einige Hundert neue schriftliche Prüfungsaufgaben und komplette praktische Aufgaben für die Zwischen- und Abschlussprüfungen von rund 10.000 Auszubildenden aus verschiedenen Ausbildungsberufen der Branche erarbeitet. Diese Arbeit leisten ehrenamtliche Arbeitgeber-, Arbeitnehmer- und Lehrervertreter, die in berufsspezifischen „Prüfungsaufgaben-Erstellungsausschüssen“ des ZFA zusammenarbeiten. Sie werden alle fünf Jahre auf der Grundlage des Berufsbildungsgesetzes neu berufen. Die ZFA-Geschäftsstelle stellt sämtliche Manuskripte und Vorlagen zusammen, setzt diese, gibt sie in den Druck und versendet sie an die Kammern.



1969

Arbeitsplatzstudie für die Praxis

Der Bundesverband und die „Arbeitsstelle für betriebliche Berufsausbildung“ präsentieren eine Arbeitsplatzanalyse, um Ausbildungs- und Prüfungsinhalte noch besser auf die Unternehmen auszurichten.

Werbung für die Branche

Mit einem Bildarchiv für Journalisten warb der Bundesverband Druck bereits 1969 für den Nachwuchs.

Das Ausbildungsreferat des Verbandes und der Ausbildungsausschuss

Auf der AGV-Hauptversammlung im März 1952 legte der Bielefelder Druckereibesitzer Wilhelm Ernst Bertelsmann Leitlinien für das Ausbildungswesen im grafischen Gewerbe und den ZFA vor. Darin beschrieb er „Idealfaktoren“ der Berufsbildung für die Wirtschaft, die den beruflichen Nachwuchs und seine Berufserziehung zukünftig sichern sollten. In diesem Sinne beschloss die AGV 1953, ein Ausbildungsreferat zu gründen und einen Ausbildungsausschuss einzurichten. Bertelsmann wurde 1956 erster Vorsitzender des Ausschusses, und die AGV verschrieb sich folgendem Programm:

- Überarbeitung der Ausbildungsinhalte aus der Vorkriegszeit
- Erstellung neuer Berufsbilder
- Erarbeitung neuer Umschulungsrichtlinien
- Vorgehen „nach tariflich vereinbarten Spartenanhängen zum Manteltarifvertrag“, nach denen nur Fachkräfte mit einem Facharbeiterbrief beruflich qualifizierte Arbeiten in den Betrieben ausführen durften

Praxisrelevante Informationen über erforderliche Lehrinhalte

Lehrkräfte und Prüfer sind auf umfassende Informationen über ihr Themengebiet aus der Praxis angewiesen. Nur auf dieser Grundlage können sie den Auszubildenden die entscheidenden und aktuellen Inhalte in der erforderlichen Breite und Tiefe vermitteln. Der Bundesverband führte daher zusammen mit der Bonner „Arbeitsstelle für betriebliche Berufsausbildung“ in den 1960er Jahren eine Arbeitsplatzstudie durch, in der drei Jahre lang 318 Unternehmen mit insgesamt 1.500 Arbeitsplätzen analysiert wurden.

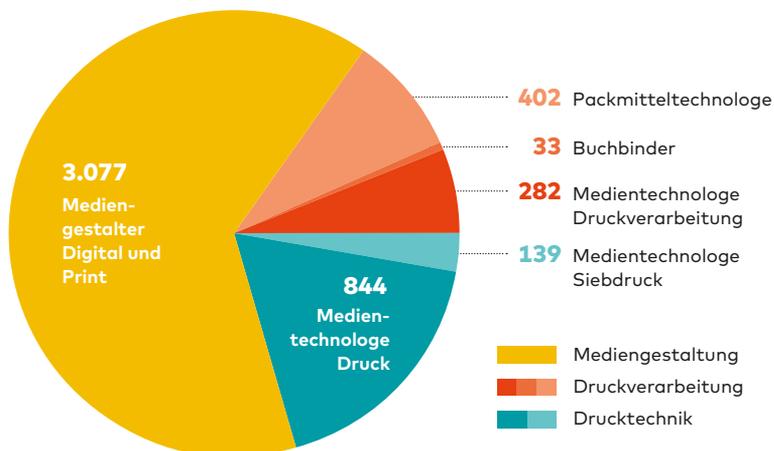
Die Studienergebnisse erschienen 1969 und erlaubten, die Ausbildungs- und Prüfungsinhalte noch stärker zu vereinheitlichen und besser auf die Anforderungen der Unternehmen abzustimmen. Gleichzeitig diente die Studie der Modernisierung der Berufsausbildung, da sie neue Produktionsabläufe darstellte und die dafür notwendigen Qualifikationen der Mitarbeiter beschrieb. Das grafische Gewerbe war damit der zweite Wirtschaftszweig (nach der elektronischen Industrie), der den Empfehlungen des „Deutschen Bildungsrats“ folgte.

Die Entwicklung der Berufsbilder

Bis Anfang der 1970er Jahre gab es noch eine große Vielfalt von teils sehr spezialisierten Ausbildungsberufen: Tiefdruckretuscheur, Farbenlithograf, Stereotypeur, Klischeeätzter, Lichtpauser, Offsetvervielfältiger, um nur eine Auswahl der damaligen Berufsbezeichnungen zu nennen. 1974 wurden dann die Berufe der Druckvorstufe und die des Drucks zusammengefasst und systematisiert. Die Neuordnungen entsprachen der technologischen Entwicklung, insbesondere im Bereich der Druckvorstufe. Die 1980er Jahre waren gekennzeichnet von den Entwicklungen des Fotosatzes und des Desktop-Publishings, mit der Folge, dass die klassische Arbeitsteilung sich weiter auflöste. Infolgedessen wurden die Berufe auf je einen im Bereich des Satzes, den Schriftsetzer, und im Bereich der Reproduktion, den Reprohersteller, reduziert.

Ein revolutionärer Schritt erfolgte durch die Ausbreitung der Digitaltechnologie und die weitere Vernetzung der Produktion in den 1990er Jahren. Ein einheitlicher Ausbildungsberuf für die Druckvorstufe und die Digitalmedienproduktion, der Mediengestalter für Digital- und Printmedien, war 1998 die Antwort auf diese Innovationen. In dem Zuge wurden ebenfalls die Druckberufe entsprechend den neuen Anforderungen reformiert.

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in der Druck- und Medienwirtschaft 2018



Die kontinuierliche, vertrauensvolle Zusammenarbeit der Sozialpartner im ZFA ist eine Stärke, um die manch eine Branche die Druckindustrie beneidet.

Hier wurden auch Qualitätssicherung und Standardisierung zu zentralen Themen der Ausbildung. 2011 wurden dann aus den Berufen Drucker, Siebdrucker und Buchbinder der Medientechnologie Druck, der Medientechnologie Siebdruck und der Medientechnologie Druckverarbeitung (Industrie), während der Buchbinder im Handwerk erhalten blieb. Aus dem Verpackungsmittelmechaniker wurde wiederum der Packmitteltechnologie.

Die besondere Stärke des ZFA zeigte sich in der Vorbereitung und während der Neuordnungsverfahren sowie in den Implementierungsphasen der neuen Verordnungen. Durch die kontinuierliche und systematische Zusammenarbeit der Sozialpartner im ZFA gelang es stets, konstruktiv und in sehr vertrauensvoller Arbeitsatmosphäre die Neuordnungen zu entwickeln – eine Stärke, um die manch eine Branche die Druckindustrie beneidet.



Leitfaden für die Nachwuchswerbung für Betriebe

Gestochen scharf – Perfekt veredelt

Die Kampagne der Druck- und Medienverbände zur Anwerbung von Nachwuchs für die Branche



Gestochen scharf – Perfekt veredelt

Seit Anfang 2017 unterstützt die Kampagne der Druck- und Medienverbände die Unternehmen bei der Nachwuchswerbung.

Der Verband wirbt für Nachwuchs

Neue Geschäftsfelder, Technologien und Arbeitsaufgaben erfordern immer wieder neue Lehrinhalte und Lernformen. Die Entwicklung neuer Ausbildungsordnungen ist ein schwieriges und langwieriges Unterfangen, an dem – gemäß offiziellem Verfahren – der Bund, die Länder, Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften beteiligt sind. Daher erarbeiteten Sachverständige des Bundesverbandes und der Gewerkschaft ver.di unter Federführung des Bundesinstitutes für Berufsbildung die Struktur und die Inhalte der neuen Berufsbilder. Vertreter der Länder erstellten parallel dazu den Rahmenlehrplan für die Berufsschulen. Die betriebliche Ausbildungsordnung und der Rahmenlehrplan werden in diesen Verfahren zeitlich und inhaltlich aufeinander abgestimmt. Nach weiteren Abstimmungsverfahren des Bundes und der Länder erlässt das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) die Verordnungen über die Berufsausbildung und veröffentlicht sie im Bundesgesetzblatt.

Bis heute gehört die Druckindustrie zu den ausbildungsstarken Branchen. Ihre Quote liegt in der Regel über der des Verarbeitenden Gewerbes, und während früher nahezu ausschließlich junge Männer Berufe in der Druckindustrie ergriffen, lag der Anteil der weiblichen Auszubildenden im Jahr 2018 bei gut 44 Prozent.

Dennoch hat auch die Druck- und Medienwirtschaft mit dem Fachkräftemangel zu kämpfen. Der Bundesverband und seine Landesverbände unterstützen die Betriebe daher mit Veranstaltungen, Informationsmaterial und der Jugendkampagne „Gestochen scharf – Perfekt veredelt“. Darüber hinaus prämiiert der bvdm im Rahmen der Druck&Medien Awards jedes Jahr einen Betrieb, der sich bei der Ausbildung besonders ausgezeichnet hat.

Die Druck&Medien Awards

Jedes Jahr zeichnet der Bundesverband ein Unternehmen mit einem Druck&Medien Award in der Kategorie „Beste Ausbildungsbetrieb“ aus.



Neue Geschäftsfelder, Technologien und Arbeitsaufgaben erfordern immer wieder neue Lehrinhalte und Lernformen.



Social Virtual Learning

Mit Modulen für die Virtual-Reality-Brille bieten die Druck- und Medienverbände Berufsschulen und Betrieben innovative Lernformen an, die sich flexibel einsetzen lassen.



Laufen für den Branchennachwuchs

Das sportliche Team des bvdM trat am 30. Mai 2018 zum Berliner Firmenlauf mit rund 17.000 Läuferinnen und Läufern in den T-Shirts der Nachwuchskampagne an.



Die technische Entwicklung der Branche

Ein Schwerpunkt für den Verband

Der Buchdruck mit beweglichen Lettern zählt zu den herausragenden Erfindungen des Mittelalters. Die Erfindung Johann Gutenbergs (1397–1468), den das Time-Life-Magazin zum „Man of the Millennium“ wählte, beeinflusste seinerzeit die wirtschaftliche, die politische und die kulturelle Entwicklung und tut es bis heute. Inzwischen wird freilich mit völlig anderen Mitteln produziert. Unternehmer, Techniker und Tüftler, auch aus anderen Gewerben, revolutionierten die Verfahren, erfanden neue Materialien, konstruierten neue Maschinen und trugen so zum Siegeszug der gedruckten Medien bei.

Die vergangenen 150 Jahre prägten dynamische, oftmals umbruchartige Veränderungen in allen Bereichen der Industriegesellschaft, so auch im Druckgewerbe. „Doch auch im Umbruch gibt es Konstanten“, schrieb Prof. Dr. Heinz Treichel im Report anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Ausschusses Technik + Forschung des Verbandes. Denn grundsätzlich gilt: Unternehmen brauchen belegbare und verlässliche Informationen, strukturierte Entscheidungsgrundlagen, Zugriff auf systematisiertes Know-how, Input für neue Geschäftsfelder oder Hilfe, wenn sich Wertschöpfungsketten verändern, und eine hoch qualifizierte Interessenvertretung.

Neuerungen aus der Gründungszeit

Schon zur Zeit der Gründung des Deutschen Buchdrucker-Vereins stellte die Fachpresse technische Innovationen vor.

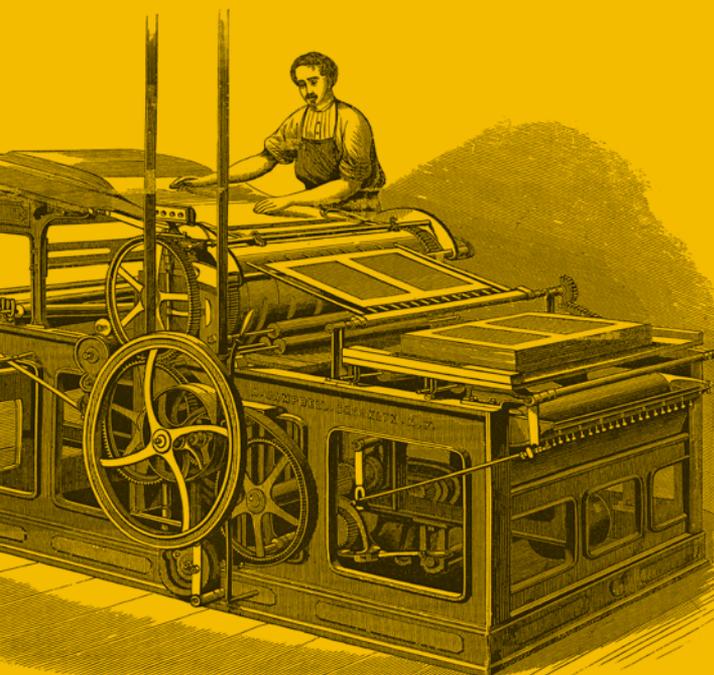


Auch im Umbruch gibt es Konstanten. Der Bundesverband liefert verlässliche Informationen.

1857

Liberty-Press

Die 1857 patentierte Liberty-Press wird auch als Scharnierpresse bezeichnet. Sie zählt zu den Tiegeldruckmaschinen, die den Bedruckstoff keiner mechanischen Belastung aussetzen. Wird die Presse aufgemacht, so bilden Fundament und Tiegel einen Winkel. Wird gedruckt, so schließen sie sich. Die gedruckte Akzidenz fällt in einen Behälter. Die „Annalen der Typographie“ priesen die Liberty-Press im Gründungsjahr des DBV. In Deutschland setzten sich jedoch nur das Gally- und das Boston-System durch.



1869

Combinations-Maschine

Zylinderpressen übertrafen die Tiegeldruckmaschinen an Leistung und erlaubten größere Bogen zu drucken. Die „Annalen der Typographie“ berichtete von minderwertigen Nachahmungen in den USA. Die vom „Mirror of Typography“ verwendete Combinations-Maschine von Andrew Campbell sollte dagegen erstmals ein vollkommenes Register, eine Druckschnelligkeit von 1.800–2.000 Bogen in der Stunde und feinste Arbeiten wie auf der Handpresse erzielen. Der Beginn einer neuen Ära?, fragte sich das Fachblatt.

1875

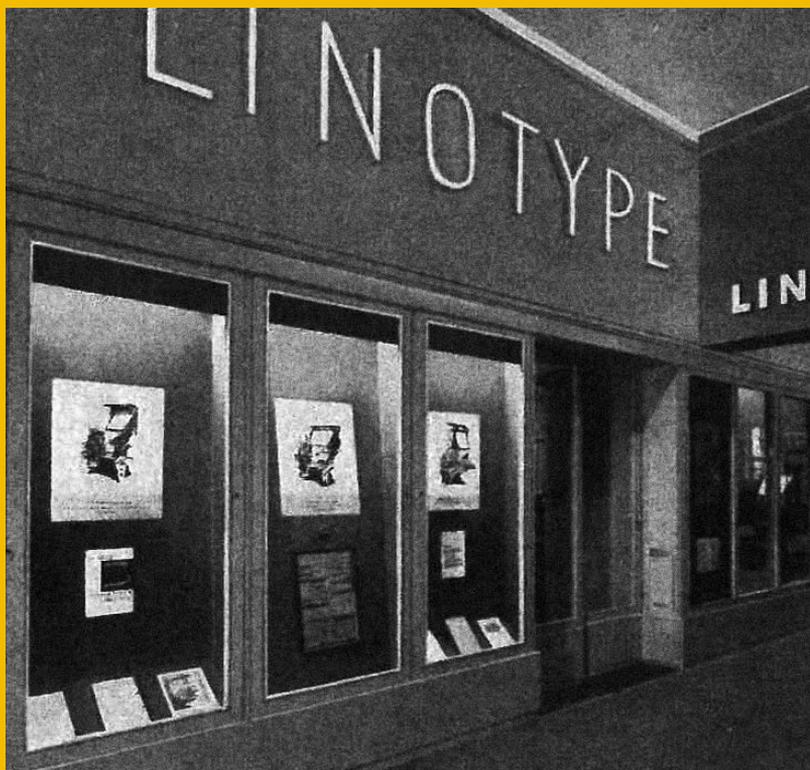
Empire-Setzmaschine

Die Empire-Setzmaschine stammt aus dem Jahr 1875. Die Ablegemaschine arbeitet völlig automatisch und befördert die Buchstaben des Ablagesatzes in die Kästchen für die Setzmaschine. Wird ein Buchstabe falsch gefasst, stoppt die Maschine. Aufgrund ihrer Geschwindigkeit verdrängte die Empire-Setzmaschine in vielen amerikanischen Druckereien die Linotype und die Thorne.

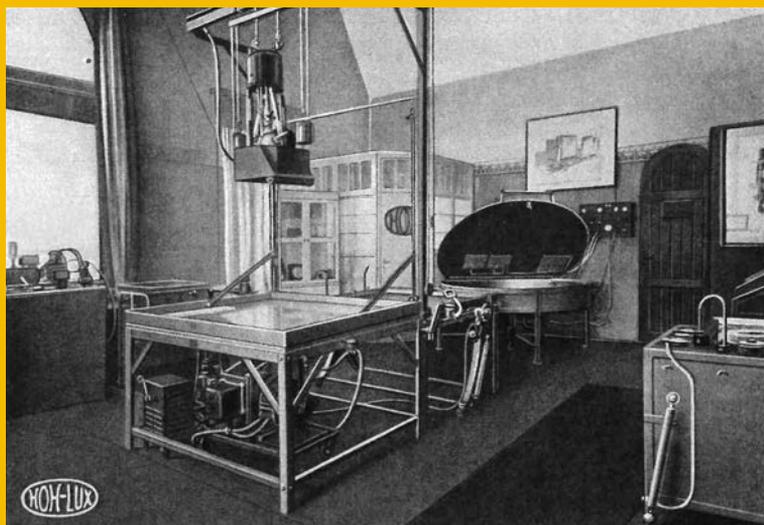


1914

Die 1914 erstmals veranstaltete „Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik“ (Bugra) war eine beispielhafte Leistungsschau, an der sich 2.300 Firmen und Personen aus Deutschland sowie Gäste aus 22 Ländern beteiligten. Die Ausstellung mit 16 Haupt- und etwa 60 Untergruppen zählte 2,3 Millionen Besucher. Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges im August blieb die Bugra zwar geöffnet, aber die Pavillons der nun feindlichen Staaten Russland, England, Frankreich, Belgien und Japan wurden geschlossen.



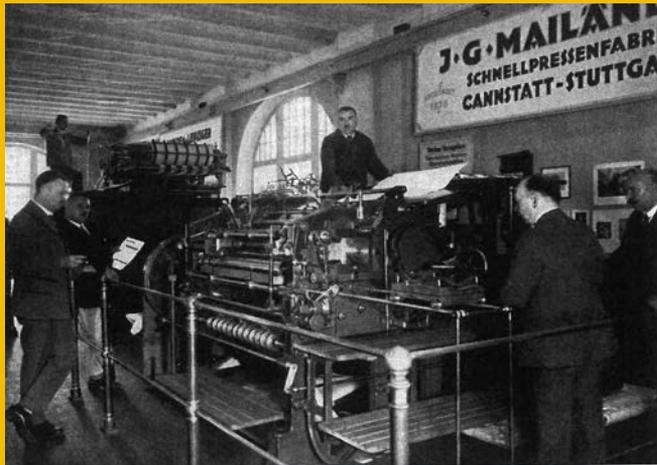
Zeilenguss-Setzmaschinen
(Linotype)



Apparate und Zubehör für
die Photomechanik



Bugra-Briefmarke



Tiefdruckmaschinen

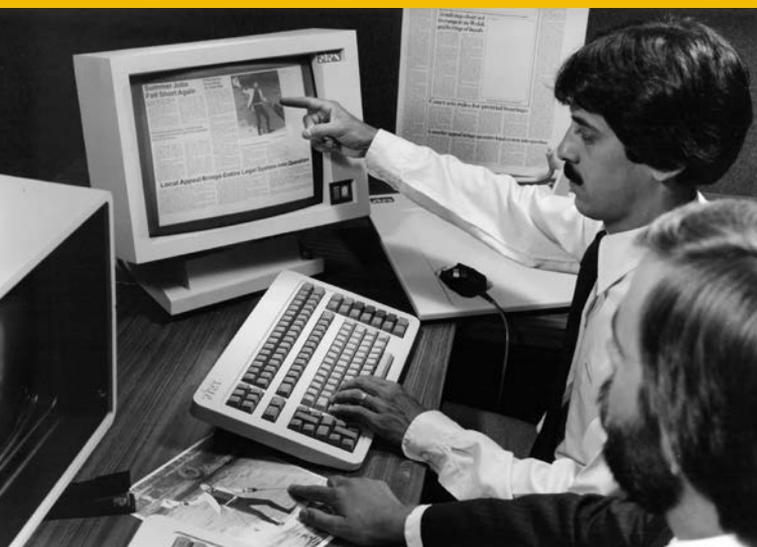
Unternehmer, Techniker und Tüftler revolutionierten die Verfahren, erfanden neue Materialien, konstruierten neue Maschinen und trugen so zum Siegeszug der gedruckten Medien bei.



Einzelbuchstaben-
Setzmaschinen
(Monotype)

1986

Höher, schneller, mehr: Zeitungsdruck und -verarbeitung entwickelten sich ununterbrochen weiter. Das zeigte auch die drupa 1986.



Die rechnergestützte Text- und Bildverarbeitung führte nicht nur zu heftigen Auseinandersetzungen der Tarifpartner. Sie veränderte auch radikal die Prozesse in der Druck- und Medienwirtschaft.

Die Tiegeldruckpresse. Entwickelt im 19. Jahrhundert für den Buchdruck, heute gern noch zum Stanzen im Einsatz.





2018

Ermittlung der Druckkennlinien mit Hilfe einer Testform.



Tonnenschwer sind heute die Papierrollen in der Druckindustrie. Damit ist die Produktion hoher Auflagen in kürzester Zeit möglich.

Vor diesem Hintergrund nahm und nimmt der Verband als technischer Fachverband eine Schlüsselrolle ein. Er befindet sich im kontinuierlichen Austausch mit der Zulieferindustrie, etwa um Produktverbesserungen zu fördern, Materialstandards zu setzen oder verbindliche Regelungen für die technische Abnahme von Druck- und Weiterverarbeitungsmaschinen zu schaffen oder weiterzuentwickeln.

Vor allem im Hinblick auf den Umweltschutz und die Arbeitssicherheit setzt sich der Verband aktiv gegenüber Ministerien und Behörden für die Branche ein, um überzogene Anforderungen und ungerechtfertigte wirtschaftliche Belastungen von den Mitgliedsunternehmen abzuwenden. Gleichzeitig gründet und begleitet er Initiativen wie die Klimainitiative und die Selbstverpflichtung zum nachhaltigen Umgang mit Papier (AGRAPA). Auf diese Weise belegt der bvdm das Verantwortungsbewusstsein der Branche und schützt sie gegen Kritik von außen.

Das Referat Technik+Forschung/Umweltschutz und Arbeitssicherheit und sein Ausschuss

- sorgen für einen breiten Wissenstransfer in die Branche,
- initiieren und fördern Verfahrens- und Produktverbesserungen,
- fördern Innovationen,
- organisieren Workshops und Fachveranstaltungen,
- erarbeiten Lösungen durch eine anwendungsbezogene Forschung,
- erhöhen die Wirtschaftlichkeit der Betriebe durch die Standardisierung von Prozessen,
- publizieren Grundsatzschriften sowie Leitfäden und
- setzen sich national und international für Normungen im Sinne der hiesigen Druckindustrie ein.

Zu den wichtigsten technischen Standardwerken der jüngeren Verbandsgeschichte gehören der „ProzessStandard Offsetdruck“ (Erstveröffentlichung 2011) und die „Altona Test Suite“ (Erstveröffentlichung 2004).

ProzessStandard Offsetdruck

Tausende Druckvorstufenbetriebe und Akzidenzdruckereien produzieren heute erfolgreich nach dem „ProzessStandard Offsetdruck“. Das Handbuch bzw. die entsprechende Zertifizierung gilt als die Referenz für die qualitätsorientierte industrielle Fertigung von Druckerzeugnissen. Es orientiert sich an den Vorgaben der internationalen Normung und versetzt Unternehmen in die Lage, ihre Prozesse in allen erforderlichen Arbeitsschritten so einzurichten, zu steuern und zu kontrollieren, dass sie die Sollwerte innerhalb der vorgegebenen Toleranzen sicher und effizient erreichen. Von zusätzlichem großem Wert sind umfassende Ausführungen zur Anwendung moderner Mess- und Betrachtungstechnik und zu den Auswirkungen von Bedruckstoff- und Druckfarbeneigenschaften auf die Druckqualität. Im Oktober 2012 erschien eine erweiterte überarbeitete Ausgabe.



Zertifizierte Qualität

Mit dem PSO-Zertifikat dokumentieren Druck- und Medienbetriebe, dass sie mit konstanter hoher Qualität produzieren.



Praxisorientiert

Eine 2016 erschienene Revision ergänzte das Handbuch um Standard-Druckbedingungen und technische Rahmenbedingungen.

Altona Test Suite

Die „Altona Test Suite“ ist ein Standard-Prüfmittel, das weltweit mittlerweile Tausende Druck- und Medienbetriebe sowie Systemhersteller nutzen. Der bvdM leistete damit als federführender Autor und Herausgeber einen wichtigen Beitrag zur internationalen Einführung, Anwendung und Weiterentwicklung der Prozess-Standardisierung gemäß der Normenserie ISO 12647. Projektpartner waren die European Color Initiative, die Fogra und die Ugra. Darüber hinaus haben Druckereien, Unternehmen der Medienvorstufe sowie Hersteller von Materialien und Systemen (Papier, Druckmaschinen, Software) zu der Erarbeitung des Anwendungspaketes mit zahlreichen kostenfreien Leistungen beigetragen.

Die „Altona Test Suite“ wurde 2005 erweitert und 2013 vollständig als Version 2.0 überarbeitet sowie mit Rollenoffset-Referenzen auf den Stand des „ProzessStandard Offsetdruck“ von 2012 gebracht. Das letzte Update der Referenzdaten erfolgte 2016.



ATS 2.0

Die Altona Test Suite umfasst 87 Referenzdateien, 52 Referenzdrucke DIN A3 nach ISO 12647 und eine 176-seitige Dokumentation in deutscher und englischer Sprache.

Das Umweltbewusstsein der Branche

Als einer der ersten Wirtschaftsverbände in Deutschland zeigte der bvdM bereits 2008 die Möglichkeiten zum Klimaschutz in seiner Branche auf und begann, Unternehmen bei der Umsetzung konkret zu unterstützen. Heute ist die Klimainitiative der Druck- und Medienverbände ein vielbeachtetes Instrument des Klima- und Umweltschutzes.

Aufgrund der Nachhaltigkeit der Klimainitiative und der Tatsache, dass damit nachweislich die Nachhaltigkeitsziele der Bundesregierung unterstützt werden, wurde sie bereits bei der Gründung vom Bundesumweltministerium und damit durch den Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Sigmar Gabriel, offiziell anerkannt. Diese Unterstützung setzte sich ungebrochen fort und wurde im Jahr 2018 unter Bundesministerin Barbara Hendricks erneut offiziell bestätigt.



Nachhaltigkeit für Betriebe

Teilnehmende Unternehmen belegen mit dem Emblem „Mitglied der bvdM-Klimainitiative“ ihr Engagement für den Klimaschutz.

Deutsche Einheit

Vor der Wiedervereinigung bestand die Druckindustrie aus 7.770 Industriebetrieben, fast 6.000 von ihnen waren verbandlich organisiert. Ihrer Struktur nach bildeten sie in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre noch eine mehrheitlich klein- und mittelständische Branche, die von inländischen Auftraggebern abhing (Exportquote knapp unter zehn Prozent) und meist inhabergeführt und personalintensiv war (etwa 60 Prozent Facharbeiter).

Das Verbindungsbüro

Die DDR war bereits im Herbst 1989 „ein implodierender Staat“: Massenflucht und Demonstrationen in allen großen Städten führten in der Nacht vom 9. zum 10. November 1989 zum Fall der Mauer und zum Zerfall der Nomenklatura staatlicher Macht. Mit dem Reformkurs der Sowjetunion unter Michael Gorbatschow kam es in der DDR wie in anderen osteuropäischen Ländern zu einer Revolution, die sich auf alle politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Verhältnisse in Deutschland auswirkte. Die Entscheidungen des Wandels in Ost und West lagen fast über Nacht „größtenteils in den Händen der jeweils zuständigen Verbände der Druckindustrie auf Landes- oder Regionalebene“. So eröffnete der Bundesverband Druck bereits im Januar 1990 ein Verbindungsbüro in Leipzig, um die privaten Druckereien aus der ehemaligen DDR und Existenzgründer dabei zu unterstützen, sich in der sozialen Marktwirtschaft zurechtzufinden und wie in der alten Bundesrepublik Landesverbände aufzubauen.

Im Januar 1990 fanden erste Treffen zwischen dem Bundesverband Druck, der organisatorisch die privaten Handwerksbetriebe vertretenden

„Drucker-Innung“ und der aus den vormals staatlichen und nun privatisierten Druckerei-Großbetrieben hervorgegangenen „Unternehmensvereinigung Polygrafie“ statt. Schnell unternahm der Bundesverband erste Schritte, um die Druckbetriebe der bald ehemaligen DDR zu unterstützen. In einer eigens aufgelegten Broschüre hieß es: „Die Druckereien in der DDR stehen vor einer großen Herausforderung. Die Entscheidung für ein freiheitliches Gesellschaftssystem ist gleichzeitig die Entscheidung für die soziale Marktwirtschaft. Eine Gemeinschaft der privaten Druck-Unternehmer erleichtert den Wechsel und ebnet den Weg in den Markt: ihr Verband.“

Der damalige Präsident des BVD, Hans-Otto Reppekus, hatte bereits anlässlich des ersten deutsch-deutschen Druckertreffens formuliert: „Unsere Sympathie gilt den privaten Unternehmern, den privaten Druckern in der DDR. Sie haben in den langen Jahren, in denen alles Private in der DDR verpönt war, in denen die Unterdrückung der Eigeninitiative ein Hauptziel des Staates war, gekämpft für ein Stück Freiheit in der Wirtschaft. Die politische Umwälzung in ihrem Teil Deutschlands, die friedliche Revolution der Menschen hat auch wirtschaftliche Konsequenzen. Wer Freiheit bejaht, bejaht auch die soziale Marktwirtschaft, denn nur dort kann sich die Freiheit des einzelnen Menschen und des selbständigen Unternehmers entfalten.“

Schnell unternahm der Bundesverband Maßnahmen, um die Druckbetriebe der bald ehemaligen DDR zu unterstützen.

Die Gründung neuer Landesverbände

Noch im selben Jahr erfolgte das Gründungstreffen des Landesverbandes Berlin-Brandenburg. Anders als bei den innungsgebundenen Privatbetrieben, die zehn Prozent der Druckereien in der DDR ausmachten und technologisch veraltet waren, stellten die Mitarbeiter der staatlich geförderten Druckereien beim Wechsel in westliche Betriebe teils fest, dass dort ein technologischer Rückstand gegenüber ihrem früheren Arbeitgeber bestand. Die Druck- und Papierindustrie sowie die Verlage unterstanden nämlich der „VOB-Zentrag“ (Vereinigung Organisationseigener Betriebe – Zentrale Druckerei- und Einkaufsgesellschaft m.b.H.), die das SED-Zentralkomitee direkt führte.

Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der gesamtdeutschen Druck- und Medienwirtschaft erreichte 1990 mit 234.625 einen Höchststand seit Beginn ihrer Erhebung in den 1970er Jahren. Die Druckereien in den fünf neuen Bundesländern begannen früh, sich den westdeutschen Landesverbänden in ihrer Struktur anzupassen.

Mecklenburg-Vorpommern schloss sich dem Verband der Druckindustrie Nord mit Sitz in Hamburg an und gehört damit heute zum „Verband Druck + Medien Nord-West“. Im Mai 1990 gründete sich in Zwickau der Verband Sachsen und Thüringen, nur wenige Monate später gehörte auch Sachsen-Anhalt dazu und seit 2010 firmieren sie unter dem Namen „Verband Druck und Medien Mitteldeutschland“. Der Verband hat seine Verbandsgeschäftsstelle in Leipzig.

Ostberlin und Brandenburg wurden durch die Verbände Westfalen-Lippe und die Berliner Druckindustrie betreut. In den Jahren nach 2010 schloss sich der daraus entstandene Landesverband Berlin-Brandenburg dem Verband in Niedersachsen an und firmiert nun mit Sitzen in Hannover und Berlin unter „Verband Druck und Medien NordOst“.

Die Verbände Druck und Medien

Mit acht Landesverbänden sind die Verbände Druck und Medien für ihre Mitglieder vor Ort aktiv.



Politische Interessenvertretung und Umzug nach Berlin

Schon vor der Auflösung der innerdeutschen Grenze wurde 1989 eine Bilanz des eigenen Handelns gegenüber der politischen Öffentlichkeit und ihren Vertretern notwendig. Eine 44-seitiges Positionspapier definierte das eigene Selbstverständnis und zeigte die Ziele des Verbandes auf. Im Vorwort verwies der damalige Verbandspräsident Hans-Otto Reppekus mit einem eindrucksvollen Statement traditions- und selbstbewusst auf die Vorleistungen der Branche, die berechtigterweise „auf diese Leistungen und ihren Beitrag zur Demokratie stolz ist“.

Der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband verpflichtete sich, weiterhin gleichermaßen „große Anstrengungen“ auf den Gebieten der klassischen „Druckverfahren und der elektronischen Informationsverarbeitungsprozesse“ zu unternehmen und aktiv an der Gestaltung wirtschafts- und unternehmerfreundlicher Rahmenbedingungen mitzuarbeiten. Dazu präsentierte der Verband einen Katalog begründeter Forderungen, die er der Gesetzgebung der staatlichen Institutionen und den Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung überreichte.

Das Positionspapier des bvdm von 1989 definierte das eigene Selbstverständnis und zeigte die Ziele des Verbandes und der Branche auf.



Aktualisierte Neuauflage

In seinem Grundsatzpapier von 2017 präsentierte der bvdm aktuelle Positionen, Forderungen und Ziele der Druck- und Medienbranche.

Politische Kernforderungen

27 Forderungen sind die Leitlinien für die politische Arbeit des Bundesverbandes im Sinne wirtschafts- und unternehmerfreundlicher Bedingungen für die Druck- und Medienwirtschaft.

1. Sozialpolitik muss Wettbewerbsfähigkeit sichern
2. Die Mitbestimmung nicht ausweiten
3. Die Belastungen durch Sozialabgaben abbauen
4. Die Überstunden nicht gesetzlich einschränken
5. Die Transparenz des Arbeitsmarktes erhöhen
6. Arbeit flexibel gestalten
7. Die Grundbildung in den Sekundarstufen verbessern
8. Das duale System stärken
9. Arbeitsplatz als Mittelpunkt der Berufsausbildung beibehalten
10. Die Berufsberatung branchenorientierter ausrichten
11. Rahmenbedingungen für die Berufsausbildung anpassungsfähiger machen
12. Mehr Praxis für Berufsschullehrer
13. Unnötige Reglementierungen bei der Weiterbildung vermeiden
14. Die Steuerbelastung verringern
15. Die ertragsunabhängigen Steuern streichen
16. Die Gewerbesteuer abschaffen
17. Den nichtentnommenen Gewinn begünstigen
18. Die Rechtsformen steuerneutral gestalten
19. Die Drucktätigkeit der öffentlichen Hand abbauen
20. Die Werbung nicht diffamieren
21. Die Postgebühren stabil halten
22. Die Beratungsförderung fortsetzen
23. Die Bilanzrichtlinien der EG entschärfen
24. Die Druckindustrie in die Technologiepolitik eingliedern
25. Die Gemeinschaftsforschung stärken
26. Die Fördermaßnahmen gezielt einsetzen
27. Im Umweltschutz vertrauensvollere Zusammenarbeit auf sachlicher Grundlage

Digitalisierung schafft neue Aufgaben

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts veränderten sich die Kommunikations-, Mobilitäts-, Investitions- und Produktionsprozesse in nie dagewesener Geschwindigkeit. Zu den neuen Herausforderungen zählten die „Revolution der Digitalisierung“ in den Produktionsprozessen, die Veränderung der Märkte, sinkende Werbeeinnahmen im Verlagswesen und der steigende Wettbewerb aus dem Ausland.

Dies sorgte für eine bewusste Erweiterung des Blickfeldes des Verbandes auf das Medium Druck und auf die erforderlichen Kompetenzen, mit denen sich Unternehmen behaupten können. Gerade den kleinen und mittleren Betrieben schrieb der Verband Chancen zu aufgrund

- ihres Innovationspotenzials,
- der schnellen Umsetzung von Ideen durch die persönliche Nähe von fachlich ausgebildeter Betriebsleitung und Beschäftigten,
- ihrer größeren Flexibilität bei der Umsetzung der Trends in den Bereichen Kleinauflagen und Digitaldruck,
- der Nutzung der Möglichkeiten einer fast unbegrenzten Vielfalt zu bedruckender Materialien sowie
- einem Vollzug des Wandels zu einem betrieblichen Selbstverständnis als Multimedia-Dienstleister.

Mit der Umbenennung von „Bundesverband Druck e.V.“ zu „Bundesverband Druck und Medien e.V.“ (bvdm) unterstrichen die organisierten Unternehmer im Jahr 2000 die Ausrichtung von einer reinen Druck- zur Multimediaindustrie. Der bvdm, insbesondere das Referat Technik+ Forschung, stellte Arbeitsgruppen zum Thema Digitalisierung



Der Digitaldruck-Kongress (ddk)

Dr. Paul Albert Deimel, Hauptgeschäftsführer des bvdm, und Sabine Geldermann, Director drupa, eröffnen im Februar 2018 den dritten Digitaldruck-Kongress in Düsseldorf.

auf, veranstaltete Workshops, verfasste zehn Jahre später bereits ein Grundsatzpapier zum Thema Druckindustrie 4.0, publizierte Leitfäden zur Datensicherheit und richtet regelmäßig den Digitaldruck-Kongress in Düsseldorf aus.

Der zweite Umzug nach Berlin

Sowohl in den 1990er Jahren als auch zu Beginn des neuen Jahrtausends wurde immer wieder die Frage der Verlegung der Verbandsgeschäftsstelle von Wiesbaden in die Bundeshauptstadt gestellt, aber überwiegend nur informell diskutiert und blieb in den Gremien ohne konkrete Beschlussfassung. Während die Befürworter eines Umzuges nach Berlin auf die Nähe zum bundesdeutschen Politikbetrieb und die dadurch wachsenden Einflussmöglichkeiten verwiesen, vor allem aber die Chance auf eine stärkere Bündelung der Kräfte mit benachbarten Verbänden sahen, konterten die Kritiker eines Wechsels, dass der Schwerpunkt der Druck- und Medienwirtschaft im Westen und Süden der Republik läge und damit näher zu Wiesbaden. Dies ließe Tuchfühlung und einen engen Austausch mit den Mitgliedsunternehmen

Befürworter eines Umzuges nach Berlin verwiesen auf die Nähe zum bundesdeutschen Politikbetrieb und die dadurch wachsenden Einflussmöglichkeiten.

zu. Auch befänden sich die wichtigsten Zulieferer der Branche sowie die branchenrelevanten Hochschulen Stuttgart, München und Wuppertal im Süden und Westen. Termine mit Politik und Behörden in Berlin könne man auch mittels Dienstreisen organisieren.

Gegen Ende des ersten Jahrzehntes spitzte sich die Debatte zu und führte im Jahr 2010 zur Konfrontation der Protagonisten auf der ordentlichen Mitgliederversammlung. Am 15. April 2010 in Berlin sah der Tagesordnungspunkt 7 dieser Hauptvorstandssitzung den Antrag des Verbandes Druck und Medien Niedersachsen „Umzug des bvdm nach Berlin“ vor. Der damalige Vorsitzende des Landesverbandes Niedersachsen, Frank Dahmann, begründete den Antrag mit der Überzeugung, dass Lobbyarbeit immer wichtiger werde. Dafür und für das hierzu notwendige Netzwerk müsse man in Berlin sein.

Das Präsidium sprach sich durch seinen Präsidenten Rolf Schwarz einstimmig dagegen aus. Es befürwortete die Eröffnung eines Hauptstadtbüros „im Zusammenhang mit der [Anm.: damals geplanten und später verworfenen] Fusion der Verbände Nord und Berlin-Brandenburg und der Begründung des Verbandssitzes dieses neuen Verbandes in Berlin“. Jetzt durch eine Satzungsänderung verbindliche Fakten zu schaffen, sei keine sachgerechte Entscheidung.

Die auf Antrag des Präsidiums geheim durchgeführte Abstimmung ergab 41 Ja-Stimmen für den niedersächsischen Antrag, zwei Enthaltungen und 32 Nein-Stimmen. Der Antrag des Verbandes Niedersachsen wurde also mit einfacher Stimmenmehrheit abgelehnt. Benötigt hätte man für eine Zweidrittelmehrheit 47 Delegiertenstimmen.

Damit trat die Zerrissenheit der Verbandsorganisation in dieser Frage offen zutage. Zwar hatten die Umzugsbefürworter in den Landesverbänden die satzungsändernde Mehrheit verpasst, sie hatten jedoch gezeigt, dass es eine klare Mehrheit für Berlin im Hauptvorstand gab. Es sei nur angemerkt, dass man auch mit dieser einfachen Mehrheit sein Ziel hätte erreichen können: Die Satzung legte zwar in § 1 den juristischen Sitz des Vereins in Wiesbaden fest, nicht jedoch den Ort der Geschäftsstelle. Diesen hätte man mit einfacher Mehrheit bestimmen und damit nach Berlin verlegen können. Damit wäre das Ziel der Verankerung der Verbandsaktivitäten in der Hauptstadt erreicht gewesen. Beantragt worden war aber die Satzungsänderung.

Mit diesem Beschluss war die Verbandsorganisation aus Bundesverband und elf Landesverbänden nicht zufrieden. Die Diskussion schwelte weiter. Jedes Jahr wäre ein neuer Antrag möglich gewesen. Aber Ruhe und auch Sicherheit für die Mitarbeiter des bvdm stellten sich so nicht ein. In dieser Situation erklärte der Hauptgeschäftsführer Thomas Mayer, der zu den entschiedenen Kritikern des Ortswechsels gehörte, seine Absicht, den bvdm zum Herbst des Jahres zu verlassen.

Sein Nachfolger im Amt, Dr. Paul Albert Deimel, trat mit seinem Eintritt in den Bundesverband ein schwieriges Erbe an. Dies umso mehr, als der bvdM nur kurze Zeit später aufgrund der wirtschaftlichen Krise der Branche unter finanziellen Druck geriet. Schon im Jahr 2011 wurde daher eine Reorganisation in Angriff genommen, bei der die Hauptgeschäftsführung auch die Sitzfrage erneut thematisierte. Vor diesem Hintergrund wurden die Fakten pro und kontra Umzug unvoreingenommen zusammengetragen, die Kosten beziffert und Argumente bewertet, um sie dem Präsidium und dem Hauptvorstand zur abschließenden Entscheidung vorzulegen – mit der klaren Maßgabe, dass dieses Ergebnis dann von allen akzeptiert werden würde.

Im Vorfeld der anstehenden Hauptvorstandssitzung war den Delegierten eine Ausarbeitung unter dem Titel „Für und Wider einer Sitzverlegung“ ohne Gewichtung zugesandt worden, sodass sich jeder Delegierte eine Meinung bilden konnte. Dieses Bestreben zur Versachlichung wurde wiederum mit einem satzungsändernden Antrag kombiniert, damit eine Entscheidung nur mit deutlichem Mehrheitsvotum des Hauptvorstandes möglich war.

Das Präsidium erklärte in der außerordentlichen Hauptvorstandssitzung am 10. November 2011 in Frankfurt a. M. zu Beginn der Aussprache über den Antrag, dass es sich in Würdigung der Fakten und nach Gewichtung der Beurteilungskriterien sowie durchgeführter Bewertung einstimmig für die Sitzverlegung des Verbandes nach Berlin ausspreche.

Der Wechsel nach Berlin war also mit nur einer Stimme mehr als nötig beschlossen worden.

Nachdem dieses Mal der Antrag eines Delegierten auf verdeckte Abstimmung abgelehnt worden war, erfolgte die Abstimmung über den Antrag des Präsidiums mit einer Enthaltung, 16 Gegenstimmen und 55 Stimmen für die Satzungsänderung. Da 71 gültige Stimmen abgegeben worden waren, betrug das notwendige Quorum 53,25, aufgerundet 54 Stimmen. Der Wechsel nach Berlin war also mit deutlichem Meinungsbild, jedoch nur einer Stimme mehr als nötig beschlossen worden.

Gut ein Jahr später, im Dezember 2012, nahm der bvdM mit insgesamt 16 Mitarbeitern seinen Sitz juristisch und mit seiner in der Friedrichstraße gelegenen Geschäftsstelle in Berlin-Mitte ein. Er startete mit erfahrenen, teils langjährigen Mitarbeitern aus Wiesbaden sowie zur Hälfte mit neuen, in Berlin geworbenen Kräften.

2013

Unternehmerforum

Nach dem Umzug des Verbandes nach Berlin fand das Unternehmerforum 2013 im Maritim Pro Arte Hotel in der Friedrichstraße statt. Hier wurden die aktuellen steuerpolitischen Konzepte mit Politikern aus den Bundestagsfraktionen diskutiert.



Der bvdm empfing die Teilnehmenden in seinen neuen Geschäftsräumen in der Berliner Friedrichstraße.



Der traditionelle Abend der Druckindustrie fand im Museum für Kommunikation statt.



Kontakte herstellen, Netzwerke fördern, Verbindungen schaffen gehört zu den politischen Aufgaben des Bundesverbandes in Berlin.

Lobbying in Berlin und Brüssel

Die immer wichtigeren Institutionen der Europäischen Union, die den freien Warenverkehr und die Mobilität der Menschen verbessern sollen, erfordern national und international eine qualitativ aufgestellte und inhaltlich gebündelte Lobbyarbeit in Berlin und Brüssel. Hierfür plädierten auch der damalige Präsident Rolf Schwarz und der Hauptgeschäftsführer Dr. Paul Albert Deimel im Editorial des Jahresberichts 2010/2011 einheitlich: „Wir sehen Lobbying als Strategieberatung und Expertenwissen für die politische Arbeit.“

Netzwerk der Interessenvertretung

Der Umzug der Hauptgeschäftsstelle des bvdm von Wiesbaden nach Berlin hatte hierfür eine wichtige Voraussetzung geschaffen: Kürzere Wege und eine engere Vernetzung mit dem Politikbetrieb, mit Behörden und mit anderen Branchen- und Arbeitgeberverbänden in der Bundeshauptstadt erleichtern das Handeln. Die Nähe zu Entscheidern beschleunigt die Kommunikation, und persönliche Kontakte ermöglichen unkomplizierte Abstimmungen. Auf diese Weise hat der bvdm seine Stärke ausgebaut, seinen Aktionsradius erweitert und ist noch besser in der Lage, Unternehmerinteressen der Druck- und Medienbranche zu vertreten und durchzusetzen.

Der Verband setzt sich aktiv in Gesetzgebungsverfahren für die Belange der Branche ein: über den persönlichen Kontakt zu Politik und Behörden ebenso wie über Stellungnahmen an Ministerien und Ausschüsse des Deutschen Bundestags. Er arbeitet in enger Abstimmung mit den in Berlin und Bonn ansässigen Partnerverbänden der Verlagsbranche, der Papierherstellung und -weiterverarbeitung sowie der Farbindustrie.

Starke Partner vor Ort

In Kooperation mit Dachverbänden, wie der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, dem Unternehmerverband des Handwerks als mittelstandspolitischer Interessenvertretung sowie dem Zentralverband der Werbewirtschaft, ist der bvdm heute in Prozessen der politischen Entscheidungsfindung eine angesehene Organisation.

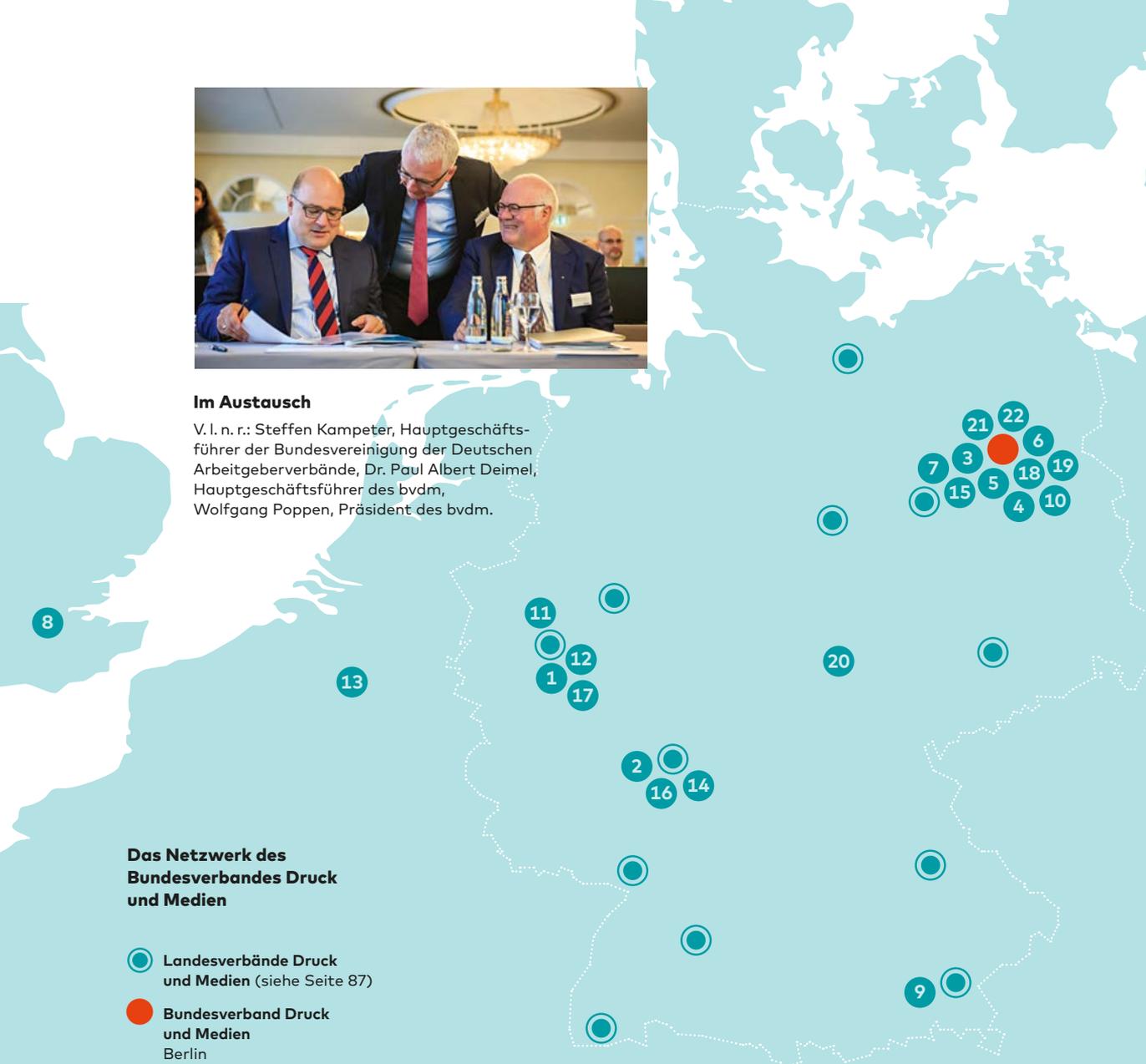
Als Mitglied der Fespa ist der bvdm ein Teil des internationalen Netzwerks von Konferenzen und Ausstellungen für die Sieb-, Digital- und Textildruckbranche.

Auf europäischer Ebene ist Intergraf, der europäische Dachverband für Print und digitale Kommunikation, für die Wahrung der Interessen der Druckindustrie zuständig. Der Grundstein für die europäische Zusammenarbeit der Druckindustrie wurde 1930 in Berlin gelegt, und der bvdm ist seit der Gründung, damals unter dem Namen „International Bureau of the Federation of Master Printers“, langjähriges Mitglied. Über die kontinuierliche Mitarbeit in den führenden Gremien von Intergraf sichert der bvdm den deutschen Einfluss der Branche in Europa.



Im Austausch

V. l. n. r.: Steffen Kampeter, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Paul Albert Deimel, Hauptgeschäftsführer des bvdM, Wolfgang Poppen, Präsident des bvdM.



Das Netzwerk des Bundesverbandes Druck und Medien

-  Landesverbände Druck und Medien (siehe Seite 87)
-  Bundesverband Druck und Medien Berlin

- | | | |
|---|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> 1 Berufsgenossenschaft Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse (BG ETEM) Köln 2 Börsenverein des Deutschen Buchhandels Frankfurt am Main 3 Bundesverband Deutscher Anzeigenblätter (BVDA) Berlin 4 Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) Berlin 5 Bundesverband E-Commerce und Versandhandel (bevh) Berlin 6 Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) Berlin 7 DIN Deutsches Institut für Normung Berlin | <ul style="list-style-type: none"> 8 FESPA Dorking 9 Fogra Forschungsgesellschaft Druck Aschheim 10 Hauptverband Papier- und Kunststoffverarbeitung (HPV) Berlin 11 Initiative Online Print Essen 12 Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) Köln 13 Intergraf Brüssel 14 Verband der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie (VdL) Frankfurt am Main 15 Verband Deutscher Lokalzeitungen (VDL) Berlin | <ul style="list-style-type: none"> 16 Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) Frankfurt am Main 17 Verband Deutscher Papierfabriken (VDP) Bonn 18 Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) Berlin 19 ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Berlin 20 Zentral-Fachausschuss Berufsbildung Druck und Medien (ZFA) Kassel 21 Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft (ZAW) Berlin 22 Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) Berlin |
|---|---|--|



Epilog

150 Jahre als ältester und traditionsreichster deutscher Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband verpflichten. Wie auch die kulturhistorische Bedeutung der Erfindung Gutenbergs verpflichtet. Denn ohne sie wäre die Entwicklung einer modernen Gesellschaft nicht möglich gewesen.

Die aktuellen Entwicklungen verlangen der Druckindustrie die größte Veränderungsbereitschaft ihrer Geschichte ab. Der Medienwandel mit all seinen Konsequenzen hat weit größeren Einfluss auf die Branche als die Erfindung des Hörfunks, des Films und des Fernsehens. Und er wird in den nächsten Jahren noch weitere und größere Herausforderungen an die technologische, geschäftspolitische, strategische Ausrichtung und Wertschöpfungstiefe unserer Unternehmen stellen als bisher. Drucken wird dabei von der Hauptaufgabe möglicherweise manchmal auch zur – nicht immer – zwingenden Nebenbedingung für den Geschäftserfolg.

Darauf müssen sich die klein- und mittelständischen Betriebe unserer Branche mit ihrem Potenzial zur kreativen und reaktionsschnellen Veränderungsfähigkeit, aber auch ihren Limitierungen aufgrund ihrer Größe einstellen.

Insgesamt erstrecken sich die Themen, mit den sich die Druck- und Medienunternehmen in näherer Zukunft verstärkt beschäftigen müssen, über alle Felder unternehmerischer und betriebswirtschaftlicher Provenienz. Es seien hier nur einige genannt:

Datenmanagement, die wachsende Bedeutung des Onlinegeschäfts, die Digitalisierung von Prozessen, zukunftsorientierte Personalentwicklung, Unternehmensnachfolge, Fullfilment, Kooperationen, Make-or-buy-Entscheidungen und vieles mehr. Dass nicht jedes Thema für jeden gleich wichtig und gleich zielorientiert ist, versteht sich dabei von selbst.

Es wird auch in Zukunft viel und auf hohem Niveau gedruckt werden. Und es wird auch in Zukunft viel zu tun geben für die Verbandsorganisation der Branche. Dafür bedarf es eines solidarischen Zusammenschlusses vieler Betriebe – um gehört zu werden und die erfolgsrelevanten Belange durchzusetzen.

Aus- und Weiterbildung werden in Zeiten des Fachkräftemangels noch dringlicher als bisher. Konsensual entwickelte Arbeitsbedingungen auf vertretbarem Niveau sind die Grundlagen einer freiheitlichen und sozialen Marktwirtschaft. Guter Arbeits- und Gesundheitsschutz sind ebenso wie eine nachhaltige Produktion heute selbstverständlich. Gattungs- und Branchenmarketing müssen zeigen, wo die Stärken von Print liegen und welche Potenziale noch gehoben werden können. Die Einwirkung auf internationale Normungsprozesse stärkt den hohen deutschen Druckstandard weltweit. Kongresse und Symposien schaffen Netzwerke für den notwendigen Austausch und zum Lernen voneinander. Und Branchenbefragungen des bvdM sowie die von ihm ausgewerteten Branchenstatistiken bieten der Politik, Behörden, Zulieferern, den Medien und anderen für die Branche wichtigen Zielgruppen einen unverstellten Blick auf die Situation der Industrie.

In dieser komplexen Lage kommt der Unterstützung der Unternehmen durch die Druck- und Medienverbände eine große Bedeutung zu. Denn im bvdM und seinen Landesverbänden werden die Anliegen und Fragestellungen der Praxis gebündelt und beantwortet, Unternehmen miteinander in kollegialen Austausch gebracht und fundierte Informationen sowie zeitgemäße Dienstleistungen für die betriebliche Weiterentwicklung bereitgestellt.

Und selbstverständlich gilt es, die Interessen der Branche gegenüber Politik, Behörden, Zulieferern und Gewerkschaften mit ganzer Kraft zu vertreten. Dies wird in Zukunft wichtiger denn je.

Gott grüß' die Kunst!



Dr. Paul Albert Deimel
Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes
Druck und Medien e.V.

Impressum

Herausgeber

Bundesverband Druck und Medien e.V. (bvdm)

Chefredaktion

Bettina Knappe, Lena Renz (bvdm)

Texte

Dr. Paul Albert Deimel, Bettina Knappe, Lena Renz (bvdm)

Anette Jacob (ZFA)

Dr. Harry Neß (Internationaler Arbeitskreis für Druck- und Mediengeschichte, IADM)

Bild- und Schlussredaktion

Bettina Knappe, Lena Renz

Projektleitung

Bettina Knappe

© 2019 Bundesverband Druck und Medien e.V.

Friedrichstraße 194–199 | 10117 Berlin
Telefon +49 30 209 139-0 | Fax +49 30 209 139-113
info@bvdm-online.de | bvdm-online.de

Besonderer Dank gilt den Archiven und Bibliotheken der Friedrich-Ebert-Stiftung, des Gutenberg-Museums und des Karl-Richter-Vereins sowie des ZFA.

Das Werk einschließlich seiner Einzelbeiträge und Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt.

Ein Quellen- und Literaturverzeichnis findet sich beim IADM unter:
arbeitskreis-druckgeschichte.de

Alle Bilder sowie sämtliche Grafiken soweit nicht anders vermerkt: bvdm.

Gestaltung und Satz

Das Büro des Präsidenten, Berlin

Druck und Verarbeitung

Rheinische DruckMedien GmbH

Papier

Umschlag: 3UPM Finesse Premium Silk
Innenteil: 130g Lumipress Silk PEFC



Bildnachweis

S.5: Bundesregierung/Steffen Kugler; **S.12:** Unbekannt (Wikimedia Commons), „Maerz1848 berlin“, gemeinfrei; **S.13:** Ludwig von Elliot (Wikimedia Commons), „Zeitgenössische Lithografie der Nationalversammlung in der Paulskirche“, gemeinfrei; **S.14:** druckwelt, Nr.28, 1969; **S.15 oben:** Heller, Alfred: Der Deutsche Buchdrucker-Verein und sein Werden in fünfzig Jahren, 1919, S.2; **S.15 unten:** Annalen der Typographie, Nr.3, 1869, S.23; **S.16:** Heller, Alfred: Der Deutsche Buchdrucker-Verein und sein Werden in fünfzig Jahren, 1919, S.9; **S.17:** Mitteilungen für die Mitglieder des Kreises III (Main) des Deutschen Buchdrucker-Vereins, 2. Mai 1909, S.8/10; **S.21:** Rauert, Johann: Ausbau und Leistungen der Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker, 1910, S.118; **S.22:** Unbekannt (Wikimedia Commons), „Börsenkatastrophe Wien 1873“, gemeinfrei; **S.24:** Unbekannt (Wikimedia Commons), „Wilhelm II und Bismarck“, gemeinfrei; **S.25:** Waldemar Titzenthaler (Wikimedia Commons), „Waldemar Titzenthaler – Berliner Unfall- und Rettungswachen“, gemeinfrei; **S.26:** Reichskanzler-Amt (Wikimedia Commons), „Reichsgesetzblatt34 1878“, gemeinfrei; **S.27:** BG ETEM; **S.28:** Rauert, Johann: Ausbau und Leistungen der Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker, 1910 (modifiziert); **S.30:** Wilhelm II. (Wikimedia Commons), „Kriegserklärung Erster Weltkrieg“, gemeinfrei; **S.31 oben:** Ludwig III. (<https://www.bavariathek.bayern/>), „An Meine Bayern!“, Unterrichtsmaterial, Haus der Bayerischen Geschichte, Augsburg; **S.31 unten:** Hans Gerner (<https://www.schule-bw.de/>), „Das Kanonenfutter“, Sonntagszeitung, Nr.31, 1928, gemeinfrei; **S.33:** Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker und verwandte Gewerbe, Nr.70, 31.08.1926; **S.35 oben links:** Unbekannt (Wikimedia Commons), „Bundesarchiv Bild 183-R99859, Berlin, brennender Reichstag (Reichstagsbrand)“, gemeinfrei; **S.35 oben rechts:** Heinrich Vogeler (Wikimedia Commons), „Heinrich Vogeler-Das Dritte Reich-1934“, gemeinfrei; **S.35 unten:** Reichspräsidentenwahl 1932 (Wikimedia Commons), „Stimmzettel zur Reichspräsidentenwahl 1932“, gemeinfrei; **S.36:** Lehmann, Ernst Herbert: Gestaltung der Zeitschrift, 1938, S.52/53; **S.39 oben:** User St.Krekeler auf de.wikipedia (Wikimedia Commons), „Marshallplanhilfe“, gemeinfrei; **S.39 unten:** Der graphische Markt, Jg.4 (10), 30.04.1949; **S.40:** Grenzkommando Küste (Wikimedia Commons), „Merkblatt Grenze DDR 2“; **S.41:** Der Druckspiegel, Jg.1 (1), 30.05.1946; **S.44:** Oscar Begas (Wikimedia Commons), „Leopold Ullstein by Oscar Begas, 1882“, gemeinfrei; **S.47:** David Ausserhofer; S.54, **S.55 oben:** Archiv für Buchgewerbe und Gebrauchsgrafik: Ein halbes Jahrhundert Deutscher Buchgewerbeverein – 1884–1934, Jg.71 (10), 1934; **S.56 oben links, unten:** Christian A. Werner; **S.59:** Graphische Woche, Nr.1, 10.01.1955, S.4; **S.60:** druckwelt, Nr.27, 1969; **S.65:** Weckner, H.-J. in: Ilse Schütte (Hrsg.), Technikgeschichte als Geschichte der Arbeit, 1981, S.125; **S.71 oben:** Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker und verwandte Gewerbe, Nr.26/27, 01.04.1926, Nr.57, 16.07.1926, Nr.63, 06.08.1926, Nr.92, 16.11.1926; Rauert, Johann: Ausbau und Leistungen der Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker, 1910, S.135; **S.72:** ZFA; **S.74:** druckwelt, Nr.23, 1969; **S.78:** Annalen der Typographie, Nr.8, 1869, S.61, Nr.21, 1869, S.168, Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker und verwandte Gewerbe, Nr.13, 1875; **S.80, 81:** Archiv für Buchgewerbe und Gebrauchsgrafik: Ein halbes Jahrhundert Deutscher Buchgewerbeverein – 1884–1934, Jg.71 (10), 1934; Briefmarke: DNB/Deutsches Buch- und Schriftmuseum Leipzig; **S.83 unten:** Anna-Lena Zintel; **S.90:** Constanze Tillmann; **S.95:** Christian A. Werner, **S.96:** Dominik Butzmann.

